

Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie: Bedarfe - Angebote - Potenziale

Schrader, Malte

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schrader, M. (2021). *Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie: Bedarfe - Angebote - Potenziale*. (Opuscula, 149). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-72852-2>

Nutzungsbedingungen:

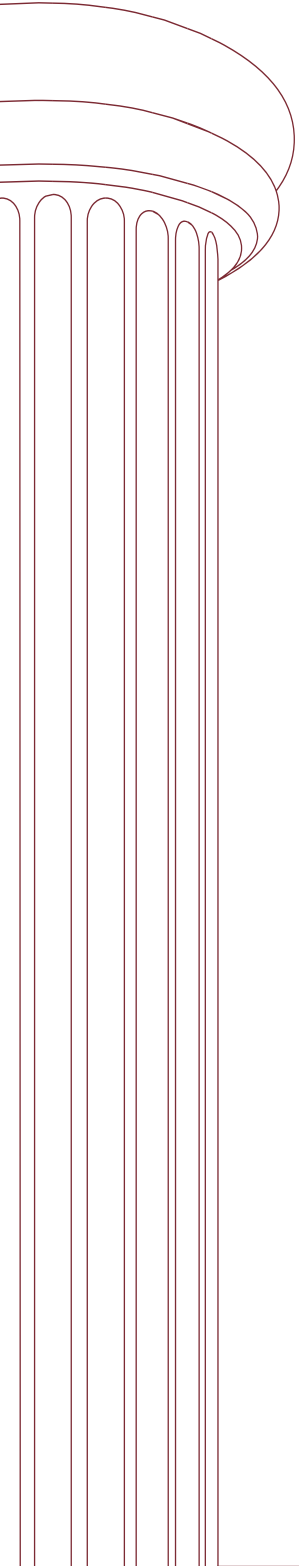
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>



Malte Schrader

Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie

Bedarfe – Angebote – Potenziale

Der Autor

Malte Schrader M.A. ist Soziologe und Religionswissenschaftler. Er forscht schwerpunktmäßig zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zivilgesellschaft und zur muslimischen Philanthropie in Deutschland. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin.

Weitere Informationen unter: <https://www.maecenata.eu/ueber-uns/das-institut/>

Die Reihe Opuscula

Die **Reihe Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für volle Zitierfähigkeit. Durch die Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) Projekt ist eine dauerhafte Verfügbarkeit aller Ausgaben mit fester URL-Adresse sichergestellt. Eine Übersicht der neuesten Exemplare ist auf der letzten Seite jeder Ausgabe zu finden.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<https://www.maecenata.eu/publikationen/opuscula/>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut
Rungestraße 17, D- 10179 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Marielena Witthöft

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-72852-2



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2021

Die Erstellung der Studie wurde
gefördert von



DEUTSCHE STIFTUNG
FÜR ENGAGEMENT
UND EHRENAMT

Zusammenfassung

Wie jeder gesellschaftliche Bereich ist auch die Zivilgesellschaft von der Corona-Krise betroffen. Dies mag eine Binsenweisheit sein. Doch scheinen die Akteure des Staates dies von Anfang an und bis heute nicht wahrhaben und nicht anerkennen zu wollen. Auch in den Medien tauchen die Sorgen und Nöte der Vereine, der dort bürgerschaftlich Engagierten nur dann auf, wenn sie sich staatlichem Handeln widersetzen. Dass Engagierte in großer Zahl genauso wie in anderen Krisen durch ihren freiwilligen Einsatz entscheidend an ihrer Bewältigung beteiligt sind, findet ebenso wenig Aufmerksamkeit die dramatischen negativen Folgen des inzwischen seit über einem Jahr ausbleibenden Zusammentreffens in freiwilligen Gemeinschaften unterschiedlichster Art. Zudem bestand die Gefahr, dass besonders kleine Bewegungen und Organisationen, die für Menschen- und Bürgerrechte, für die deliberative Demokratie und andere Ziele kämpfen und damit unverzichtbare Beiträge zu einer offenen Gesellschaft leisten, die Krise aus finanziellen und anderen Gründen nicht überstehen.

Das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft hat diese Fragen seit Beginn der Krise in den Blick genommen und im Oktober 2020 eine erste Studie dazu vorgelegt. Dieser folgt hier eine zweite

„Ohne Veranstaltungen haben wir weniger Geld und weniger Außenwirkung. Wie lange geht das gut?“

Untersuchung, in deren Mittelpunkt eine Organisationsbefragung steht. Die Ergebnisse zeigen, dass jede zweite Organisation in starkem oder sehr starkem Maß von den Auswirkungen der Pandemie betroffen ist. Dies drückt sich vor allem durch einen veränderten Einsatz der Mitarbeitenden und Ausfällen oder Rückgängen in der Leistungserbringung aus. Allerdings lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Funktionsbereichen der Zivilgesellschaft beobachten. Sichtbar wird, dass Auswirkungen vielfältig und mehr als nur finanzieller Natur sind. Zu den wichtigsten Auswirkungen zählen: fehlende Planungssicherheit, limitierter Handlungsspielraum, erschwerter Kontakt zu bürgerschaftlich Engagierten und ein nachlassendes Gemeinschaftsgefühl, insbesondere im Funktionsbereich der Gemeinschaftsbildung.

Die Zivilgesellschaft war und ist seit Beginn der Pandemie stark involviert, die Folgen der Krise bestmöglich abzumildern. Hierfür wurden neu auftretende Bedarfe der Zielgruppen wahrgenommen, neue Themenfelder der Arbeit erschlossen und Hilfen für andere entwickelt. Dabei ist trotz limitiertem Handlungsspielraum und Einschränkungen durch staatliche Vorgaben, der

„Wir stellen gestiegene und neue Bedarfe bei den Zielgruppen fest“

quantitative Arbeitsumfang hinsichtlich Zeit und Komplexität tendenziell gestiegen. Es wird jedoch

vereinzelt, insbesondere in der Selbsthilfe und Gemeinschaftsbildung auch von Rückgängen berichtet. Beides ist stark abhängig vom Tätigkeits- und Funktionsbereich, in dem die Akteurinnen und Akteure agieren.

Um auf die Auswirkungen der Pandemie zu reagieren, wurden Präsenzveranstaltungen gekürzt, Angebote und Formate digital bereitgestellt und die Arbeit, wenn möglich ins Home-Office verlagert. Jede zweite zivilgesellschaftliche Organisation musste auch Projekte abbrechen oder verschieben. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Funktionsbereichen.

Insgesamt trägt die Pandemie dazu bei, dass die Zivilgesellschaft verstärkt digitalisiert wird. Dies stellt sie jedoch vor Herausforderungen: Neben fehlendem Know-How und teilweise fehlender Hardware-Ausstattung wird

„Wie erhalten wir die digitale Infrastruktur, die wir für unsere zukünftige Vereinsarbeit benötigen?“

insbesondere aus den Bereichen der Selbsthilfe und Gemeinschaftsbildung von Schwierigkeiten berichtet, durch digitale Angebote die eigene Zielgruppe zu erreichen. Hinzu kommt, dass Mitarbeitende durch digitale Formate aus den Arbeitsprozessen ausgeschlossen werden.

Finanziell wirkt sich die Pandemie insbesondere auf Einnahmen aus Zweckbetrieben und wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben aus, die stark rückläufig sind. Selbsterwirtschaftete Mittel sind demnach im Vergleich zu 2019 um 45% gesunken. Auch bei nicht-staatlichen Zuwendungen und Spenden kann, allerdings nicht durchgängig, ein Rückgang beobachtet werden. Nur staatliche Förderungen blieben bislang nahezu konstant. Dem stehen erhöhte Ausgaben vor allem für Digitalisierung und Hygienekonzepte gegenüber. Perspektivisch wird eher von einer negativen Entwicklungstendenz in den kommenden Jahren ausgegangen, da damit gerechnet wird, dass finanzielle Auswirkungen der Pandemie, wenn sie nicht bereits jetzt sichtbar sind, mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren eintreten.

Finanzielle staatliche Hilfen wurden nur von einem Viertel der Befragten beantragt. Jede dritte zivilgesellschaftliche Organisation erfüllt ohnehin nicht die Voraussetzungen für eine Antragsstellung oder verzichtet auf einen Antrag, da die Hilfen zu unübersichtlich sind. Ein Viertel ist

„Es gibt für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure keine echten Hilfen. Liquiditätshilfen sowie umfassende Beratungsleistungen und Hilfestellungen sind notwendig!“

nicht auf finanzielle Hilfe angewiesen. Der Unterstützungsbedarf ist oftmals je nach Funktionsbereich sehr kleinteilig und spezifisch. Lediglich in Bezug auf Digitalisierung wird finanzielle Hilfe von der Hälfte der Befragten thematisiert.

Dank

Das Maecenata Institut ist vielen Kolleginnen und Kollegen, die zur Arbeit an der Studie und zu den hier vorgelegten Ergebnissen beigetragen haben, zu großem Dank verpflichtet.

Die Studie wurde von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt unterstützt, der für ihre großzügige Förderung gedankt wird. Besonderer Dank gilt Jan Holze, der in einem sehr frühen Stadium der Stiftungsarbeit die Bewilligung der Förderung ermöglicht hat.

Herzlicher Dank gilt aber auch Larissa Probst, Geschäftsführerin des Deutschen Fundraising-Verbands, für die Anregung des Vorhabens, den vielfachen kollegialen Austausch und die Vernetzung von Projektinvolvierten.

Darüber hinaus sei allen Personen und Institutionen gedankt, die an der Studie teilgenommen und die Umfrage über ihre Kanäle verbreitet haben, ebenso zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die für den Austausch von Gedanken und Argumenten stets zur Verfügung standen.

Inhalt

Zusammenfassung	i
Dank	iii
1. Einführung	1
2. Organisationsbefragung: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie	5
2.1. Methodisches Vorgehen	5
2.2. Ergebnisse der Organisationsbefragung	7
2.2.1. Auswirkungen der Corona-Pandemie.....	7
2.2.2. Finanzielle Entwicklung während der Pandemie.....	13
2.2.3. Ausblick.....	18
2.2.4. Corona-bedingte Herausforderungen	19
2.2.5. Potenziale der Zivilgesellschaft	29
2.2.6. Hilfsangebote.....	34
2.2.7. Tatsächlicher Unterstützungsbedarf.....	36
3. Herausgeforderte Zivilgesellschaft.....	40
3.1. Die Rolle der Zivilgesellschaft	40
3.2. Auswirkungen der Pandemie	44
3.2.1. Allgemeine Spendenbereitschaft.....	45
3.2.2. Stiftungen.....	46
3.2.3. Vereinsleben.....	48
3.2.4. Bürgerschaftliches Engagement	50
3.2.5. Kunst und Kultur	54
3.3. Staatliche Corona-Hilfen	55
3.3.1 Überblick	55
3.3.2. Außerordentliche Wirtschaftshilfen	57
3.3.3. Überbrückungshilfen	57
3.3.4. Neustart Kultur	58
3.4. Wertschätzung	59
3.5. Hilfe aus der Zivilgesellschaft.....	60
4. Fazit.....	62
4.1. Der Einsatz.....	62
4.2. Bedarfe	64
4.3. Finanzielle Sorgen.....	66
4.4. Handlungsempfehlungen.....	69
Literaturverzeichnis.....	72

1. Einführung

Ein Jahr Corona-Pandemie, ein Jahr Ausnahmezustand. Seit nun über einem Jahr wird der Alltag aller Bürgerinnen und Bürger durch die Corona-Pandemie bestimmt. Als am 22. März 2020 erstmalig Kontaktbeschränkungen zur Pandemiebekämpfung verabschiedet wurden, verbreitete sich das Virus bereits seit fast zwei Monaten in Deutschland. Die Zahl der durch den Virus erkrankten Menschen nahm drastisch zu, sodass Bund und Länder erstmals Geschäfte, Schulen und Kitas schlossen und Versammlungen absagten. Niemand wusste zu diesem Zeitpunkt genau, wie die Pandemie verlaufen, geschweige denn, welche Folgen daraus resultieren würden. Mit wärmeren Temperaturen im Mai 2020 sanken die Infektionszahlen, da sich vieles draußen abspielte und sich das Virus nur langsamer verbreiten konnte. Unter Auflagen von Hygienevorschriften, wie Maskenpflicht, Kontaktverfolgung und Abstandsregeln konnten vereinzelt Lockerungen verfügt werden. Geschäfte, Schulen und die Gastronomie durften teilweise wieder öffnen, und in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens kehrte wieder eine gewisse Normalität ein.

Im Herbst änderte sich dies wiederum, das Virus kam verstärkt in zweiter Welle zurück. Von Reisen Zurückkehrende brachten Infektionen aus anderen Regionen mit. Kinder kehrten in die Schulen und Eltern nach den Ferien an ihre Arbeitsplätze zurück, und Aktivitäten fanden wieder verstärkt in geschlossenen Räumen statt. „Zudem hat sich eine Pandemiemüdigkeit eingestellt. [...] In einigen Teilen der Bevölkerung hat sich wahrscheinlich eine Gewöhnung eingestellt. Aber auch das Gefühl, dass das Virus gar nicht so bedrohlich ist. So ein Wandel in der Risikowahrnehmung erklärt, weshalb die zweiten Wellen von Ausbrüchen häufig stärker ausfallen“ (Fischer, Schumann 2020). Als Folge stiegen die Infektionszahlen wieder rasant an, Kontaktverfolgungen wurden zunehmend erschwert, und Krankenhäuser meldeten erneut eine erhöhte Auslastung durch Corona-Patientinnen und -Patienten. Besonders betroffene Städte und Landkreise ergriffen schnell erste Maßnahmen, wie nächtliche Ausgangssperren, Alkoholverbote an öffentlichen Plätzen und Maskenpflicht im Freien. Kurz vor Weihnachten, am 13. Dezember 2020 wurden dann von Bund und Ländern neue verschärfte Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Infektionszahlen beschlossen (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020). Um die massiv steigenden Infektionszahlen in den Griff zu bekommen, beschloss die Bundesregierung bundesweit drastische Kontaktbeschränkungen. Körpernahe Dienstleistungen, Freizeiteinrichtungen und die Gastronomie wurden erneut geschlossen, Unterhaltungsveranstaltungen verboten und Kontakte in der Öffentlichkeit sowie Zusammenkünfte auf Plätzen und in Wohnungen massiv eingeschränkt. Was nicht zuletzt infolge der Berichterstattung in den Medien, insbesondere dem öffentlich-rechtlichen

Fernsehen, kaum Beachtung fand, war, dass all diese Schritte der Beschränkung, Lockerung und wieder Beschränkung nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf die Zivilgesellschaft massive Auswirkungen hatten. Dass ein Jahr ohne Kegelabende, Chorproben, Vereinstreffen und mit stark eingeschränktem informellen Austausch in Gruppen und Bewegungen von Gleichgesinnten erhebliche Langzeitfolgen für die Gesellschaft und ihre Mitglieder haben werden, wurde bisher kaum erkannt – ebenso wenig wie der Beitrag zahlloser ehrenamtlich Aktiver in der organisierten wie der informellen Zivilgesellschaft zur Linderung der Probleme und der Bewältigung der Krise.

Nach einem Jahr Pandemie und trotz entwickelter Impfstoffe ist das Ende noch nicht in Sicht. Nach einem vorübergehenden Rückgang der Infektionszahlen um Ostern steigen diese inzwischen wieder stark an und Deutschland befindet sich mittlerweile in der dritten Welle der Pandemie. Kontaktverbote und Maskenpflicht sowie geschlossene Geschäfte und eingeschränkter Schulbetrieb prägen den Alltag und die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind in gewissen Teilen zur Normalität geworden. Während der Missmut und die Kritik, auch jenseits von verschwörungsideologischen Narrativen, an der Krisenbewältigungsstrategie der Bundesregierung wächst, werden die Folgen der Krise immer deutlicher. Hierzu zählen unter anderem:

- zunehmende Isolation und daraus resultierende psychische Auswirkungen,
- Verstärkung sozialer Ungleichheiten,
- essenzielle finanzielle Auswirkungen auf ganze Gesellschaftsbereiche, wie dem Einzelhandel, der Gastronomie, der Kulturbranche,
- pandemie-begründete Beschränkungen des bürgerschaftlichen Raums und eine schleichende Entmachtung des Parlaments,
- erhöhtes Risiko einer autoritären Politikgestaltung,
- zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft über die Akzeptanz der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie.

Insoweit fügen sich zivilgesellschaftsbezogene Auswirkungen sehr viel stärker in das Gesamtbild ein, als von den Entscheidungsträgerinnen und -trägern angenommen und als Grundlage von politischen Entscheidungen berücksichtigt.

Um Folgen und Auswirkungen der Krise abzumildern, hat die Zivilgesellschaft durchaus, wie bei früheren Krisen auch, seit Beginn der Pandemie zahlreiche neue kreative Konzepte entwickelt und ihr Angebot an die gegenwärtige Situation angepasst. Arbeit und Angebote wurden zunehmend

digitalisiert, um eine Aufrechterhaltung der Tätigkeiten trotz der Kontaktbeschränkungen zu ermöglichen. Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure vernetzten Bürgerinnen und Bürger, stärkten solidarisches Handeln und konzipierten neue Aktionsformate, um Betroffenen während der Krise zu helfen. Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Handelns insofern nicht gemindert, sondern intensiviert. Aufgabe der Zivilgesellschaft ist es jedoch auch, eine positive Perspektive für die Zukunft der Gesellschaft zu entwickeln. So trägt sie dazu bei, der zunehmenden Isolation entgegenzuwirken und Gemeinschaft in und nach der Krise zu stiften. Zudem ist es ihre ureigene Aufgabe, sich kritisch mit dem Krisenmanagement der Regierung auseinanderzusetzen und auf die schleichende Entmachtung des Parlaments und misslingende Politikgestaltung hinzuweisen.

Die rund 800.000 kollektiven Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, die Vereine, Stiftungen und Bewegungen, sind ebenso wie alle übrigen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure von der Pandemie betroffen und in ihrem Handeln durch die Maßnahmen massiv eingeschränkt. Nehmen sie also zum einen eine wichtige Rolle in der Pandemiebekämpfung ein, sind sie zum anderen essenziell bedroht und haben Schwierigkeiten, ihre Angebote und Tätigkeiten aufrechtzuerhalten. Das Vereins- und Verbandsleben ist in vielen Bereichen zum Erliegen gekommen und viele gewohnte Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements sind nur erschwert umsetzbar.

In diesem Zusammenhang ist auf eine wichtige Differenzierung hinzuweisen: Staatliche Unterstützung in Form von Corona-Hilfen, die auch der Wirtschaft in großem Umfang bereitgestellt wurde, erhält fast ausschließlich der korporatistische Subsektor¹ der Zivilgesellschaft, der zumindest teilweise staatliche Aufgaben übernimmt und als Dienstleister fungiert. Der unabhängige Subsektor mit seinen vielen kleinen Vereinen und Bewegungen wird dagegen systematisch von staatlichen Hilfsangeboten ausgeschlossen; sein Beitrag zur Überwindung der Pandemie wird unzureichend wertgeschätzt.

Nach einem Jahr Corona-Pandemie gilt es daher zu untersuchen, wie die Zivilgesellschaft die Krise erlebt. Was sind anhaltende Herausforderungen und Probleme? Inwiefern kann die Zivilgesellschaft ihr Angebot und ihre Tätigkeiten aufrechterhalten? Wie hat sich ihre finanzielle Situation entwickelt? Welche Veränderungen resultieren aus der Pandemie, und welche Regelungen gibt es bezüglich der dort Mitarbeitenden? Wie wird mit der zunehmenden Notwendigkeit der Digitalisierung umgegangen? Inwiefern konnten Corona-spezifische staatliche Förderungsmittel beantragt werden, und wie zielführend sind diese? Aber auch: Welchen spezifischen Beitrag leistet die Zivilgesellschaft während der Krise tatsächlich?

¹ Subsektor verstanden als Teil eines übergreifenden Systems, der oft mit Abhängigkeiten verbunden ist.

Die explorative Studie „Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft? Eine Studie zu Potenzialen, Bedarfen und Angeboten in und nach der Krise“ (Schrader et al. 2020) ermöglichte im Oktober 2020 einen Einblick in einzelne Bereiche der Zivilgesellschaft während der ersten Phase der Corona-Krise. Deutlich wurde, dass die Herausforderungen in vieler Hinsicht sehr kleinteilig sind, oftmals abhängig von Faktoren wie der Organisationform und -struktur, den Bereichen, in denen die Akteurinnen und Akteure wirken sowie ihrer Finanzierungsgrundlagen, aber auch, dass entscheidend ist, inwiefern sie in eine Interessenvertretung eingebettet sind, die ihre Bedürfnisse in der Öffentlichkeit kommuniziert. Die Studie bot somit einen ersten Überblick über die diversen Herausforderungen der Zivilgesellschaft, ihre Bedarfe und Potenziale, sowie die staatlichen Hilfsangebote während der Corona-Pandemie.

Mit der hier vorgelegten Folgestudie baut das Maecenata Institut auf den Ergebnissen auf und gibt einen vertiefenden, bereichsübergreifenden Blick in die Zivilgesellschaft nach einem Jahr Corona-Pandemie frei. Mit Hilfe einer Organisationsbefragung und von Experteninterviews wird in Abschnitt 2 untersucht, wie die Krise auf die Zivilgesellschaft wirkt und vor welchen Herausforderungen die befragten Akteurinnen und Akteure seit Beginn der Pandemie stehen. Zudem wird erfasst, welche Akteurinnen und Akteure von den staatlichen Hilfsprogrammen profitieren, um festzustellen, wie zielführend diese sind. Um über die eigenen Studienergebnisse hinauszublicken, wird in Abschnitt 3 ein Überblick über weitere, relevante Studien und Untersuchungen im Zusammenhang mit Zivilgesellschaft und der Corona-Pandemie dargestellt und deren zentralen Ergebnisse präsentiert. Zudem werden erneut die vorhandenen staatlichen Hilfsprogramme, an denen die Zivilgesellschaft partizipieren kann, betrachtet und aktuelle Programme kursorisch vorgestellt. Ein zentrales Ziel dieser Studie war auch, den spezifischen Beitrag der Zivilgesellschaft zur Überwindung der Krise genauer zu untersuchen und hervorzuheben.

Als diese zweite Studie konzipiert wurde und als die notwendigen Mittel zu ihrer Durchführung bereitstanden, wurde davon ausgegangen, dass sie sich schwerpunktmäßig mit einer Zeit nach der Pandemie auseinandersetzen können und müssen würde. Dass insbesondere die Organisationsbefragung in die 2. Welle der Pandemie, die Auswertung und Veröffentlichung in die 3. Welle zu fallen kam, bedingte eine fortlaufende Aktualisierung des Konzepts. So weit als möglich wird im Folgenden die aktuelle Situation der Zivilgesellschaft nach einem Jahr Pandemie-Krise in den Blick genommen, wenngleich die Ergebnisse der Organisationsbefragung aus naheliegenden Gründen die dramatische Entwicklung nicht in jedem Punkt zeitaktuell widerspiegeln können.

2. Organisationsbefragung: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie

Um die tatsächlichen Bedarfe und Potenziale der Zivilgesellschaft gesamthaft darstellen zu können, konzipierte das Maecenata Institut eine quantitative, online durchgeführte Organisationsbefragung in Zusammenarbeit mit dem Marktforschungsunternehmen Kantar². Die Umfrage baute auf den Ergebnissen und Erkenntnissen der im Oktober 2020 veröffentlichten ersten Untersuchung auf und wurde durch Experteninterviews ergänzt. Ziel wurde es durch den Zeitablauf, bereichsübergreifend ein Stimmungsbild der Zivilgesellschaft während der 2. Corona-Welle zu erfassen, Bedarfe zu ermitteln sowie zu untersuchen, welche zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure von den staatlichen Hilfen profitieren. Darüber hinaus galt es festzustellen, vor welchen Herausforderungen die Zivilgesellschaft steht und worin ihr spezifischer Beitrag zur Überwindung der Krise besteht bzw. bestehen kann. Auch die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Pandemie wurden dabei in den Blick genommen.

2.1. Methodisches Vorgehen

Um ein aktuelles Stimmungsbild der Zivilgesellschaft während der 2. Corona-Welle zu erfassen, wurde zwischen dem 25. November und 31. Dezember 2020 zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure mithilfe einer quantitativen Online-Befragung (CAWI-Befragung) interviewt. Die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, wurden über Newsletter, Social Media Posts, Online-Anzeigen und E-Mail-Datenbanken von Verbänden und Organisationen adressiert. An der Online-Umfrage nahmen insgesamt 282 Organisationen bzw. deren Vertreter teil. Da vier Personen laut Selbstauskunft als Vertreterin und Vertreter einer staatlichen Institution teilnahmen, wurden ihre Angaben nicht in die Auswertung einbezogen. Der Umfang der verwertbaren Angaben zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure beläuft sich folglich auf N = 278. Die technische Umsetzung der Umfrage sowie die Datenaufbereitung erfolgten durch Kantar. Die Auswertung erfolgte ab Januar 2021 durch das Maecenata Institut.

Da die Zivilgesellschaft aus zahlreichen, untereinander sehr heterogenen Akteurinnen und Akteuren besteht, wurden diese für die Zwecke der Untersuchung nach Funktionsbereichen gegliedert (vgl. Strachwitz et al. 2020: 174ff.), die im Folgenden der Auswertung zugrunde gelegt wurden. Diese Funktionsbereiche sind:

- Dienstleistungen (z.B. Hilfe für sozial Bedürftige und Schwache)
- Themenanwaltschaft (engl. advocacy) (z.B. Eintreten für Naturschutz)
- Wächter (z.B. Verbraucherschutz)

² Kantar: Meinungs- und Marktforschungsunternehmen für Data Science, Insights und Consulting. <https://www.kantardeutschland.de/>

- Mittler (z.B. Förderstiftungen)
- Selbsthilfe (z.B. Patientenselbsthilfen)
- Gemeinschaftsbildung (z.B. Laienmusik)
- politische Mitgestaltung (z.B. Protestbewegungen)
- persönliche Erfüllung (übergreifend)

Ergebnisse der Befragung werden sowohl bereichsübergreifend für die gesamte Zivilgesellschaft dargestellt, wie auch für einzelne Funktionsbereiche, da sich zwischen diesen die Betroffenheit durch die Pandemie erheblich unterscheidet. Dagegen wurde weitgehend auf eine Gliederung nach Tätigkeitsschwerpunkten (Kultur, Sozialwesen, Naturschutz usw.) verzichtet.

Zusätzlich wurden die erhobenen quantitativen Daten mit den Ergebnissen von fünf Experteninterviews angereichert, die im März und April 2021 geführt wurden. Vier interviewte Personen wurden dabei als Funktionsträgerinnen innerhalb eines verband-organisatorischen, institutionellen Kontextes befragt (vgl. Meuser, Nagel 1991: 444). Als Repräsentantinnen ihres Verbandes verfügen sie über Expertenwissen zur gegenwärtigen Situation ihres Bereichs und konnten Einblicke in ihre Mitgliedsorganisationen und Netzwerke vermitteln. Neben den allgemeinen Schilderungen zur Krisensituation wurden sie zudem zu Einschätzungen von einzelnen Ergebnissen der Erhebung befragt. Die aufgezeichneten Interviews wurden transkribiert und anonymisiert. Ein weiteres Interview wurde mit einem wissenschaftlichen Experten zum Verhältnis zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat durchgeführt. Kernaussagen dieses Telefoninterviews wurden in Notizen festgehalten und in einem Ergebnisprotokoll, in dem die wesentlichen Inhalte strukturiert zusammengefasst wurden, niedergeschrieben. Dem Maecenata Institut liegt eine Liste der Namen aller Expertinnen und Experten und eine Übersicht der Termine der geführten Gespräche vor. Die Interviews wurden anhand der zusammenfassenden Inhaltsanalyse nach Mayring (2003: 58) ausgewertet.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Umfrage nur eine Momentaufnahme der Zivilgesellschaft in der Corona-Pandemie darstellen kann. Hinzu kommt, dass während des Erhebungszeitraums, am 13. Dezember 2020, von Bund und Ländern neue verschärfte Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Infektionszahlen beschlossen wurden (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020). Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass durch diese Maßnahmen eine Verzerrung in der Wahrnehmung der Befragten stattgefunden hat, bzw. diese verändert hat. Bei der vorliegenden Auswertung des Maecenata Instituts handelt es sich um explorative Ergebnisse, die einen Überblick über den Forschungsgegenstand zum besagten Zeitraum geben. Es kann jedoch ausdrücklich kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben werden.

2.2. Ergebnisse der Organisationsbefragung

2.2.1. Auswirkungen der Corona-Pandemie

Nahezu jede zivilgesellschaftliche Organisation gibt an, dass sie von der Corona-Krise betroffen ist. 39% berichten dabei von starken, 32% von sehr starken Auswirkungen. 25% berichten, dass sie nur etwas, und rund 4%, dass sie gar nicht von der Pandemie betroffen sind.

Abbildung 1: Betroffenheit durch die Corona-Pandemie



n = 278

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen berichten dabei überwiegend von verändertem Einsatz der Mitarbeitenden (62%), rund 50% von Ausfällen bzw. Rückgängen der nach eigener Satzung, Planung oder laufenden Verträgen vorgesehenen Leistungserbringung. Darüber hinaus erschweren die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen (43%), die erhöhten bürokratiebedingten Arbeitsabläufe (40%) und finanzielle Ausfälle (38%) die Tätigkeit der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure am meisten.

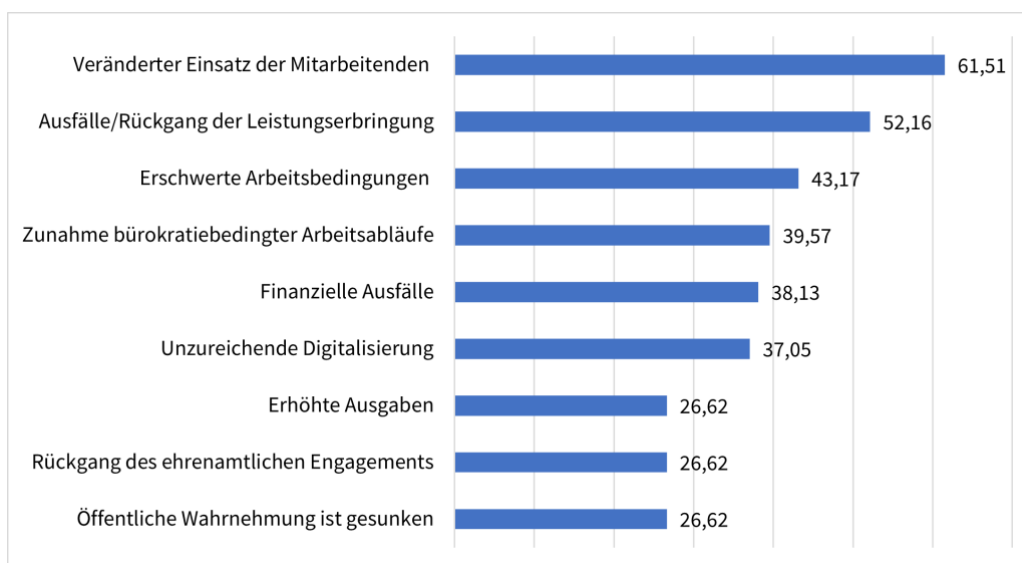
Auch die Zivilgesellschaft hat durch Corona einen deutlichen Digitalisierungsschub erfahren. Gleichzeitig wird sichtbar, dass viele zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure vor der Pandemie unzureichend digital aufgestellt waren und ihnen dies nun große Schwierigkeiten bereitet. 37% der Befragten berichten, dass ihnen die unzureichende Digitalisierung während der Pandemie sehr starke bis starke Schwierigkeiten bereitet. Hinzu kommen weitere 31%, welchen dies leichte Schwierigkeit beschert.

Während 27% der Befragten stark oder sehr stark erhöhte Ausgaben durch die Pandemie haben, berichten 41% von leicht erhöhten Ausgaben. Dies wird noch einmal detaillierter betrachtet (s. S. 19). 27% berichten zudem, dass ihre Tätigkeiten in der Öffentlichkeit durch die Pandemie geringer wahrgenommen werden.

Hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements geben 27% an, dass dieses (sehr) stark rückläufig ist; weitere 29% sprechen von einem leichten Rückgang. Demgegenüber stehen 8% (stark bis sehr stark) bzw. 17% (leicht), die eine Zunahme des bürgerschaftlichen Engagements während der Pandemie beobachten (Abbildung 2).

Hinzukommen vereinzelt Auswirkungen durch Veränderungen in den Zielgruppen (18%), erhöhten Krankenstand oder Corona-bedingte Ausfälle durch Risikogruppen, Kinderbetreuung, etc. (16%) sowie Mitgliederverluste (8%), die im abgeschwächten Umfang bei deutlich mehr zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren (22%) auftreten.

Abbildung 2: Konkrete Auswirkungen der Corona-Pandemie



n = 273, Top 2-Boxes (sehr starke und starke Betroffenheit), Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Um Unterschiede zwischen den einzelnen Subsektoren festzustellen, wurden die Befragten nach Funktionsbereichen gegliedert (Tabelle 1).³ (Viele Akteurinnen und Akteure sind dabei in mehreren Funktionen gleichzeitig aktiv.)

³ Auf Auswertungen zu den Funktionsbereichen Wächter und persönliche Erfüllung wird verzichtet, da aufgrund der geringen Zahl keine Aussagen zu diesen Bereichen getroffen werden kann. Diese Aussage erstaunt allerdings in Bezug auf die persönliche Erfüllung, da diese wesentlich zu den Motiven des bürgerschaftlichen Engagements gehört. Offenkundig wird dies von den Funktionsträgern, die in der Regel für ihre Organisation an der Umfrage teilgenommen haben, nicht gesehen.

Tabelle 1: Verteilung der zivilgesellschaftlichen Funktionsbereiche

<i>Funktionsbereich</i>	<i>N</i>	<i>Prozent der Fälle</i>
<i>Dienstleistungen</i>	147	57
<i>Themenanwaltschaft</i>	112	43
<i>Wächter</i>	20	8
<i>Mittler</i>	63	24
<i>Selbsthilfe</i>	37	14
<i>Gemeinschaftsbildung</i>	69	27
<i>politische Mitgestaltung</i>	64	25
<i>persönliche Erfüllung</i>	19	7
<i>Gesamt</i>	531	206

Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Im Vergleich wird sichtbar, dass nicht alle zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure im gleichen Maß von den Auswirkungen betroffen sind (Abbildung 3). So sind tendenziell zivilgesellschaftliche Organisationen der Gemeinschaftsbildung, wie Freizeitvereine stärker von den Pandemieauswirkungen betroffen als andere Akteurinnen und Akteure. 65% von ihnen berichten von Ausfällen oder Rückgängen der Leistungserbringung durch die Corona-Pandemie. Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung sind dagegen von den aufgeführten Maßnahmen oftmals am geringsten betroffen. Sie liegen mit Ausfällen oder Rückgängen mit nur 42% deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. In Bezug auf erschwerte Arbeitsbedingungen durch die Pandemie sind Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung mit 61%, aber auch Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung mit 53% häufiger betroffen als andere.

Eine Zunahme bürokratiebedingter Arbeitsabläufe werden der Umfrage nach verstärkt in der Gemeinschaftsbildung und bei zivilgesellschaftlichen Dienstleistern sichtbar (jeweils 46%). Auch die Geschäftsführerin eines Wohlfahrtverbandes bestätigt im Interview die Zunahme bürokratiebedingter Arbeitsabläufe. So berichtet sie beispielsweise von einer Einrichtung mit geistig oder/und körperlich eingeschränkten Menschen, in der durch die chaotische Handhabung und Reglementierung des Impfstoffs AstraZeneca bereits organisierte Impftermine bei mobilen Impfteams mehrfach kurzfristig abgesagt werden mussten. Für die Einrichtungen bedeutete dies, dass neben der Planung und Koordinierung jedes Mal zusätzlicher Aufwand entstand, da von den Bewohnerinnen und Bewohnern oder von ihren Betreuenden und Angehörigen immer wieder neu eine Einwilligung eingeholt werden musste (vgl. Interview Wohlfahrt: Zeile 87-157). Auch in Bezug auf den Notbetrieb von Kindertagesstätten entstand Mehraufwand, beispielsweise dadurch, dass

die Erzieherinnen und Erzieher oft mit Eltern ausdiskutieren müssen, ob diese auf Basis ihres Berufes Anspruch auf Notbetreuung haben oder nicht (vgl. ebd.: Zeile 39-45).

Hinsichtlich finanzieller Ausfälle waren sowohl zivilgesellschaftliche Dienstleister als auch Akteurinnen und Akteure in der Gemeinschaftsbildung am stärksten betroffen (Gemeinschaftsbildung 42%; Dienstleistungen 40%). Dagegen sind erneut Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung deutlich seltener betroffen als der Durchschnitt. Lediglich ein Viertel berichtet von finanziellen Ausfällen. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass auch innerhalb der Funktionsbereiche starke Unterschiede bestehen. So berichtete die Geschäftsführerin des Wohlfahrtverbandes, dass sich die Finanzierung insbesondere im Kontext der sozialen Arbeit stabilisiert hat und gegenwärtig bei ihren Mitgliedsorganisationen in allen Bereichen sichergestellt ist (vgl. ebd.: Zeile 226-250).

Zwar entsteht der Eindruck, als seien Akteurinnen und Akteure der sozialen Arbeit im Gegensatz zu anderen zivilgesellschaftlichen Dienstleistern⁴ gegenwärtig kaum von finanziellen Ausfällen betroffen, doch zeigen die Umfrageergebnisse ein anderes Bild: Im Tätigkeitsbereich der Wohlfahrtspflege, inkl. der Obdachlosenhilfe sprechen 41% davon, dass sie in (sehr) starkem Maß von finanziellen Ausfällen betroffen sind. In der Kinder- und Jugendhilfe, als einer der größten Tätigkeitsfelder der sozialen Arbeit, sind es 46%. Lediglich die Behinderten- und Krankenhilfe ist mit 51% häufiger betroffen. Insofern zeigt sich, dass die Betroffenheit nicht nur innerhalb der Funktionsbereiche, sondern auch innerhalb der einzelnen Tätigkeitsfelder variiert. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte die Einbettung in Verbandsstrukturen sein. Dank des Einsatzes des Wohlfahrtverbandes gelang es, die Finanzierung der sozialen Arbeit für seine Mitglieder unabhängig von ursprünglich vertraglich vereinbarten Leistungen zu garantieren und eine Art Pauschalfinanzierung sicherzustellen, die sowohl im entgeltfinanzierten Bereich als auch im zuwendungsfinanzierten Bereich Gültigkeit hat. Mit der zuständigen Behörde wurde ausgehandelt, dass die Arbeit der Organisationen weitergeführt werden kann, auch wenn diese nicht mehr den vertraglichen Vereinbarungen von 2019 entspricht (vgl. ebd.: Zeile 226-250). Die Mitglieder des Verbandes profitierten somit davon, dass sie einer aktiven Interessenvertretung angehören, die für sie ihre Bedürfnisse in der Öffentlichkeit kommuniziert.

Erhöhte Ausgaben durch die Pandemie werden insbesondere bei Dienstleistern (35%) und Mittlern (33%) aufgeführt. Themenanwälte (22%) und Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung (20%) sind hingegen seltener von erhöhten Ausgaben betroffen. In Bezug auf erhöhte

⁴ Insbesondere in der stationären oder Tagespflege kommt es zu stärkeren finanziellen Ausfällen, da gesetzliche Auflagen, wie die Verpflichtung zur Freihaltung von Notfallkapazitäten, mit einem starken Auslastungsrückgang einhergehen (vgl. Bank für Sozialwirtschaft 2021: 8).

Ausgaben schildert die Geschäftsführerin des Wohlfahrtverbandes, dass zwar im pflegerischen Bereich viele Materialien, bspw. Schnelltests, vom Staat bereitgestellt werden, dies jedoch teilweise sehr schleppend geschieht. Einrichtungen, die über die finanziellen Mittel verfügen, versorgen sich daher oftmals selbst. Die dadurch entstehenden Mehrkosten werden zwar zum Teil durch staatliche Hilfsfonds abgedeckt, müssen aber auch oft durch die Träger selbst getragen werden (vgl. ebd.: Zeile: 255-267).

Einen Rückgang des bürgerschaftlichen Engagements aufgrund der Pandemie wird in der Organisationsbefragung eher von Akteurinnen und Akteuren der Gemeinschaftsbildung thematisiert (38%). Es kann davon ausgegangen werden, dass dies mit ihren Ausfällen oder Rückgängen der Leistungserbringung einhergeht, da viele Freizeitvereine ihre Aktivitäten in dem vergangenen Jahr stark limitieren mussten. Erneut ist der Bereich der politischen Mitbestimmung mit 20% am seltensten von einem Rückgang des bürgerschaftlichen Engagements betroffen. Von einer Zunahme des bürgerschaftlichen Engagements berichten 10% der Mittler und 9% der Dienstleister.

Ein veränderter Einsatz der Mitarbeitenden lässt sich in nahezu allen zivilgesellschaftlichen Funktionsbereichen feststellen. Zivilgesellschaftliche Dienstleister (64%) sind eher seltener als andere Funktionsbereiche betroffen, während Akteurinnen und Akteure in der politischen Mitgestaltung (72%) und Mittler (71%) häufiger von verändertem Einsatz der Mitarbeitenden berichten. Im Interview mit der Geschäftsführerin eines Mittlerverbandes wird sichtbar, dass sich Aufgabenbereiche und Schwerpunkte bei Mittlerorganisationen durch die Pandemie teilweise komplett verändert haben. Insbesondere im Bereich des Fundraisings musste auf die neue Situation reagiert und die Arbeit auf Telefon- oder Online-Fundraising umgestellt werden. Hierfür wurden Angestellte explizit geschult und wurde verstärkt zusätzliches Personal eingestellt. Darüber hinaus sind neue Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Hygienekonzepte und Digitalisierung entstanden, die von den Mitarbeitenden mit übernommen wurden. Jemand der sich „sonst hauptsächlich [...] um den Finanzbereich gekümmert hat, muss jetzt auch irgendwie strategisch mitdenken“ (Interview Mittler: Zeile 164-165). Außerdem wurden neue Strategien und Konzepte entwickelt, damit trotz verstärktem Homeoffice ein Teamgefühl unter den Mitarbeitenden aufrechterhalten werden kann (vgl. ebd.: Zeile 143-165; 230-233).

Eine Veränderung in ihren Zielgruppen lässt sich am stärksten bei Organisationen der Selbsthilfe beobachten (23%). Im Interview mit einer bundesweiten Netzwerkeinrichtung der Selbsthilfe wird berichtet, dass Menschen durch die zunehmende Isolation keinen sozialen Austauschkontakt mehr haben. Durch die Krise werden Ängste, Vereinsamung, Unsicherheiten und das Gefühl, verlassen zu

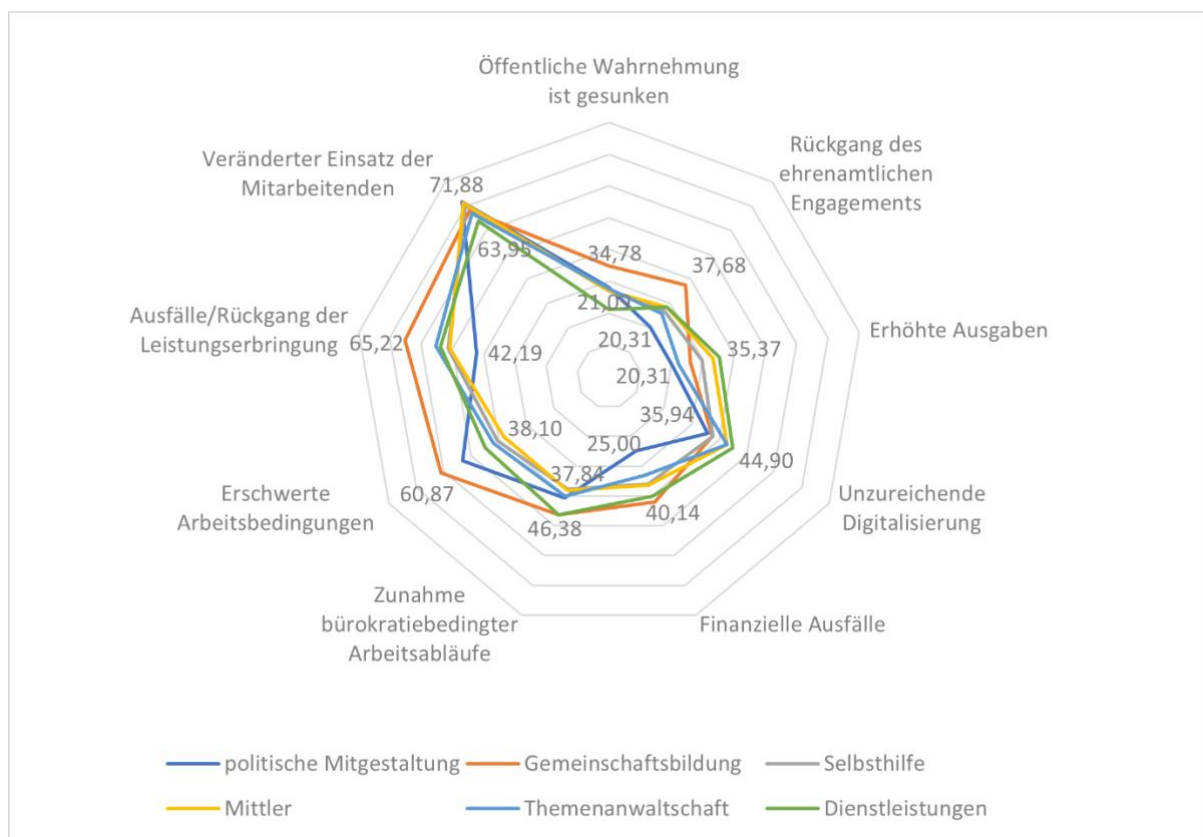
werden, verstärkt. Insofern ist die Nachfrage insbesondere in Bezug auf Betreuung stark gestiegen. In einer internen Befragung gaben rund 20% der Gruppen an, dass sie seit Beginn der Pandemie mehr Anfragen als üblich haben; auch von Neugründungen von Selbsthilfe-Vereinigungen wird berichtet (vgl. Interview Selbsthilfe: Zeile: 94-109).

Ein erhöhter Krankenstand und Corona-bedingte Ausfälle kommen tendenziell eher bei Dienstleistern (22%) vor. Mittler (10%), politische Mitgestalter (11%) und Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung (12%) sind deutlich seltener von Ausfällen betroffen. Die Geschäftsführerin des Wohlfahrtsverbandes beobachtete allerdings, dass es in Krankenhäusern teilweise verstärkt zu Krankmeldungen gekommen ist; gleichzeitig bemerkte sie, dass im vergangenen Jahr viele Mitarbeitende in sozialen Organisationen „auf Grundlage der Notwendigkeit ihrer Arbeit“ auf Krankmeldungen verzichteten. Insofern teilt sie das Ergebnis der Umfrage nur bedingt. Auch hier werden erneut Unterschiede innerhalb der einzelnen Tätigkeitsbereiche deutlich. Insbesondere in stationären Einrichtungen, wo die Betreuung sichergestellt werden musste, „wurde niemand in Stich gelassen“ und unter entsprechenden Schutzmaßnahmen eine Betreuung durch gesunde Mitarbeitende fortgeführt. Teilweise wurde zudem Betroffene nach Hause oder in die Quarantäne begleitet (vgl. Interview Wohlfahrt: Zeile 176-215). In den Umfrageergebnissen lässt sich dies nicht bestätigen. In allen Tätigkeitsbereichen, die der Wohlfahrtspflege zuzuordnen sind, werden im Vergleich zu den anderen Bereichen ein erhöhter Krankenstand oder Corona-bedingte Ausfälle aufgeführt. Insofern lassen sich die Aussagen der Geschäftsführerin durch die erhobenen Daten nicht verifizieren.

Doch auch die Geschäftsführerin des Mittlerverbandes hat eine andere Wahrnehmung, als sie die Umfrageergebnissen der Corona-bedingten Ausfälle von Mittelern nahelegen. In ihrem Netzwerk sieht sie eine starke Überlastung der Mitarbeitenden, insbesondere bei denen mit Care-Verantwortung, und daraus resultierend eine höhere Krankenrate. Insbesondere im Bereich des Fundraisings arbeiten mehrheitlich Frauen; ihre Verdienstmöglichkeiten sind oftmals geringer. Mit eingeschränktem Schul- und Kindergartenbetrieb nimmt die Care-Verantwortung und Mehrbelastung bei den Zuverdienenden deutlich zu, und es kommt zu verstärkten Ausfällen (vgl. Interview Mittler: Zeile 173-190). Mit anhaltendem Pandemieverlauf wächst zudem der Druck auf alle Mitarbeitenden. Hinzu kommt, dass die Umstellung auf digitale Kanäle und Formate einen zusätzlichen Mehraufwand darstellt und pandemiebedingte Einschränkungen kaum ausgleichende Entlastung bieten (ebd.: Zeile: 199-200). Insofern sieht sie auch im Bereich der Mittler erhöhte pandemiebedingte Ausfälle.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Probleme mit Mitarbeitenden einheitlich und signifikant größer erscheinen als andere Schwierigkeiten. Außerdem vermittelt die Befragung trotz aller Unterschiede im Einzelnen erstaunlich ähnliche Ergebnisse quer durch alle Funktionsbereiche.

Abbildung 3: Konkrete Auswirkungen der Corona-Pandemie, nach zivilgesellschaftlichen Funktionsbereichen



n = 258, Top 2-Boxes (sehr stark, starke Betroffenheit), Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

2.2.2. Finanzielle Entwicklung während der Pandemie

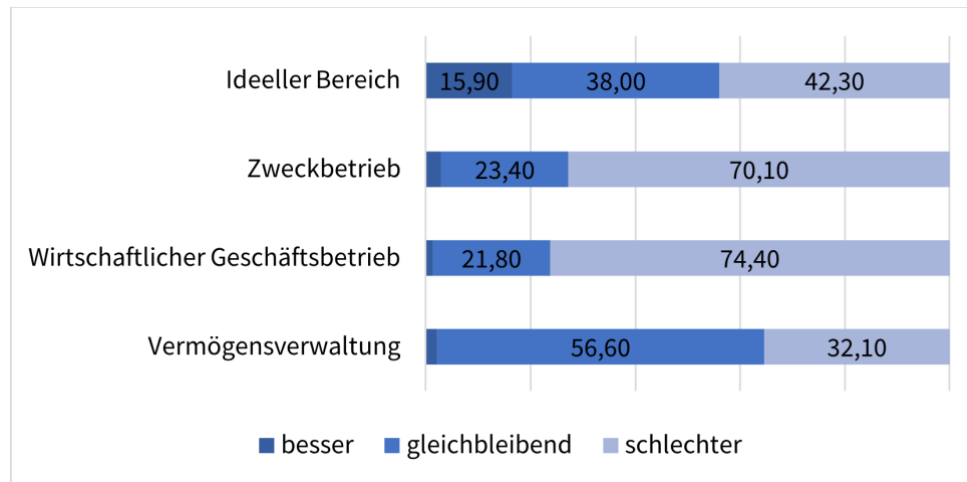
Gemeinnützige Organisationen stellen ihre Finanzen meist nach den vier Bereichen der Gemeinnützigkeit auf (Ideeller Bereich, Zweckbetrieb, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Vermögensverwaltung). Viele nicht gemeinnützige, aber der Zivilgesellschaft zuzurechnende Organisationen orientieren sich ebenfalls an diesen. Der ideelle Bereich ist dabei geprägt von Leistungen, für die zivilgesellschaftliche Organisationen keine unmittelbaren Gegenleistungen erhalten, sondern die bspw. durch Geldspenden, Sachspenden oder Mitgliedsbeiträge finanziert werden müssen. Einnahmen und/oder Ausgaben im ideellen Bereich haben 90% der Befragten. Dagegen handelt es sich bei Zweckbetrieben, die 47% der Befragten unterhalten, um steuerbefreite wirtschaftliche Geschäftsbetriebe, die unmittelbar zur Verwirklichung der steuerbegünstigten

Zwecke dienen (bspw. Betreiben eines Kindergartens, Krankenhaus, Eintrittsgelder). Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (34%) liegen vor, wenn durch eine selbständige und nachhaltige Tätigkeit Einnahmen oder wirtschaftliche Vorteile erzielt werden, die über die bloße Vermögensverwaltung hinausgehen (bspw. Verkauf von Speisen, Flohmärkte). Bei der Vermögensverwaltung werden dagegen Gelder zur Zinserzielung angelegt oder Immobilien vermietet. 23% der Befragten finanzieren sich unter anderem über den Bereich der Vermögensverwaltung. Die Tatsache, dass 47% der Befragten Zweckbetriebe unterhalten, lässt darauf schließen, dass kleine Bewegungen und Organisationen, etwa mit Zielen im Bereich der Menschen- und Bürgerrechte, im Rücklauf unterrepräsentiert sind. Es ist insoweit zu vermuten, dass insgesamt eher hauptamtliche Mitarbeitende, über die kleine Bewegungen meist nicht verfügen, an der Umfrage teilgenommen haben.

Wie in Abbildung 4 sichtbar, ist die finanzielle Einnahmesituation im Bereich des Zweckbetriebs und des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs tendenziell am stärksten durch die Corona-Pandemie betroffen. Durch die staatlichen Vorgaben des Infektionsschutzes sind Tätigkeiten in diesen Bereichen oftmals stark eingeschränkt. Die Einnahmesituation hat sich in diesen Bereichen im Vergleich zu 2019 drastisch verschlechtert. Lediglich 23% berichten, dass ihre finanzielle Einnahmesituation innerhalb des Zweckbetriebs und 22% im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben ist. Von einem rückläufigen Zweckbetrieb sind insbesondere Akteurinnen und Akteure in Gemeinschaftsbildung, Dienstleister und Themenanwälte betroffen, während beim wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb die Gemeinschaftsbildung, Selbsthilfe-Organisationen und Dienstleister am häufigsten von negativen Einnahmeentwicklungen berichten.

Aber auch der ideelle Bereich, der mit Abstand häufigste Tätigkeitsbereich zivilgesellschaftlicher Organisationen, ist durch die Pandemie stark eingeschränkt. 42% berichten, dass sich darin die Einnahmesituation tendenziell verschlechtert hat. Dem stehen 38% gegenüber, deren Einnahmesituation gleichgeblieben ist und 16%, die von einer Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr berichten. Erneut sind Akteurinnen und Akteure in Gemeinschaftsbildung, Dienstleister und Themenanwälte am häufigsten von einer negativen Einkommensentwicklung innerhalb des ideellen Bereichs betroffen. Im Bereich der Vermögensverwaltung gibt die Mehrheit (57%) an, dass ihre Einnahmeerzielung konstant ist. Dies kann damit erklärt werden, dass Gelder zur Zinserzielung oder Vermietung von Immobilien langfristiger angelegt und dadurch weniger krisenanfällig sind. 32% berichten jedoch auch hier von einer verschlechterten Einnahmesituation.

Abbildung 4: finanzielle Einnahmesituation im Vergleich zu 2019, nach den vier Bereichen der Gemeinnützigkeit



n= 247

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Aufgeschlüsselt in einzelne Bereiche (Tabelle 2) zeigt sich, dass tendenziell selbsterwirtschaftete Mittel aus Zweckbetrieben wie Kursgebühren, Eintrittsgelder etc. (M= -52,85, SD= 39.92) und Verkaufserlöse (M= -43,99, SD= 43.24) im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig sind. Bei diesen wird von 24% bzw. 40% der Befragten von einer Abnahme zwischen 61% und 100% berichtet. Finanzielle Einbußen durch entgangene Mitgliedsbeiträge lassen sich bei über einem Drittel der Befragten beobachten. Ihnen stehen rund ein Viertel gegenüber, die von Zunahmen, und ein Drittel, das von gleichbleibenden Einnahmen berichtet. Auch in Hinblick auf nicht-staatliche Zuwendungen (bspw. von Stiftungen) lässt sich durchschnittlich ein Rückgang von 13% beobachten (SD= 37.64). Bei einigen Befragten, rund einem Fünftel, kam es jedoch zu einer Zunahme von bis zu 20%. In welchem Zusammenhang diese Zuwendungen zur Corona-Pandemie stehen, ließ sich nicht ermitteln. Es ist nicht auszuschließen, dass sich hier längerfristige Trends niederschlagen.

Die Einnahmen durch Spenden haben durchschnittlich um 10% abgenommen (SD= 41.59). Gleichzeitig berichten mehr als ein Viertel von einer Verbesserung ihrer Spendeneinnahmen. Nur rund 6% gaben unveränderte Einnahmen im Vergleich zu 2019 an.⁵ Das Interview mit der Geschäftsführerin des Mittlerverbandes bestätigt diese Disparität. Sie schildert, dass es Spendenorganisationen gibt, die, insbesondere durch Onlineansprache, Spendenzuwächse im zweistelligen Bereich erzielen konnten, während andere große Verluste erlitten, da sie ihre

⁵ Insbesondere in Hinblick auf das Spendenverhalten lassen sich keine eindeutigen Aussagen treffen. Der zu Beginn der Pandemie erwartete starke Spendenrückgang ist nur bedingt eingetroffen. Stattdessen wird teilweise ein Zuwachs an Spenden und Spendenvolumen beobachtet. Auch Ergebnisse aus anderen Studien berichten von konträren Entwicklungen, wie im Kapitel „Allgemeine Spendenbereitschaft“ aufgezeigt wird (s.S. 45).

Aktionstage oder andere Haupt-Spenden-Events nicht durchführen konnten. Ihrer Einschätzung nach lassen sich diese Differenzen auf sehr unterschiedliche Flexibilitäten und Innovationsfähigkeiten in den Führungsetagen sowie allgemeineren Problemen der Governance-Strukturen zurückführen. Dabei stellt sie fest, dass sich kleinere Organisationen oftmals ein bisschen schneller umorientieren. Gleichzeitig gibt es auch große Organisationen, deren Fundraising so professionalisiert ist und deren Budget es möglich macht, neue digitale Formate auszuprobieren, sodass diese in der Krise relativ erfolgreich waren. Nach Einschätzung der Interviewten sind es insbesondere die mittelgroßen Organisationen, die von Spendenrückgängen betroffen sind (vgl. Interview Mittler: Zeile 10-55).

Während das Corona-Jahr in den aufgeführten Bereichen tendenziell eher negative Auswirkungen auf die Einnahmesituation der Zivilgesellschaft hatte, sind Einnahmen aus öffentlichen Mitteln zunächst nahezu konstant geblieben. Da jedoch laufende Projektmittel aufgrund der Pandemie teilweise nicht für den vorgesehen Zweck eingesetzt werden konnten und neue Kosten entstanden, welche nicht in den Fördervereinbarungen vorgesehen waren, ergeben sich Komplikationen hinsichtlich der Abrechnung. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die mit der Vergabe der Mittel befassten Behörden, sowie die entsprechenden Kontrollinstanzen (bspw. Bundesverwaltungsamt, Rechnungshöfe), eine pragmatisch-kulante Haltung einnehmen oder Forderungen nach Rückzahlung gewährter Fördermittel stellen werden (vgl. Schrader et al. 2020: 27).

Tabelle 2: Einnahmesituation im Vergleich zu 2019, nach Spenden, öffentlichen und nicht staatlichen Zuwendungen und selbsterwirtschafteten Mitteln

	Spenden	selbsterwirtschafteten Mittel				
		öffentliche Zuwendungen	nicht staatliche Zuwendungen	Kursgebühren	Eintrittsgelder	Verkaufserlöse
Abnahme um 100 bis 81%	3,87	3,31	6,36	15,47	30,00	1,59
Abnahme um 80 bis 61%	9,03	4,96	3,64	8,99	10,00	
Abnahme um 60 bis 41%	5,81	4,13	5,45	7,19	10,00	0,79
Abnahme um 40 bis 21%	19,35	10,74	16,36	7,91	12,22	7,14
Abnahme um 20 bis 1%	20,00	18,18	24,55	7,91	15,56	29,37
Gleichbleibend	6,45	19,83	16,36	1,80	11,11	34,13
Zunahme um 1 bis 20%	17,42	20,66	20,00	0,72	7,78	20,63
Zunahme um 21 bis 40%	9,68	6,61	1,82		1,11	3,97
Zunahme um 41 bis 60%	3,23	2,48	1,82	0,36		0,79
Zunahme um 61 bis 80%	0,65	1,65		0,36	1,11	
Zunahme um 81 bis 100%	4,52	7,44	3,64	0,72	1,11	0,72
Mittelwert	-10,17	-0,84	-12,57	-52,85	-43,99	-2,58
Standardabweichung	41,59	41,44	37,64	39,92	43,24	22,65
Gesamt	155	121	110	143	90	126

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Die differenzierte Einnahmesituation in den unterschiedlichen Funktionsbereichen der Zivilgesellschaft offenbart, dass Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung im Vergleich zu 2019 erneut tendenziell stärker von der Pandemie betroffen sind als andere. 62% von ihnen – so viele wie in keinem anderen zivilgesellschaftlichen Funktionsbereich – erzielen Einnahmen durch selbsterwirtschaftete Mittel. Dabei sind insbesondere deren Einnahmen durch Kursgebühren, Eintrittsgelder (-62%) und Verkaufserlöse (-60%) durchschnittlich stärker rückläufig als bei anderen Akteurinnen und Akteuren. Doch auch Themenanwälte (-57%) verzeichnen starke Verluste durch Kursgebühren, Eintrittsgelder, etc.. Die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge sind für Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung (-6%) und Dienstleister (-5%) durchschnittlich etwas häufiger rückgängig, während Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung einen Zuwachs von 6% im Vergleich zum Vorjahr erzielen konnten.

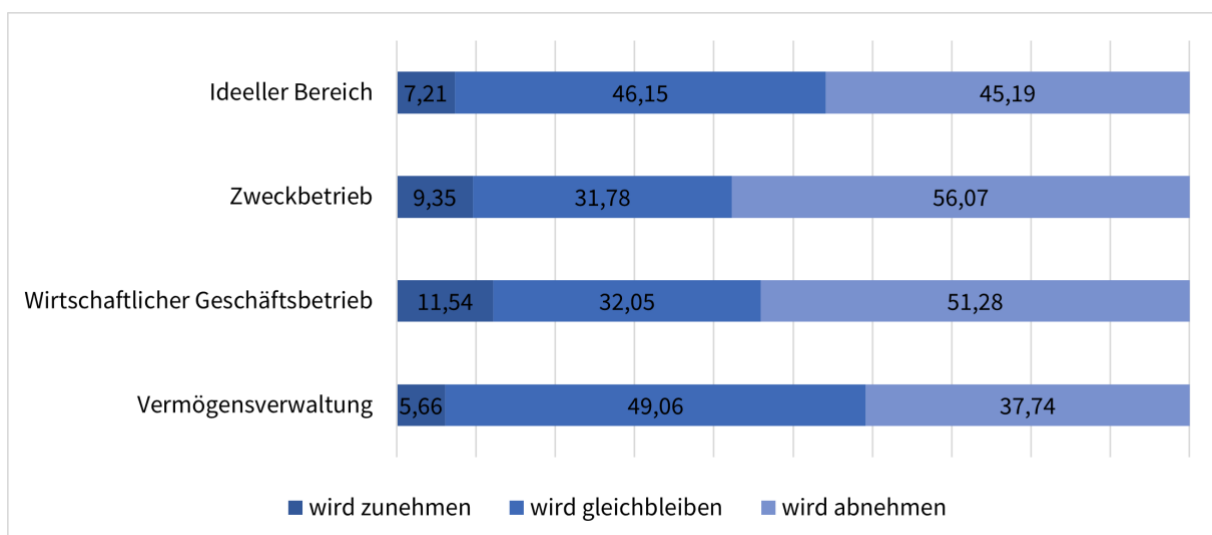
Die Einnahmeentwicklung durch Spenden ist, abgesehen von Akteurinnen und Akteuren der politischen Mitgestaltung, die kaum von Rückgängen (-2%) berichten, bei allen tendenziell ähnlich

verteilt und rückläufig (-10% bis -13%). Dahingegen sind die Einnahmen durch öffentliche Zuwendungen in der politischen Mitgestaltung (11%), bei Themenanwälten (6%) und Mittlern (6%) eher gestiegen. Lediglich Akteurinnen und Akteure in der Gemeinschaftsbildung berichten hier von Rückgängen (-6%).

2.2.3. Ausblick

Befragt zur finanziellen Entwicklungstendenz bis Sommer 2021, gehen die meisten Befragten von einer konstanten bis abnehmenden Einkommensentwicklung in den vier Bereichen der Gemeinnützigkeit aus. So vermutet die Mehrheit, dass sich die Einnahmesituation des Zweckbetriebs (56%) und des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs (51%) weiterhin eher verschlechtern wird, rund ein Drittel rechnet damit, dass diese in naher Zukunft konstant bleiben. Nur 9% (Zweckbetrieb) bzw. 12% (wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb) rechnen mit einer eher positiven Entwicklungstendenz. Im ideellen Bereiche geht eine knappe Mehrheit (46%) davon aus, dass ihre Einnahmesituation unverändert bleibt, 45% rechnen mit weiteren Rückgängen, lediglich 7% erwarten eine positive Entwicklung in naher Zukunft. Hinsichtlich der Vermögensverwaltung rechnet die Mehrheit (49%) zwar weiterhin mit einer eher konstanten Einnahmesituation, doch steigt die Zahl derer, die mit einem Rückgang bis Sommer 2021 rechnen (38%) (Abbildung 5).

Abbildung 5: finanzielle Entwicklungstendenz bis Sommer 2021, nach den vier Bereichen der Gemeinnützigkeit



n= 208

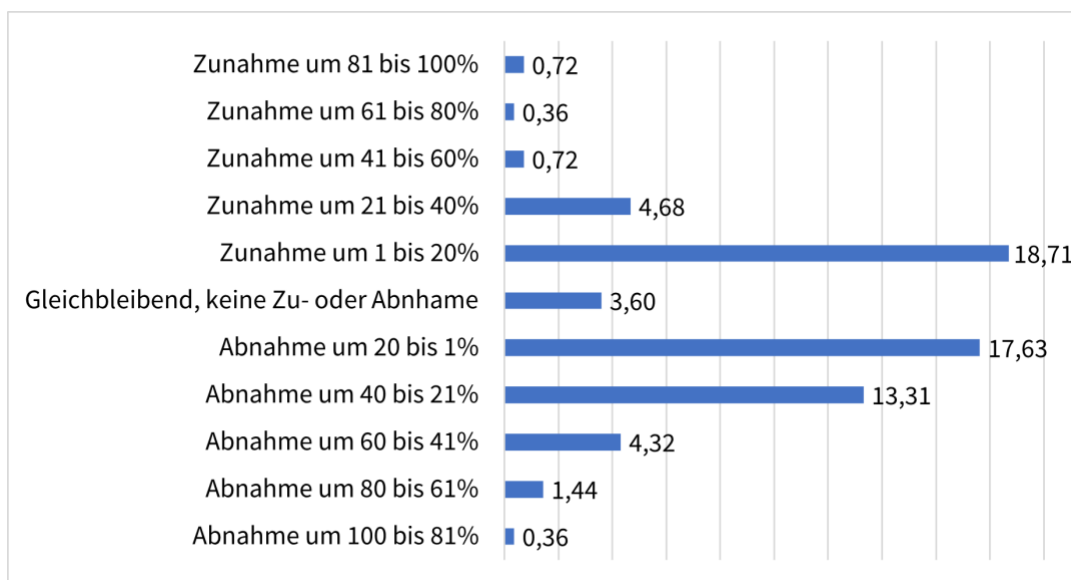
Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Mittelfristiger, auf die nächsten zwei Jahre bezogen, rechnet rund ein Fünftel mit einem Anstieg des Gesamthaushaltes von bis zu 20%. Durchschnittlich ist die Tendenz bis Ende 2022 jedoch

pessimistischer und es wird mit langfristigen Einbußen gerechnet ($M = -7,99$, $SD = 27,55$). So erwarten 18% einen Rückgang von bis zu 20% ihres Gesamthaushaltes und 13%, dass sich ihre Einnahmesituation um 21 bis 40% verschlechtern wird (Abbildung 6).

In Bezug auf Unterschiede hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Funktionsbereiche lässt sich je nach aktueller Betroffenheit feststellen, dass Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung (2%), der Selbsthilfe (-4%) und der Themenanwaltschaft (-4%) tendenziell mit einem eher konstanten Gesamthaushalt bis Ende 2022 rechnen. Dahingegen erwarten Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung insgesamt den stärksten Rückgang ihres Gesamthaushaltes bis Ende 2022 ($M = -10,29$, $SD = 27,53$).

Abbildung 6: finanzielle Entwicklungstendenz in Bezug auf den Gesamthaushalt bis Ende 2022



$n = 183$

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

2.2.4. Corona-bedingte Herausforderungen

Sichtbar wird, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie sehr vielfältig und in vielerlei Hinsicht kleinteilig sind. Daraus resultieren verschiedene Herausforderungen.

2.2.4.1. Veränderte Ausgaben und getroffene Maßnahmen

Corona-bedingte Ausgaben werden vor allem im Bereich der Digitalisierung (73%) und hinsichtlich neu geschaffener Hygienekonzepte (71%) sichtbar. Bei rund der Hälfte der Befragten entstehen erhöhte Kosten durch staatliche Vorgaben in Bezug auf Teilnehmerzahlen bzw. maximale Gruppengrößen und damit verbundenen Mehraufwand (54%). Ein Drittel berichtet von erhöhten

Kosten durch Schulungsbedarf der Mitarbeitenden und rund ein Viertel durch erhöhte Fundraising-Ausgaben. Erhöhte Personalausgaben werden lediglich von 22% benannt.

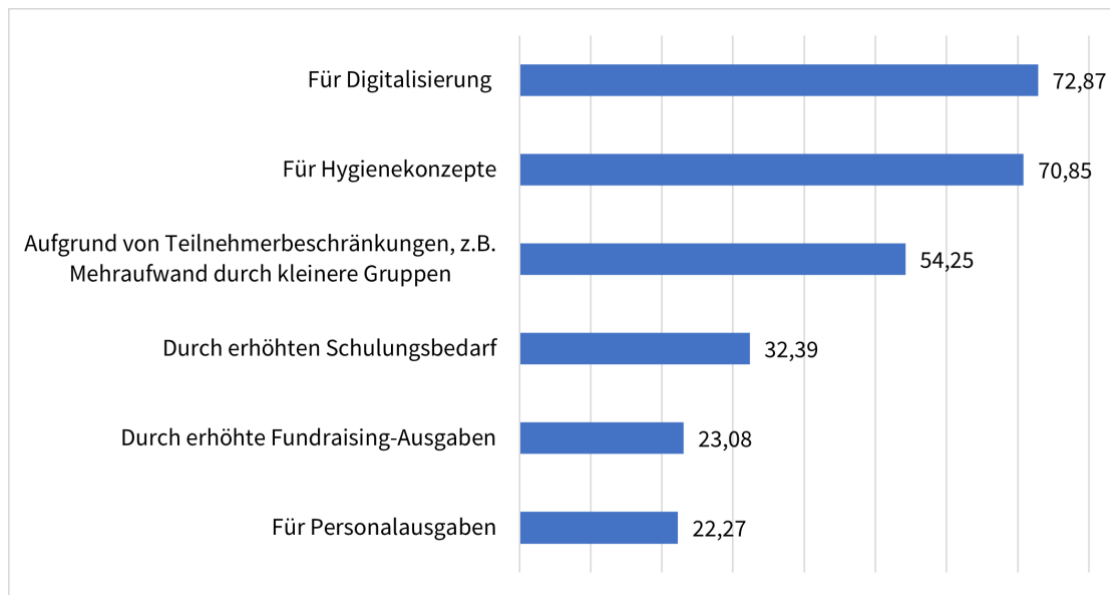
Auch im Interview mit der Netzwerkeinrichtung der Selbsthilfe werden veränderte Ausgaben thematisiert:

„[...] es gibt eine Verschiebung, also die klassischen Bedarfe von Gruppen, dass Referenten eingeladen werden, dass Honorare bezahlt werden, dass man gleich den Gruppenraum bezahlen muss oder Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird, das ist ja jetzt durch die Pandemiesituation anders. Veranstaltung fallen aus. Da ist eher weniger Bedarf. Auf der anderen Seite muss ich eben auch teilweise Voraussetzungen schaffen, in dem Computer vielleicht angeschafft werden mussten oder Smartphones“ (Interview Selbsthilfe: Zeile: 230-235).

Mit der zunehmenden digitalen Bereitstellung des Angebotes entstehen somit neue Kosten, um Endgeräte zu kaufen und Videokonferenz-Tools und deren Accounts zu bezahlen. Insgesamt wurde Verständnis für veränderte Ausgaben in der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe (nach §20h des 5. Sozialgesetzbuchs durch Fördermittel der Sozialversicherungsträger finanziert) während der Pandemie aufgebracht und Selbsthilfegruppen eine gewisse Flexibilität ihrer Mittel zugesprochen. Gleichzeitig wird im Interview berichtet, dass Sozialversicherungsträger ungern Endgeräte aus Fördermitteln finanzieren, da diese auch privat genutzt werden können und durch die hohe Volatilität der Selbsthilfe unklar ist, wie mit sich auflösenden Gruppen oder verlorenen Geräten verfahren wird.

Auch in Bezug auf analoge Treffen sind neue Ausgaben entstanden. Es mussten Hygieneschutzmittel und Schnelltests erworben werden. Die Kosten dafür werden bei entsprechenden gesetzlichen Auflagen für gesundheitsbezogene Selbsthilfegruppen von den Sozialversicherungsträgern übernommen. Ist die Anwendung jedoch nicht gesetzlich vorgeschrieben, sind diese sehr zurückhaltend, und Kosten müssen selbst von den Selbsthilfegruppen getragen werden. Innerhalb der Selbsthilfe wird dies gegenwärtig stark diskutiert. Insgesamt konnten Fördermittel, die nicht aufgebraucht wurden, dennoch relativ flexibel auf andere Ausgaben übertragen werden, sodass innerhalb der Selbsthilfe nur bedingt finanzielle Probleme entstanden sind (vgl. ebd.: Zeile: 229-260).

Abbildung 7: Veränderte Ausgaben seit Beginn der Corona-Pandemie



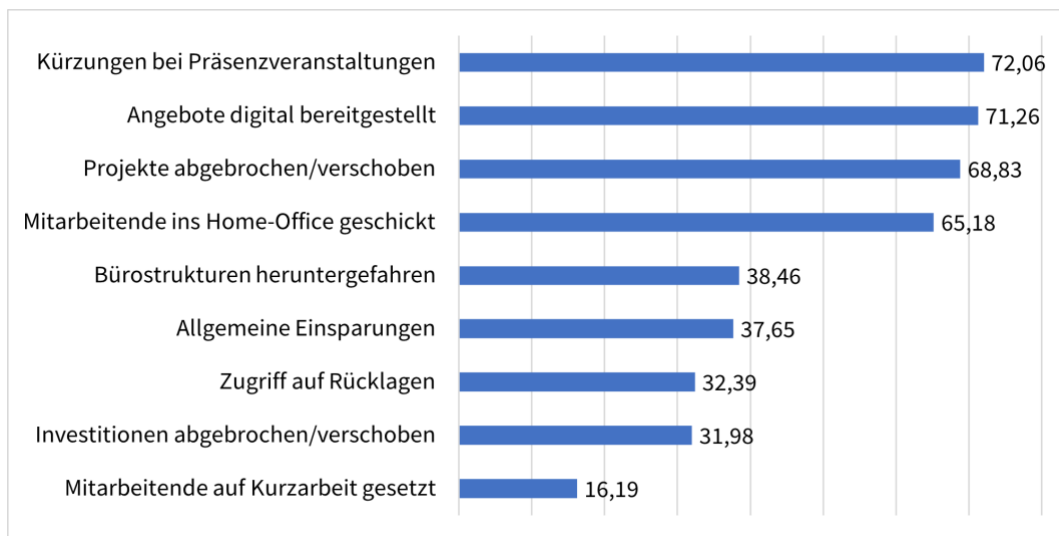
n= 247, Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Mit den Corona-bedingten staatlichen Einschränkungen und Anordnungen mussten die Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft ebenso wie andere Akteurinnen und Akteure Maßnahmen treffen, um finanzielle Ausfälle zu kompensieren, ihre Arbeit umzustrukturieren und ihre Tätigkeiten aufrechtzuerhalten. Dabei wurden insbesondere Präsenzveranstaltungen gekürzt (72%) und alternative Angebote digital bereitgestellt (71%). Dennoch berichten 69%, dass sie geplante Projekte verschieben oder ganz abbrechen mussten.

Rund zwei Drittel der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure haben ihre Mitarbeitenden ins Home-Office geschickt. Um Kosten zu sparen, wurden Bürostrukturen heruntergefahren und allgemein Einsparungen vorgenommen (je 38%). Rund ein Drittel aller Organisationen musste auf vorhandene Rücklagen zurückgreifen oder Investitionen abbrechen oder verschieben. Dass Mitarbeitende auf Kurzarbeit gesetzt wurden, kommt dagegen tendenziell selten vor. Lediglich 16% berichten davon.

Abbildung 8: Getroffene Maßnahmen seit Beginn der Corona-Pandemie



n= 247, Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

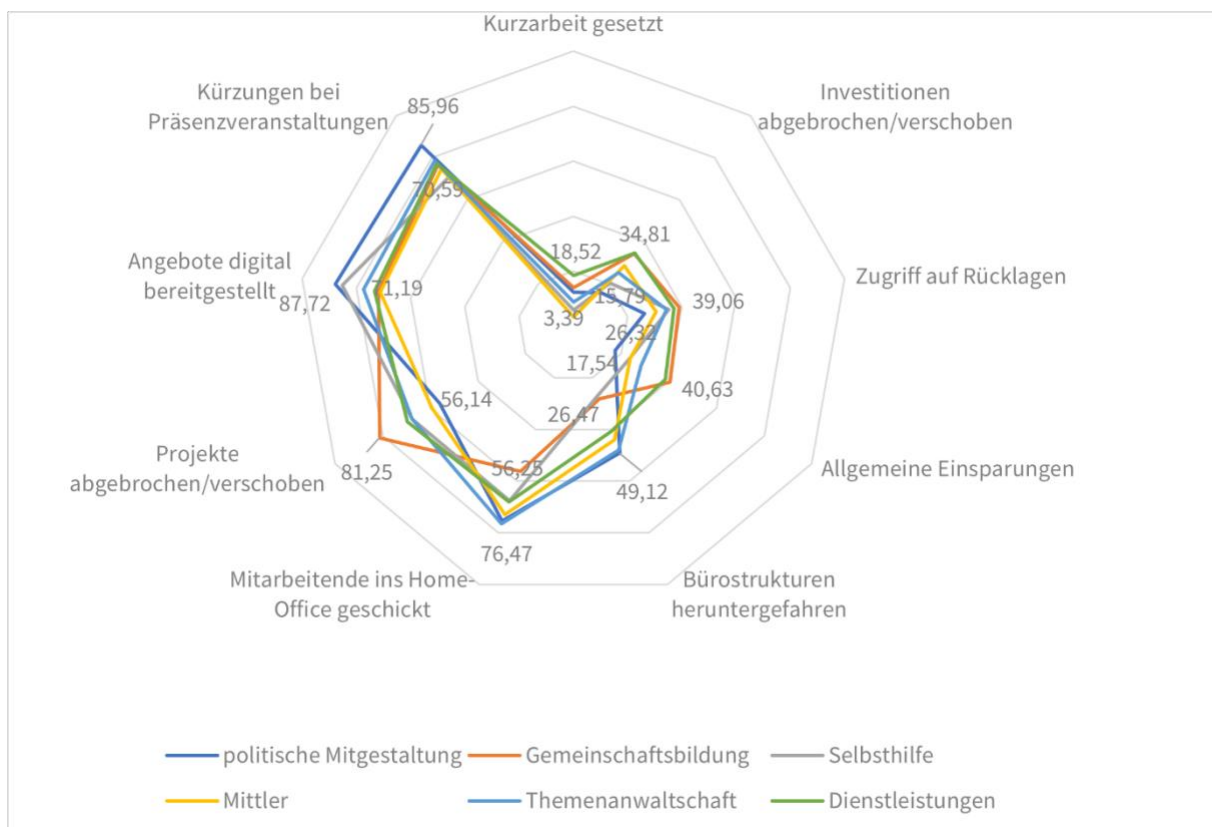
Die Aufstellung der Maßnahmen seit Beginn der Pandemie in den unterschiedlichen Funktionsbereichen zeigt (Abbildung 9), dass insbesondere Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung deutlich häufiger als andere Akteurinnen und Akteure Präsenzveranstaltungen kürzen (86%), Angebote digital bereitstellen (88%), die Arbeit im Home-Office fortsetzen (75%) und Bürostrukturen herunterfahren (49%). Aber auch in der Selbsthilfe wurden verstärkt Angebote digital bereitgestellt (85%). Auch im Interview mit der Netzwerkeinrichtung der Selbsthilfe wird berichtet, wie die Pandemie zu einem Digitalisierungsschub beigetragen hat, da ein analoges Zusammenkommen lange Zeit gar nicht oder nur sehr eingeschränkt stattfinden konnte. Inzwischen nutzen rund zwei Drittel aller Gruppen digitale Austauschmöglichkeiten. Insofern wird die Digitalisierung auch als Chance begriffen und die Vorteile digitaler Kommunikation thematisiert (vgl. Interview Selbsthilfe: Zeile 37-44; 368-375).

Arbeit im Home-Office fortgesetzt (76%) und Bürostrukturen heruntergefahren (48%) haben am häufigsten Themenanwälte. Aber auch Mittler sind stark vertreten (Home-Office: 73%, Bürostrukturen: 44%). Mit Abstand am häufigsten Projekte abbrechen oder verschieben mussten Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung (81%). Diese mussten auch am häufigsten allgemeine Einsparungen vornehmen (41%), auf Rücklagen zurückgreifen (39%) und Investitionen abbrechen oder verschieben (34%). Dafür wurden ihre Mitarbeitenden tendenziell deutlich seltener ins Home-Office (58%) geschickt. Dies könnte unter anderem mit ihrer Organisationsstruktur erklärt werden. 26% der Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung haben keine und 34% nur 1-5 hauptamtliche Mitarbeitende. Überwiegend (69%) wird die Arbeit von ehrenamtlichen

Mitarbeitenden übernommen. Insofern verfügen sie vermutlich nur bedingt über Bürostrukturen, die eine Verlagerung der Arbeit nach Hause notwendig machen würde. Ähnlich wie in der Selbsthilfe (26%) haben Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung tendenziell seltener Bürostrukturen herunterfahren (28%).

Auch wenn Kurzarbeit innerhalb der Zivilgesellschaft insgesamt relativ selten auftritt, ist sie tendenziell eher bei zivilgesellschaftlichen Dienstleistern zu beobachten (19%), insbesondere im Bereich der Behinderten- und Krankenhilfe. Zivilgesellschaftliche Dienstleister mussten auch stärker als andere Akteurinnen und Akteure allgemeine Einsparungen vornehmen (39%), auf Rücklagen zurückgreifen (37%) und Investitionen abbrechen oder verschieben (35%).

Abbildung 9: Getroffene Maßnahmen seit Beginn der Corona-Pandemie, nach zivilgesellschaftlichen Funktionsbereichen



n= 233, Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

2.2.4.2. Organisatorische Herausforderungen

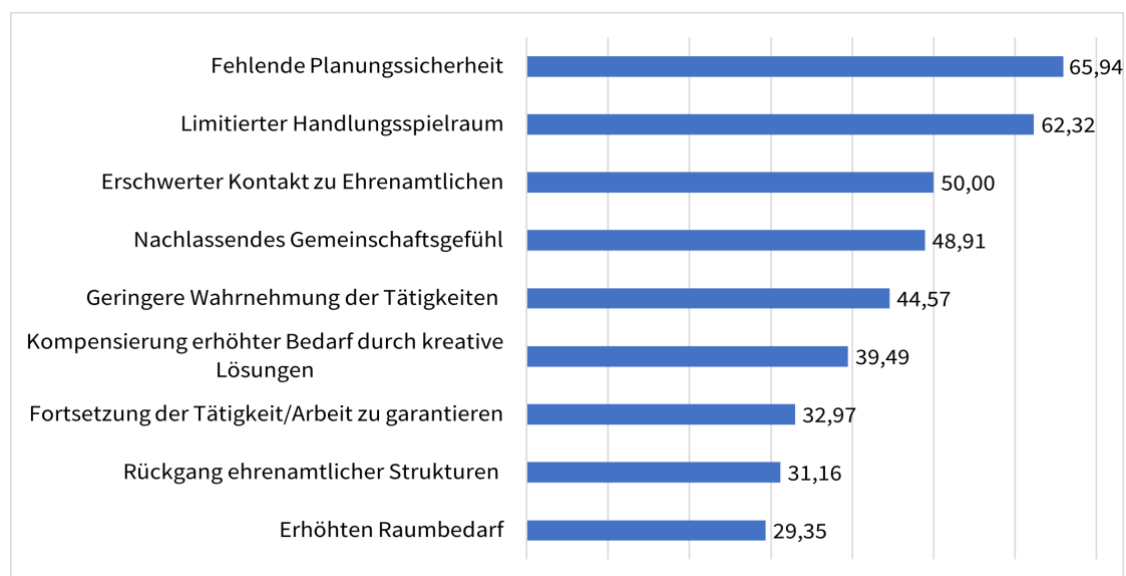
Insgesamt versuchen 39% der Befragten, die Auswirkungen der Pandemie durch kreative Lösungen zu kompensieren. Dennoch bleiben Herausforderungen der Corona-Krise, die nicht nur finanzieller

Natur, aber teilweise mit diesen verwoben sind. Bei rund einem Drittel führen bspw. die staatlichen Vorgaben zu einem erhöhten Raumbedarf, um hygiene-begründete Abstandsvorgaben sicherzustellen.

Gravierender erscheint die fehlende Planungssicherheit aufgrund der unklaren Einnahmeentwicklung, die von 66% der Befragten angegeben wird. 62% berichten, dass die Pandemie-bedingten Einschränkungen den eigenen Handlungs- und Tätigkeitsspielraum insgesamt limitieren. Dies hat auch zur Folge, dass bei der Hälfte der Befragten der Kontakt zu bürgerschaftlich Engagierten erschwert ist, das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Organisation⁶ tendenziell nachlässt (49%) und die eigenen Tätigkeiten in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen werden (45%).

Ein Drittel der Befragten ist von essentiellen Herausforderungen betroffen: Sie haben Schwierigkeiten die Fortsetzung ihre Tätigkeiten zu garantieren und berichten von Rückgängen der ehrenamtlichen Strukturen⁷, welche für zivilgesellschaftliche Organisationen elementar sind (Abbildung 10).

Abbildung 10: Nicht-materielle Herausforderungen durch die Corona-Pandemie



n= 278, Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in Gemeinschaftsbildungsfunktionen sind abermals tendenziell stärker betroffen (Abbildung 11). Insbesondere das nachlassende Gemeinschaftsgefühl

⁶ Sowohl unter den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden als auch unter den Nutznießenden der Arbeit und ihrer Angebote.

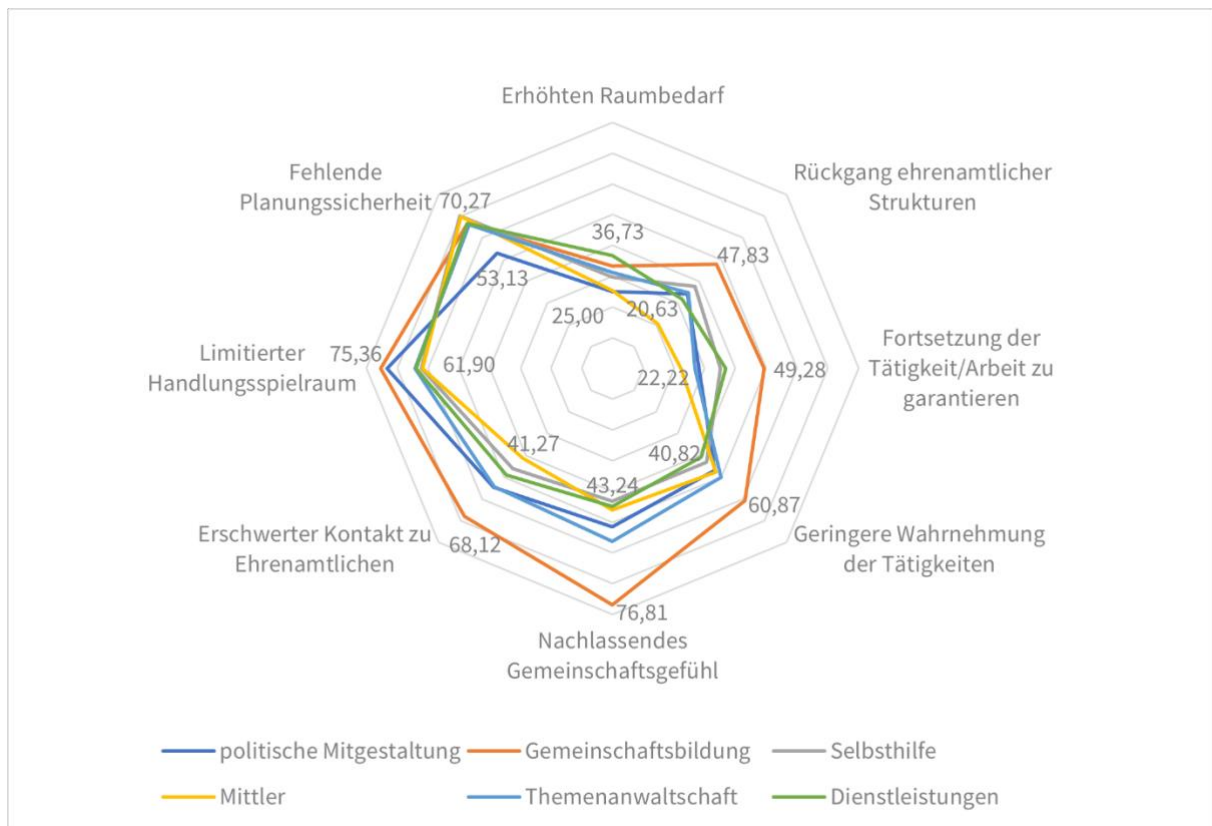
⁷ Ausführlichere Pandemie-Auswirkungen auf das im dritten Teil, Kapitel „Bürgerschaftliches Engagement“ (s.S.50).

innerhalb der Organisation wird bei Akteurinnen und Akteuren der Gemeinschaftsbildung am häufigsten genannt (77%). Dieses resultiert aus dem limitierten Handlungsspielraum durch pandemiebedingte Einschränkungen (75%), welcher nur Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung in ähnlicher Häufigkeit trifft (73%). Aber auch 68% der Akteurinnen und Akteure in Gemeinschaftsbildungsfunktionen stellt der erschwerte Kontakt zu bürgerschaftlich Engagierten vor tendenziell größere Herausforderungen, was bei der Hälfte in einem Rückgang der ehrenamtlichen Strukturen resultiert (48%). Hinzu kommt, dass bei 61% die Arbeit in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen wird und es bei der Hälfte schwierig ist die Fortsetzung der Tätigkeit zu garantieren. Auch Themenanwälte berichten leicht überdurchschnittlich von einem nachlassenden Gemeinschaftsgefühl (56%) und tendenziell geringerer Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (50%).

Die meisten Organisationen beklagen bereichsübergreifend eine fehlende Planungssicherheit durch die unklare Einnahmeentwicklung (66-77%). Lediglich Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung sind davon weniger betroffen (53%). Dies könnte unter anderem mit ihrer besseren finanziellen Entwicklung während der Corona-Krise erklärt werden.

Mittler sind weniger als andere durch den erschwerten Kontakt zu Ehrenamtlichen (41%), der Fortsetzung der Arbeit (22%) und dem Rückgang ehrenamtlicher Strukturen (21%) betroffen. Auch ein erhöhter Raumbedarf ist bei ihnen, wie bei Akteurinnen und Akteuren der politischen Mitgestaltung weniger ein Thema (je 25%) als in anderen Funktionsbereichen, wie beispielsweise den Dienstleitern, von denen 37% einen solchen thematisierten.

Abbildung 11: Nicht-materielle Herausforderungen durch die Corona-Pandemie, nach zivilgesellschaftlichen Funktionsbereichen



n= 258, Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Im Zuge der Pandemie entstand zunehmend die Notwendigkeit, digital zu arbeiten und Angebote online bereitzustellen. Dies stellte die Zivilgesellschaft vor verschiedene Herausforderungen, zumal eine Digitalisierung nur da funktioniert, wo ein analoges Zusammenkommen nicht zwingend notwendig ist.

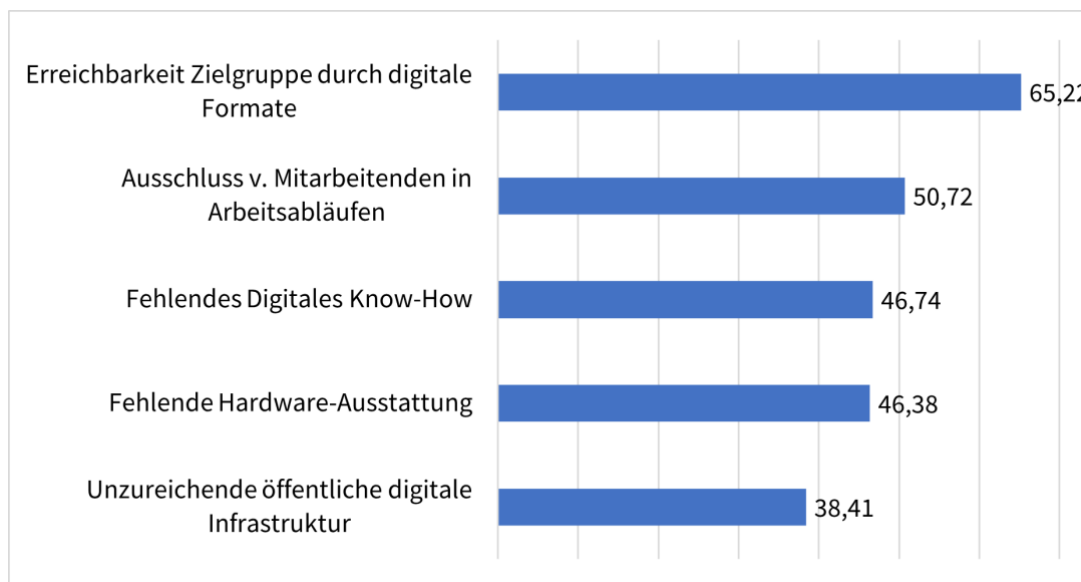
Als eine der größten Herausforderung stellt sich das Erreichen der Zielgruppen über digitale Formate dar. 65% der Befragten berichtet, dass Zielgruppen durch digitale Formate schwerer zu erreichen sind. Hinzu kommt, dass bei der Hälfte digitales Arbeiten zu Ausschlüssen der haut- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden führt. 47% berichten zudem von unzureichendem digitalem Know-How und 46% von fehlender Hardware-Ausstattung für ein erfolgreiches digitales Arbeiten. Erschwerend kommt bei 38% hinzu, dass die öffentliche digitale Infrastruktur unzureichend ausgebaut ist und dadurch digitales Arbeiten zusätzlich erschwert wird (Abbildung 12).

Insbesondere Akteurinnen und Akteure der Selbsthilfe (84%) und der Gemeinschaftsbildung (74%) haben Schwierigkeiten, ihre Zielgruppen durch digitale Formate zu erreichen. Der Ausschluss von

Mitarbeitenden aus den Arbeitsabläufen spiegelt sich dagegen eher bei Akteurinnen und Akteuren der politischen Mitgestaltung wider (69%), während fehlendes digitales Know-How tendenziell eher von Themenanwälten thematisiert wird (56%).

Im Interview mit der Netzwerkeinrichtung der Selbsthilfe wird die Erreichbarkeit von Zielgruppen differenzierter thematisiert. Zwar wird auch hier geschildert, dass insbesondere ältere Personen Schwierigkeiten mit verstärkt digitalen Kommunikationswegen haben, doch zeigt sich gleichzeitig, dass andere, die eine gewisse Affinität zur digitalen Welt haben, Angebote selbstverständlich annehmen. Es gibt zahlreiche ältere Personen, die sich inzwischen gut mit den Konferenzsystemen auskennen und diese nutzen. Problematischer sind die Aspekte der Datensicherheit und Vertraulichkeit, welche wesentliche Grundvoraussetzungen der Selbsthilfearbeit darstellen. Auch vor der Pandemie gab es bereits zahlreiche Online-Chatgruppen in sozialen Medien, die mit der Krise deutlich zugenommen haben. Die Netzwerkeinrichtung beurteilt diese Entwicklung mit Skepsis, da die Vertraulichkeit über solche Kanäle kaum garantiert werden kann. Durch ihre Arbeit versucht sie, den Gruppen Empfehlungen hinsichtlich sicherer Online-Kommunikation und geeigneter Konferenzsysteme, sowie praktische Anleitungen zu deren bestmöglicher Nutzung zu bieten. (vgl. Interview Selbsthilfe: 71-89; 166-181).

Abbildung 12: Herausforderungen in Bezug auf Digitalisierung durch die Corona-Pandemie



n= 278, Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Insgesamt lassen sich bei den organisatorischen Herausforderungen Unterschiede zwischen Organisationen mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden beobachten. So geben Organisationen mit überwiegen ehrenamtlichen (bürgerschaftlich engagierten) Mitarbeitenden

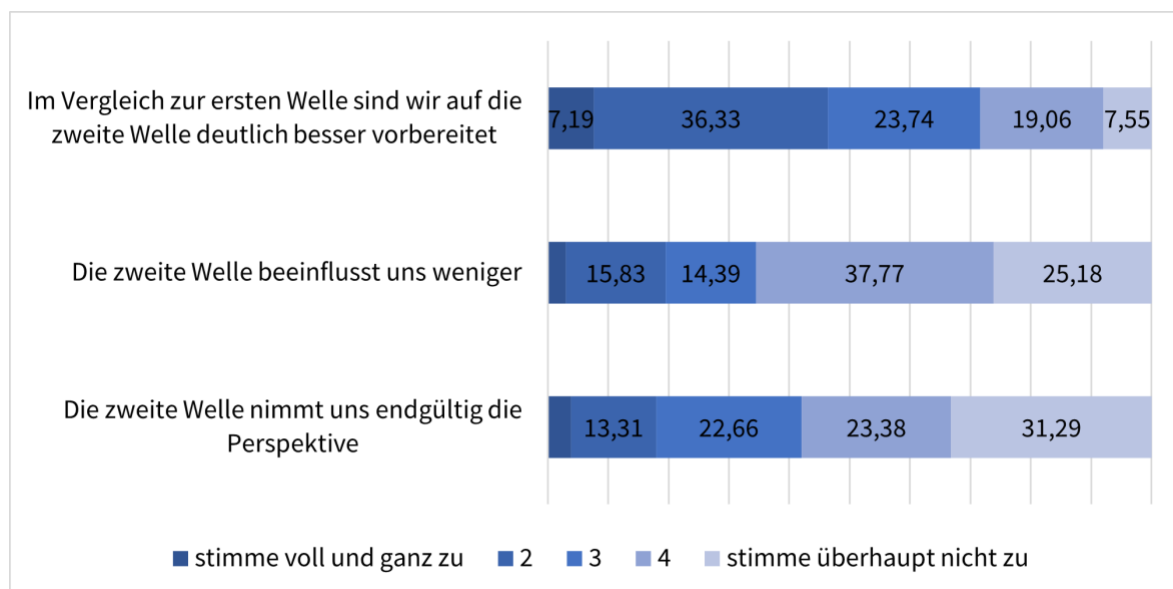
tendenziell häufiger ein nachlassendes Gemeinschaftsgefühl, einen Rückgang ehrenamtlicher Strukturen und den erschwerten Kontakt zu den Engagierten an. Sie beklagen häufiger eine geringere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und bezweifeln eher, dass sie ihre Tätigkeiten weiter gewährleisten können. Organisationen mit hauptamtlichen Mitarbeitenden sehen sich dagegen tendenziell eher durch fehlendes Digitales Know-How, erhöhtem Raumbedarf und der Kompensierung des erhöhten Bedarfs durch kreative Lösungen herausgefordert.

2.2.4.3. Herausforderungen im Pandemie-Verlauf

Wie sich zeigt, war die Zivilgesellschaft auf die zweite Welle tendenziell besser vorbereitet als zu Beginn der Pandemie (M= 2,82, SD= 1.09). Dem gegenüber stehen jedoch 28%, die dies eher nicht waren. Insbesondere Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung geben mit 36% eher häufiger an, auf die zweite Welle nicht besser vorbereitet gewesen zu sein.

Trotz der tendenziell besseren Vorbereitung sind etwas weniger als zwei Drittel der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure mindestens ähnlich stark von der zweiten Welle wie von der ersten Phase der Pandemie beeinflusst (M= 3,69, SD= 1.12). Lediglich 18% berichtet, dass sie von der zweiten Welle weniger beeinflusst wurden. Dabei sind erneut Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung tendenziell häufiger als andere Funktionsbereiche betroffen. Eine leichte Mehrheit der Befragten (55%) bekundet dennoch, dass sie trotz dieser Entwicklungen nicht endgültig die Perspektive verliert (M= 3,69, SD= 1.18). Dem stehen 17% gegenüber, denen die zweite Welle (teilweise) die Perspektive nimmt.

Abbildung 13: Umgang mit den verschiedenen Wellen der Corona-Pandemie



n= 278

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

2.2.5. Potenziale der Zivilgesellschaft

Ungeachtet der zahlreichen Herausforderungen, denen sich die Zivilgesellschaft in dem vergangenen Corona-Jahr stellen musste, hat sie gleichzeitig ihren Beitrag zur Überwindung der Pandemie geleistet.

2.2.5.1. Potenziale in Bezug auf Arbeit

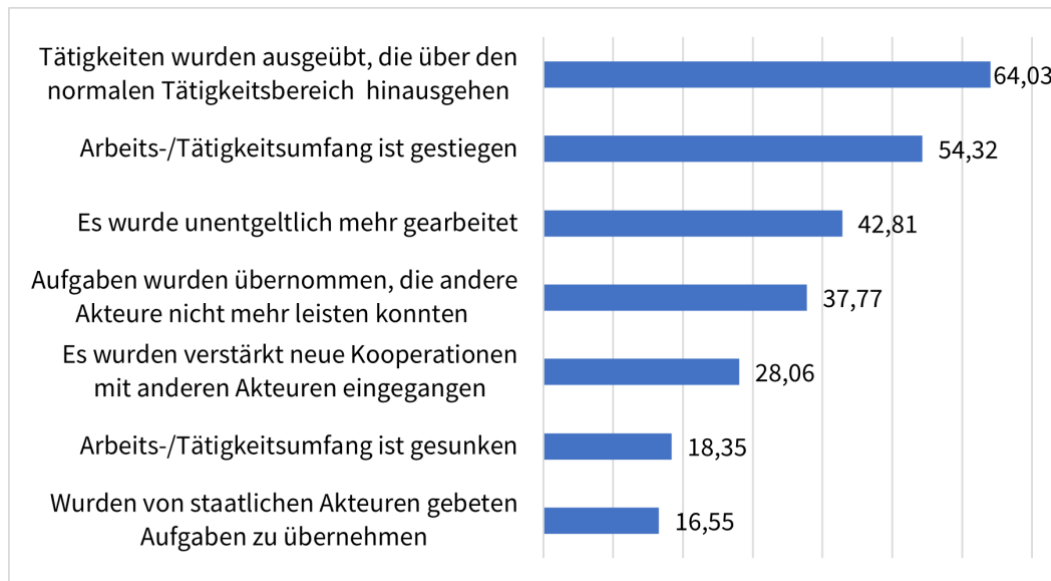
Bei über der Hälfte, besonders bei Akteurinnen und Akteuren in Mittler- und Selbsthilfefunktionen ist der Arbeits- und Tätigkeitsumfang durch die Krise gestiegen (Abbildung 14). Mehrheitlich wurden die Tätigkeiten zudem ausgeweitet (64%). Dies betrifft insbesondere Mittler, zivilgesellschaftliche Dienstleister und Akteurinnen und Akteure der Selbsthilfe. So berichtet die interviewte Mittlerin, dass Mittlerorganisationen im vergangenen Jahr in ihren Zielen und ihrer Mission „eine große Veränderungsleistung hinbekommen [haben], die sie sonst wahrscheinlich ohne diesen Druck eher in einem Fünf-Jahres-Rhythmus hingelegt hätten - also gerade die Umstellung im digitalen Bereich, und damit meine ich sowohl die eigene Infrastruktur für das Organisationsinnenleben, aber auch für die äußere Kommunikation“ (vgl. Interview Mittler: Zeile: 225-230). 38% der Befragten gibt zudem an, dass Aufgaben während der Krise übernommen wurden, die andere Akteurinnen und Akteure nicht mehr leisten konnten. Ihnen stehen jedoch auch 38% gegenüber, die dieser Aussage nicht zustimmen können. Erneut sind Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung und zivilgesellschaftliche Dienstleister am stärksten vertreten.

Insgesamt wurden nur wenige Organisationen (17%) von staatlicher Seite gebeten, im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Aufgaben zu übernehmen. Zivilgesellschaftliche Dienstleister sind dabei am stärksten vertreten, da sie oftmals Teil des staatlichen Gewährleistungsauftrags der Daseinsvorsorge sind und mit Aufgaben der Pandemie-Eindämmung beauftragt wurden. Im Interview mit der Geschäftsführerin des Wohlfahrtverbandes wird jedoch deutlich, dass durch den Versorgungsauftrag und die damit verbundene Finanzierung auch eine grundlegende unausgesprochene Erwartungshaltung von staatlicher Seite verbunden ist. Sofern die staatliche Refinanzierung der Träger gesichert ist, sind diese dazu verpflichtet ihrem Versorgungsauftrag auch während der Pandemie gerecht zu werden (vgl. Interview Wohlfahrt: Zeile: 385-407).

Sichtbar wird, dass der Arbeitsumfang und die Tätigkeiten in vielen Bereichen der Zivilgesellschaft während der Pandemie zugenommen haben. Der Anstieg des Arbeitsumfangs wird jedoch oftmals nicht finanziell wertgeschätzt. 42% berichten, dass sie unentgeltlich mehr gearbeitet haben. Dies ist zwar grundsätzlich positiv zu sehen, doch resultieren hieraus oftmals prekäre Arbeitsbedingungen

und die Gefahr, dass zivilgesellschaftliches Handeln als selbstverständlich in Anspruch genommen wird. Insbesondere Akteurinnen und Akteure in Gemeinschaftsbildungs-, Selbsthilfe- und Mittlerfunktion sind hiervon betroffen. Zudem ist erwähnenswert, dass nicht bei allen Befragten der Tätigkeitsumfang gestiegen ist. 18% berichten von weniger Arbeit. Die Selbsthilfe, sowie Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung sind tendenziell am häufigsten betroffen.

Abbildung 14: Potenziale der Zivilgesellschaft in Bezug auf Arbeit



n= 278, Top 2-Boxes (stimme sehr stark und stark zu)

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Während in der Umfrage mehr als die Hälfte der Befragten angibt, während der Pandemie eher keine neuen Kooperationen mit anderen Akteurinnen und Akteuren eingegangen zu sein, betonen sowohl die interviewte Geschäftsführerin eines Kompetenzzentrums für bürgerschaftliches Engagement als auch die Mittlerin, dass Netzwerkarbeit während der Krise elementar wichtig gewesen sei und in Form von neuen Kooperationen zugenommen hat. „Also das war für mich wirklich der Schlüsselbegriff schlechthin, dass wir verstehen, Netzwerkarbeit gerade in diesen Krisenzeiten ist eigentlich das Mittel der Wahl, um Zusammenhalt und auch Austausch und auch wieder ein Empowerment im klassischen Sinne zu starten“ (Interview Engagement.: Zeile 117-121). In der Wahrnehmung der Zitierten ist in der Krisensituation ein *Stand-together*-Effekt entstanden, indem der Netzwerkaustausch gestärkt wurde, sich zivilgesellschaftliche Organisationen gegenseitig unterstützten sowie in Kooperation agierten (vgl. ebd.: Zeile 69-75). Durch den Einsatz von einzelnen Akteurinnen und Akteuren ist es teilweise zu einem Sektor-übergreifenden Engagement gekommen. Sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft als auch darüber hinaus haben Akteurinnen und Akteure kooperiert, bspw. zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Mittlerin hofft, dass die daraus

entstandenen, oftmals informellen, Netzwerke, auch nach der Krise erhalten und weitergetragen werden (vgl. Interview Mittler: Zeile: 69-75).

Die Geschäftsführerin des Wohlfahrtverbandes sieht hingegen nur einen leichten Anstieg von Kooperationen und Netzwerken innerhalb ihres Tätigkeitsbereichs. „In der Pandemie stellen sich die vorhandenen Netzwerke eher wieder neu auf [...]. Also da ist es eher so, dass die vorhandenen Netzwerke mit den neuen technischen Möglichkeiten der neuen Medien stärker miteinander ins Gespräch kommen“ (Interview Wohlfahrt: Zeile: 69-75). Auch die Mittlerin stellt fest, dass die neuen Kooperationen innerhalb der Zivilgesellschaft nicht flächendeckend zu beobachten sind. Ihrer Einschätzung nach bedarf es gerade für neue Kollaborationen zusätzlicher Kapazitäten. Wenn innerhalb einer Organisation pandemiebedingt bereits viele Abstimmungsprozesse untereinander notwendig seien und Unsicherheiten existierten, sei es schwer, zusätzliche Ressourcen für Kollaborationen bereitzustellen. Oftmals ist das Zustandekommen auch stark von den Verantwortlichen und ihrer Führungsqualität sowie dem Alleinstellungsmerkmal der Organisation abhängig. Es gibt Ängste, von den Kooperationen vereinnahmt zu werden (vgl. Interview Mittler: Zeile: 341-350). Dies könnte unter anderem erklären, warum lediglich 28% der befragten Organisationen, vor allem Mittler, Akteurinnen und Akteure der Selbsthilfe sowie Dienstleister während der Pandemie neue Kooperationen eingegangen sind.

2.2.5.2. Potenziale in Bezug auf die Tätigkeiten

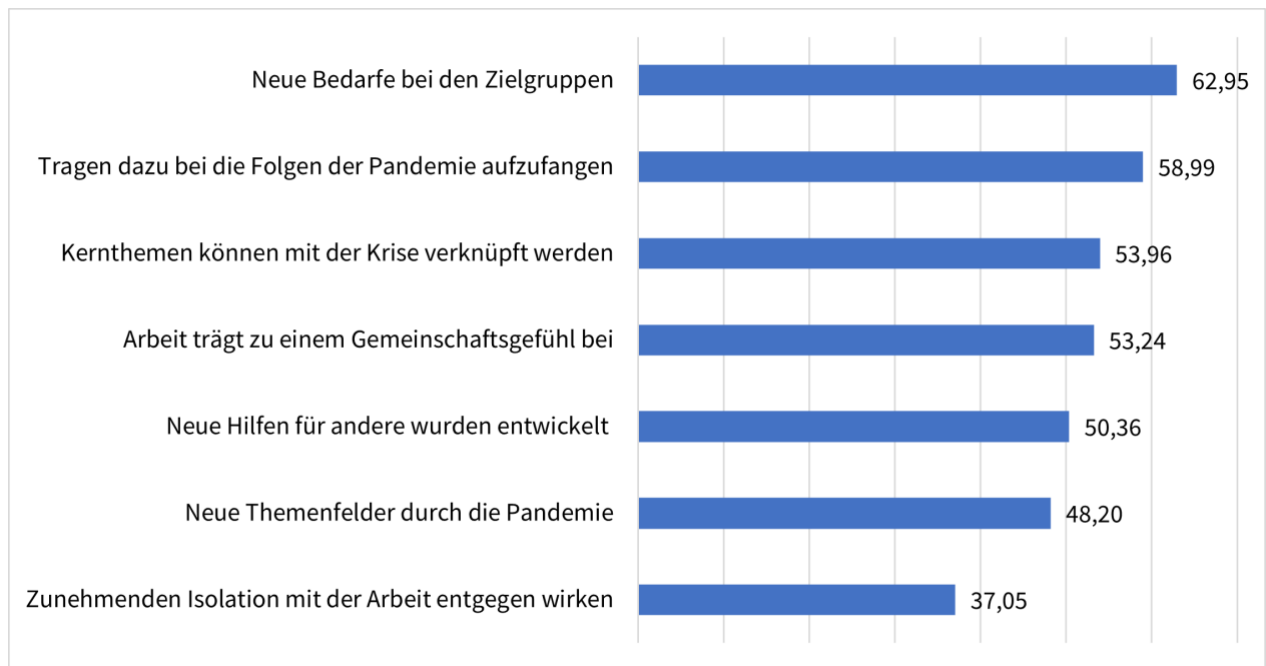
In Bezug auf die Tätigkeitsinhalte (Abbildung 15) geben 59% der Befragten an, dass ihre Arbeit dazu beiträgt, die Folgen der Pandemie bestmöglich aufzufangen. Insbesondere Akteurinnen und Akteure der Selbsthilfe aber auch zivilgesellschaftliche Dienstleister stimmen dieser Aussage verstärkt zu. Sie verstehen ihre Arbeit somit als Teil der Pandemie-bewältigung.

Etwas mehr als die Hälfte ist der Auffassung, dass ihre Arbeit dazu beiträgt, dass trotz *social distancing* ein Gemeinschaftsgefühl entsteht. Dies lässt sich tendenziell häufiger in der Selbsthilfe, in der Gemeinschaftsbildung und bei Mittlern beobachten. Der zunehmenden Isolation der Menschen durch die Pandemie glauben jedoch lediglich 37%, durch ihre Arbeit entgegenwirken zu können, insbesondere Akteurinnen und Akteure der Selbsthilfe und Gemeinschaftsbildung. Die Selbsthilfegruppen können für Menschen, die in unsicheren Zeiten finanziellen Nöten, gefährdeten Arbeitsplätzen und anderen Sorgen und Ängsten ausgesetzt sind, als Anlaufstellen fungieren. „Das ist für uns auch wieder so der Beweis dafür: Ja, Pandemie hin, Pandemie her, das Prinzip gemeinschaftlicher Selbsthilfe ist einfach ein Erfolgsprinzip“ (Interview Selbsthilfe: Zeile 128-129; vgl. ebd.: 206-212).

63% berichten, dass in ihren Zielgruppen während der Pandemie neue Bedarfe aufgetreten sind; etwas weniger als die Hälfte berichtet, dass in der eigenen Arbeit durch die Krise neue Themenfelder erschlossen wurden. Zudem konnten bei 54% die eigenen Arbeitsschwerpunkte und Kernthemen mit der Pandemie als Thema verknüpft werden. Rund die Hälfte der Befragten, insbesondere in der Selbsthilfe und bei Mittlern, gibt zudem an, dass sie neue Hilfen für Dritte entwickelt haben. Neue Bedarfe sind insbesondere bei Zielgruppen der Selbsthilfe und Mittlern aufgetreten, neue Themenfelder dagegen in der Selbsthilfe und bei Themenanwälten. Die Verknüpfung von Arbeitsschwerpunkten mit pandemiebezogenen Themen fällt insbesondere Akteurinnen und Akteuren der Gemeinschaftsbildung und Mittlern schwer. Bei den Mittlern gibt es diesbezüglich deutliche Unterschiede zwischen regional und international tätigen Organisationen. Die internationalen Organisationen thematisieren die Pandemie anders. Bei ihnen wird die Pandemie oftmals nicht in den Vordergrund gestellt, sondern als zusätzliches Thema neben dem inhaltlichen Hauptfokus behandelt. Regionale Organisationen hingegen thematisieren die Pandemie und ihre Folgen viel direkter und verknüpfen diese mit ihren Arbeitsschwerpunkten (vgl. Interview Mittler: Zeile: 101-117).

Trotz der Veränderungen hinsichtlich der Zielgruppen und neuer Themenfelder haben sich die Arbeits- und Tätigkeitsschwerpunkte der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure tendenziell nur bedingt verändert. Rund ein Drittel berichtet von keinen und 42% von geringen Veränderungen. Lediglich 18% berichten, dass sich die Arbeits- und Tätigkeitsschwerpunkte durch die Corona-Pandemie stark, 6%, dass sie sich sehr stark verändert haben. Dies lässt sich vor allem in der Gemeinschaftsbildung, Selbsthilfe und bei zivilgesellschaftlichen Dienstleistern beobachten.

Abbildung 15: Potenziale der Zivilgesellschaft in Bezug auf Tätigkeitsinhalte



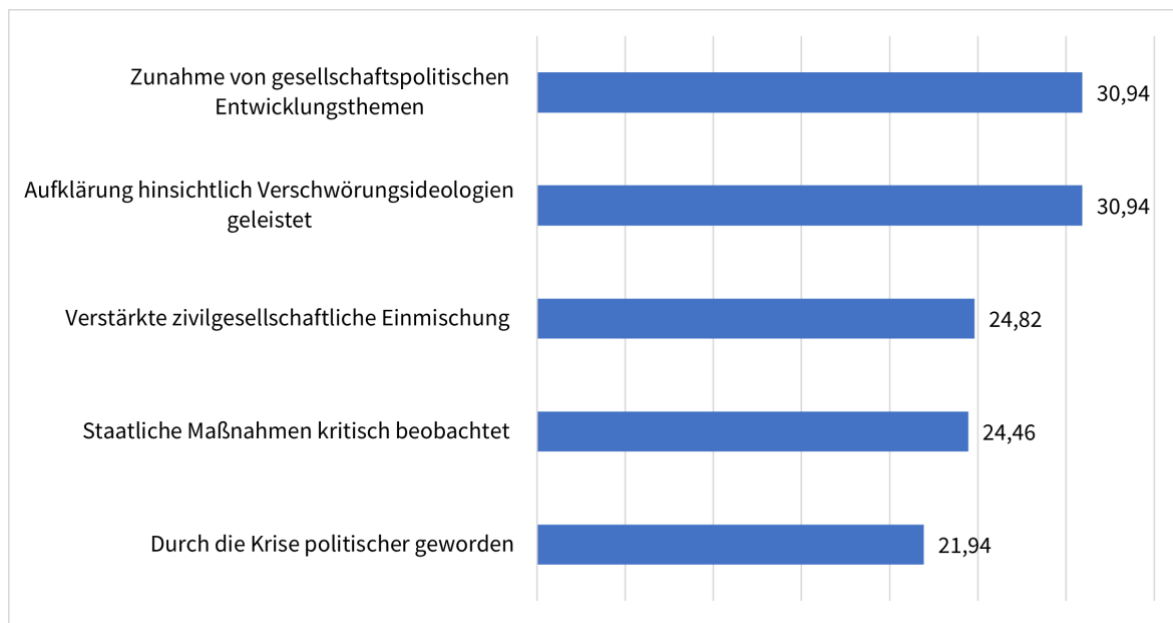
n= 278, Top 2-Boxes (Stimme sehr stark und stark zu)

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

2.2.5.3. Gesellschaftspolitische Wirkung

Politische Potenziale (Abbildung 16) gehen nur von vereinzelt Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft aus. So gibt jeweils fast ein Drittel an, dass sie während der Krise Aufklärungsarbeit zu Verschwörungsideologien geleistet und sich verstärkt Themen der gesellschaftspolitischen Entwicklung gewidmet hat. Dies wird vor allem von Akteurinnen und Akteuren der politischen Mitgestaltung und Themenanwälten berichtet. Hinzukommt jeweils rund ein Viertel, die durch die Krise politischer geworden sind, deren eigene zivilgesellschaftliche Einmischung zugenommen hat und die während der Pandemie staatliche Maßnahmen kritisch beobachtet und überprüft haben. Ob Grundrechte länger ausgesetzt werden als unbedingt erforderlich, stand dabei im Vordergrund. Politischer geworden sind vor allem Mittler und Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung, sowie der Selbsthilfe. Eine verstärkte zivilgesellschaftliche Einmischung lässt sich dagegen eher in der politischen Mitgestaltung und der Selbsthilfe beobachten. Auch im Interview mit der Netzwerkeinrichtung der Selbsthilfe wird bestätigt, dass Akteurinnen und Akteure sich verstärkt aktiv politisch äußern wollen und auf Missstände hinweisen (vgl. Interview Selbsthilfe: Zeile: 212-217). Das kritische Beobachten staatlicher Maßnahmen wird traditionell am stärksten in der politischen Mitgestaltung und bei Themenanwälten sichtbar. Doch auch Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung, die, wie dargestellt, tendenziell am stärksten durch die Pandemie und ihre Folgen eingeschränkt sind, beobachten und überprüfen staatliche Maßnahmen zunehmend kritisch.

Abbildung 16: Spezifisch-politische Potenziale der Zivilgesellschaft während der Corona-Pandemie



n= 278, Top 2-Boxes (Stimme sehr stark, stark zu)

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

2.2.6. Hilfsangebote

Ähnlich wie für die Wirtschaft gibt es auch für zivilgesellschaftliche Organisationen staatliche Hilfsangebote⁸. Wie auch Wirtschaftsunternehmen hat zudem die Zivilgesellschaft selbst Hilfsprogramme konzipiert, um zivilgesellschaftliche Organisationen während der Pandemie zu unterstützen.

2.2.6.1. Staatliche Hilfsprogramme

Um von staatlichen Hilfsprogrammen profitieren zu können, sind bis auf wenige Ausnahmen der Status der Steuerbegünstigung (Gemeinnützigkeit), ein eingeschränkter Geschäftsbetrieb sowie die Zugehörigkeit zu einem Verband oder ähnlichem Zusammenschluss nachzuweisen. Diese mehrfachen Hürden führen dazu, dass zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure nur eingeschränkten Zugang zu staatlichen Hilfsangeboten erhalten (vgl. Schrader et al. 2020: 61f.).

So geben 28% der Befragten an, dass sie nicht die Voraussetzungen erfüllen und daher keine coronaspezifischen staatlichen Hilfsangebote nutzen können. Dies trifft mit Abstand am stärksten auf Akteurinnen und Akteure der Selbsthilfe (46%) zu. Hinzu kommen 8%, die keine staatlichen Hilfen beantragt haben, da diese zu unübersichtlich sind und 6%, die grundsätzlich kein Interesse an

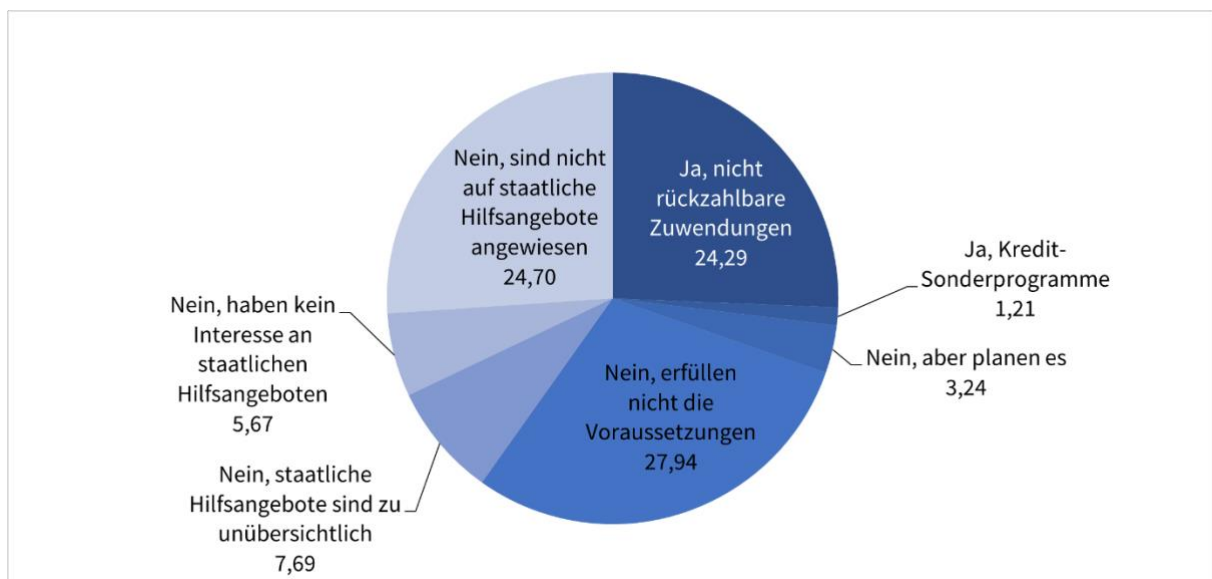
⁸ Eine kursorische Darstellung von aktuellen Corona-Hilfen für die Zivilgesellschaft im dritten Teil, Kapitel: „Staatliche Corona-Hilfen“ (s.S. 55).

staatlichen Hilfsangeboten haben. Sichtbar wird auch, dass rund ein Viertel der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure nicht auf staatliche Hilfsangebote angewiesen ist, dabei insbesondere Mittler mit 37%.

Insgesamt haben lediglich 24% im Jahr 2020 nicht rückzahlbare Zuwendungen beantragt. Mit 33% sind dabei Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung und mit 25% zivilgesellschaftliche Dienstleister am stärksten vertreten. Mittler und Akteurinnen und Akteure der Selbsthilfe sind dagegen tendenziell unterrepräsentiert. Hinzu kommen 1%, die vergangenes Jahr Kredit-Sonderprogramme beantragt haben und weitere 3%, die planen, staatliche Fördermittel zu beantragen (Abbildungen 17).

Unterschiede lassen sich zudem zwischen den verschiedenen Tätigkeitsbereichen feststellen. Insbesondere in den Bereichen Kunst und Kultur (47%), Behinderten- und Krankenhilfe (37%) sowie in der Wohlfahrtspflege (37%) werden Hilfen am häufigsten beantragt. Kirchen und andere Glaubensgemeinschaften beantragen dagegen deutlich häufiger Kredit-Sonderprogramme als andere Tätigkeitsbereiche.

Abbildung 17: Beantragte Corona-spezifische staatliche Hilfsangebote im Jahr 2020



n= 250

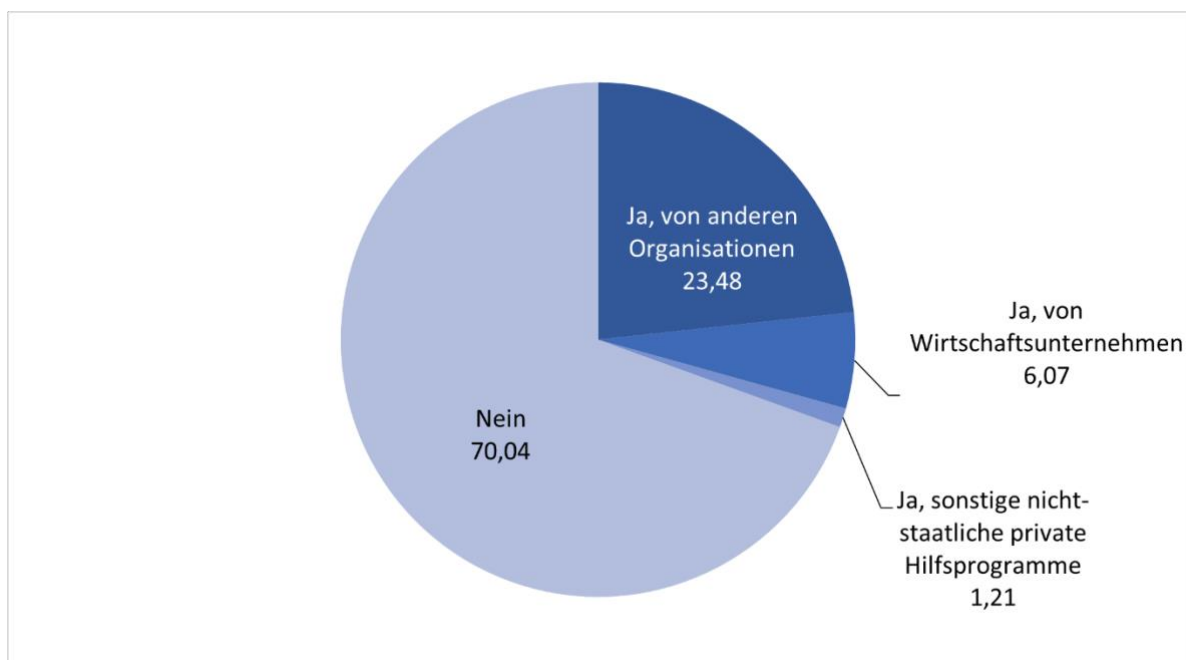
Datenbasis Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

2.2.6.2. Nicht-staatliche Hilfsangebote

Die Mehrheit der Befragten hat keine nicht-staatlichen Hilfsangebote beantragt (70%). Zwar können keine Angaben über Umfang und Art der Hilfen gemacht werden, doch zeigt sich, dass Angebote aus der Zivilgesellschaft mit 23% ähnlich häufig beantragt wurden wie staatlichen Hilfen. Sie wurden

insbesondere von Akteurinnen und Akteuren der Selbsthilfe (30%), die am häufigsten angeben, keinen Anspruch auf staatliche Hilfen zu haben, sowie von zivilgesellschaftlichen Dienstleistern (27%), beantragt. Hilfsprogramme der Wirtschaft wurden hingegen nur von 6% der Befragten in Anspruch genommen (Abbildung 18).

Abbildung 18: Beantragte Corona-spezifische nicht-staatliche Hilfsprogrammen im Jahr 2020



n= 260

Datenbasis: Herausgeforderte Zivilgesellschaft während der Corona-Pandemie, eigene Darstellung

2.2.7. Tatsächlicher Unterstützungsbedarf

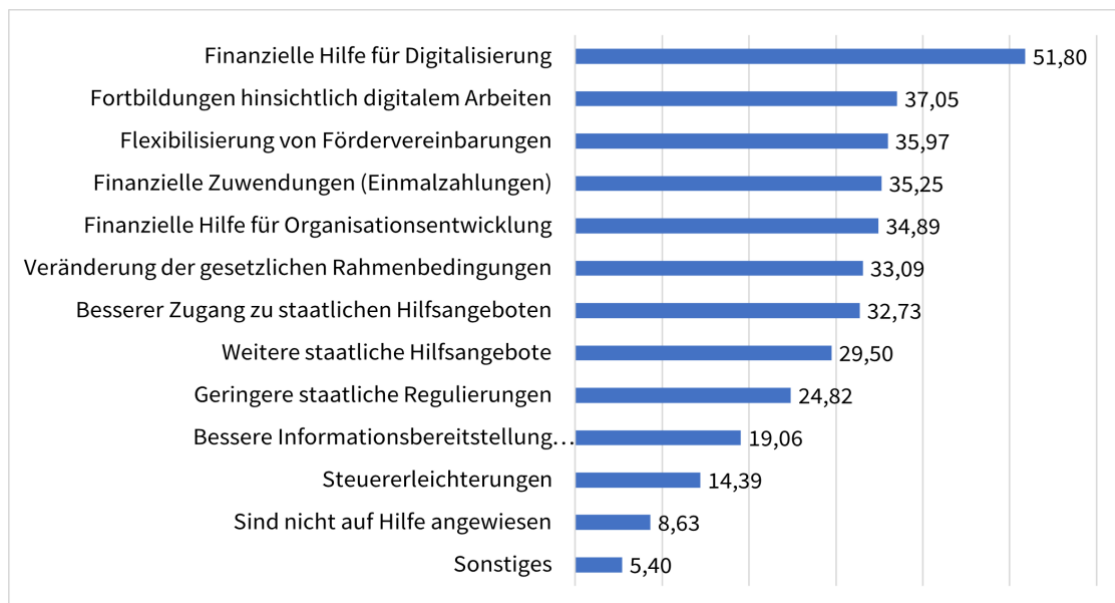
Der tatsächliche Unterstützungsbedarf der Zivilgesellschaft ist oftmals kleinteilig, sehr divers und je nach Funktionsbereich unterschiedlich. Über die Hälfte der Befragten wünschen sich finanzielle Hilfe speziell für die Digitalisierung. 35% thematisieren zudem weiteren finanziellen Unterstützungsbedarf in Form von Einmalzuwendungen und für die allgemeine Organisationsentwicklung. Hinzu kommen 30% die weitere staatliche Hilfsangebote in den kommenden Monaten wünschen und ein Drittel, die sich einen vereinfachten Zugang zu den staatlichen Hilfsangeboten erhoffen.

Doch nicht nur finanzielle Hilfe wird von den Befragten als Bedarf kommuniziert. 37% wünschen sich Fortbildungen hinsichtlich digitaler Arbeit, eine Flexibilisierung von Fördervereinbarungen, wie bspw. einer zeitlichen Flexibilisierung (36%), Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, wie bspw. die Möglichkeit der Rücklagenbildung (33%) und Steuererleichterungen (14%). Ein Viertel

sieht zudem einen Bedarf an geringerer staatlicher Regulierung hinsichtlich der Arbeits- und Tätigkeitsmöglichkeiten und besserer Informationsbereitstellung in Bezug auf Corona und damit verbundene staatliche Auflagen (19%). 9% berichten weiter, dass sie nicht auf Hilfen angewiesen sind (Abbildung 19).

Bessere Abstimmungen zwischen den Ländern hinsichtlich der Förderregelungen, verlässlichere und schnellere Hilfen mit geringerem Bürokratieaufwand, Ausbau der digitalen Infrastruktur, vor allem in ländlichen Regionen und der Status der Steuerbegünstigung für politisch engagierte Organisationen sind weitere Aspekte, die genannt wurden. Ebenso wurden weniger Kontrollen und die Möglichkeit, mit entsprechenden Hygienekonzepten Veranstaltungen durchzuführen zu dürfen, gewünscht. Darüber hinaus fordern die Organisationen das Recht ein, die staatliche Corona-Politik zu hinterfragen und eine ehrliche Diskussion darüber führen zu können, wer für die Krise zahlen wird.

Abbildung 19: Tatsächlicher Unterstützungsbedarf der Zivilgesellschaft



n= 278, Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

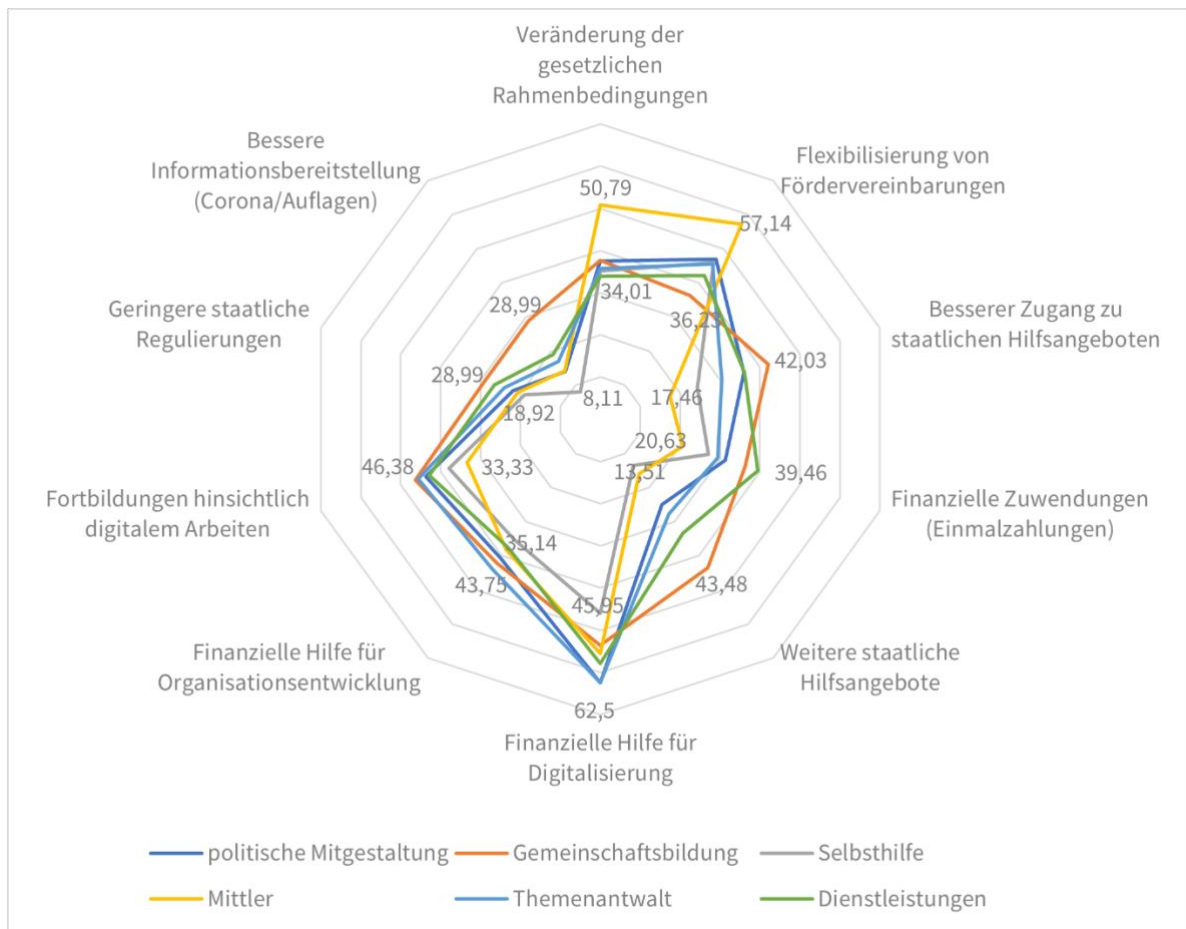
Themenanwälte und Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung (je 63%) thematisieren finanzielle Hilfe für Digitalisierung am häufigsten, Organisationen der Selbsthilfe dagegen seltener (46%). Auch in Bezug auf Fortbildungen zum digitalen Arbeiten besteht in der Selbsthilfe (38%) und bei den Mittlern (33%) tendenziell geringerer Bedarf als bei anderen Akteurinnen und Akteuren. Auch finanzielle Hilfe für Organisationsentwicklung wird bei ihnen seltener thematisiert. Stattdessen sehen insbesondere Themenanwälte (44%) hier einen erhöhten Bedarf.

Eine Flexibilisierung von Fördervereinbarungen würde insbesondere Mittlern helfen (57%). Dies wird auch im Interview mit der Geschäftsführerin des Mittlerverbandes bestätigt. Zusätzlich thematisiert sie den Wunsch nach einem Bürokratieabbau und Unterstützungsleistungen im Bereich der Finanzadministration und Fördermittel (vgl. Interview Mittler: Zeile: 298-319). Aber auch Akteurinnen und Akteure der politischen Mitgestaltung (47%) und Themenanwälte (46%) würden nach den erhobenen Daten von einer Flexibilisierung profitieren. Lediglich für ein Drittel der Akteurinnen und Akteure in der Gemeinschaftsbildung wäre diese Form der Unterstützung hilfreich. Auch eine Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen fordern Mittler mit 51% am häufigsten ein.

Finanzielle Zuwendungen in Form von Einmalzahlungen sind eher für zivilgesellschaftliche Dienstleister (39%) und Akteurinnen und Akteure in der Gemeinschaftsbildung (36%) praktikabel, während Mittler (21%) seltener nach diesen Hilfen streben. Ähnliches gilt für weitere staatliche Hilfsangebote. Diese werden in der Selbsthilfe (14%) und bei Mittlern (16%) tendenziell seltener aufgeführt. Die interviewte Geschäftsführerin des Mittlerverbandes spricht sich hingegen konkret für weitere finanzielle Hilfen innerhalb ihres Funktionsbereichs aus. Diese müssen ihrer Meinung nach jedoch durch relativ weitgefaste Kriterien, deutlich unkomplizierter und übersichtlicher für zivilgesellschaftliche Organisationen gestaltet werden. Sie sieht in finanziellen Unterstützungsangeboten eine gute Investition für die strukturelle Organisationsentwicklung und gleichzeitig die Möglichkeit, Präventionsmaßnahmen für zukünftige Krisen zu entwickeln (vgl. Interview Mittler: Zeile: 298-319).

Auch bei 43% der befragten Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung und bei einem Drittel der Dienstleister werden weitere staatliche Unterstützungsangebote als Bedarf thematisiert. Ein besserer Zugang zu den staatlichen Hilfen wird überraschenderweise seltener von Akteurinnen und Akteuren der Selbsthilfe (24%) und von Mittlern (17%) aufgeführt. Dieser Zugang wird hingegen innerhalb des Funktionsbereichs der Gemeinschaftsbildung, welcher gegenwärtig tendenziell am stärksten von staatlichen Hilfen profitiert, am häufigsten eingefordert (42%). Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung fordern zudem am häufigsten geringere staatliche Regulierungen (29%) und bessere Informationen hinsichtlich der Pandemie und damit verbundene staatliche Auflagen (29%). Lediglich 8% der Selbsthilfe sieht hier einen Bedarf (Abbildung 20).

Abbildung 20: Tatsächlicher Unterstützungsbedarf der Zivilgesellschaft, nach zivilgesellschaftlichem Funktionsbereich



n= 258, Mehrfachantworten

Datenbasis: Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie, eigene Darstellung

Unterschiede zwischen Organisationen mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden lässt sich auch in Bezug auf den tatsächlichen Unterstützungsbedarf beobachten. Organisationen mit eher ehrenamtlichen Mitarbeitenden sehen erhöhten Unterstützungsbedarf häufiger bei finanziellen Zuwendungen, besseren Zugangsmöglichkeiten zu staatlichen Hilfen, sowie besserer Informationsbereitstellung. Dahingegen werden von Organisationen mit überwiegend hauptamtlichen Mitarbeitenden tendenziell eher finanzielle Hilfe für Digitalisierung und allgemeine Organisationsentwicklung, sowie Fortbildungen, Flexibilisierung von Fördervereinbarungen und Steuererleichterungen thematisiert.

Zweifellos enthält der Wunschkatalog der Organisationen aktuelle, pandemie-bedingte Punkte ebenso wie mittelfristige Anliegen, die nicht unmittelbar der Pandemie-Krise zuzuordnen sind. An mehreren Stellen zeigt sich aber, dass diese Anliegen schon deshalb nicht unberechtigt sind, weil

die ihnen zugrunde liegenden Mängel schon länger bekannt und in der Krise verschärft zu Tage getreten sind.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die Befragung der Organisationen sowie die Gespräche mit Expertinnen und Experten trotz mangelnder Repräsentativität zahlreiche bedenkenswerte Einzelheiten erbracht haben, die zusammengefasst deutlich machen, was Zivilgesellschaft leisten kann und an welchen Stellen die Leistungsfähigkeit durch gezielte Unterstützung wesentlich verbessert werden könnte. Dies betrifft insbesondere den Abbau von bürokratischen Fesseln und Hürden sowie die Unterstützung bei der Digitalisierung.

3. Herausgeforderte Zivilgesellschaft

3.1. Die Rolle der Zivilgesellschaft

Seit März 2020 bestimmt der Covid-Virus global das tägliche Leben und stellt die Gesellschaft weltweit vor massive Herausforderungen. Es ist die Stunde der Exekutiven; die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihren Regierungen entschlossenes Handeln, um die Pandemie-Ausbreitung einzudämmen und deren Folgen zu mindern (vgl. Youngs 2020: 1). Durch Abstandsregeln und Einschränkungen sozialer Interaktion versuchen Regierungen, die Virusausbreitung zu brechen. Dabei stehen sie vor dem Problem, Menschen, die gesund sind, davon überzeugen zu müssen, ihr Verhalten zu ändern, um den Schwächsten in der Gesellschaft zu helfen (De Vries, Hoffmann 2020: 5). Die Gesellschaft ist dabei vor allem auf die Solidarität und das Verständnis der jüngeren Generationen angewiesen, die zwar am stärksten von den wirtschaftlichen Folgen der gesellschaftlichen Bewegungseinschränkungen betroffen sind, deren Risiko, schwerwiegend zu erkranken, im Vergleich zu dem der Älteren aber wesentlich niedriger ist (vgl. ebd.). Es zeigt sich, dass dieses Unterfangen mühsam und nicht immer erfolgreich ist. Es legt überdies die Schwächen des politischen Betriebes schonungslos offen. Denn die Versuchung ist groß, die Gelegenheit zu nutzen, um allgemeine Freiheitsrechte zu beschneiden und verfassungsmäßige Grundrechte einzuschränken. Insoweit steht die Zivilgesellschaft in einer solchen Krise vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits muss sie sich aufgerufen fühlen, ihren Beitrag zur Hilfe in der Not zu leisten und insoweit den Regierungen zuzuarbeiten und deren Tätigkeit zu ergänzen. Andererseits darf sie gerade in dieser Situation ihre originäre Legitimation nicht vergessen, für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Regierungen einzutreten und auf deren Einhaltung auch unter schwierigen Bedingungen zu dringen (vgl. Crouch 2020: 21).

In Deutschland werden die Maßnahmen zur Einschränkung über das Infektionsschutzgesetz (IfSG) geregelt. Dieses definiert, wie und in welche Rechte der Staat in pandemischen Krisensituationen, eingreifen kann. Dabei können Einschränkungen und Beschneidungen der Bürgerrechte, sowie Sanktionen bei Zuwiderhandlungen gerechtfertigt werden, sofern diese in einem akzeptablen Verhältnis zu dem Zweck des Schutzes von Gesundheit und Leben stehen (vgl. Art. 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz, GG). Es gilt das Prinzip der Güterabwägung, wobei stets zu beachten ist, dass Grundrechte als Rechtsgüter besonderer Bedeutung grundsätzlich Priorität genießen. Darüber hinaus können die Länder nach Art. 32 IfSG eigene Schutzmaßnahmen in Form von Rechtsverordnungen erlassen (vgl. Gesellschaft für Freiheitsrechte 2021).

Stieg zu Beginn der Pandemie die Popularität von Regierungen und Entscheidungsträgerinnen und -trägern deutlich an (vgl. Jennings 2020), stieg die Unzufriedenheit im Verlauf des Jahres deutlich und variiert die Akzeptanz für die getroffenen Maßnahmen und Einschränkungen innerhalb der Gesellschaft zunehmend. blieb der Anteil derer, die die Einschränkungen übertrieben finden, seit Herbst 2020 mit 22% bis 28% relativ stabil, stieg ihr Anteil seit Beginn des neuen Jahres auf über 30% und lag Ende März 2021 bei 38%. Mehrheitlich werden die Maßnahmen von den Bürgerinnen und Bürger jedoch grundsätzlich akzeptiert, und die Anzahl derer, die diese nicht für ausreichend befinden, nimmt ebenfalls zu (vgl. COSMO 2021).

Die Auswirkungen der Pandemie auf die Zivilgesellschaft, wie auch ihre Reaktionen, bleiben angesichts der öffentlichen Konzentration auf Politik und Wirtschaft regelmäßig eine Randnotiz. Gleichwohl war es von Anfang auch die Zivilgesellschaft, die versucht hat, die Folgen der Pandemie bestmöglich zu mildern (vgl. Brase, Klein 2020: 15), da sie näher an den Sorgen der Betroffenen ist und schneller erkennt, wo die Not am größten ist. Während zu Beginn der Pandemie die Zivilgesellschaft meist spontan und durch informelle Solidarität agierte, indem bspw. Risikogruppen in ihrem Alltag unterstützt wurden, entwickelten sich schnell selbstermächtigt und selbstorganisiert zahlreiche corona-bezogenen Projekte und Angebote bspw. in der Nachbarschaftshilfe, bei der Betreuung von Bedürftigen und der Bereitstellung von Bildungs- und Schulungsangeboten. Im Sozial- und Gesundheitswesen wurden Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, bspw. das Deutsche Rote Kreuz (DRK) oder der Malteser-Hilfsdienst (MHD) beauftragt, bei der Durchführung der bundesweiten Corona-Impfkampagne mitzuwirken. Mehr als 3.000 DRK-Mitarbeitende sind bundesweit bei der Planung, dem Aufbau und Betrieb der Impfzentren beteiligt, stellen die Infrastruktur und Materialien und unterstützen bei der Rekrutierung von geschultem Personal. In einigen Ländern sind sie zudem beauftragt worden, die gesamte operative Durchführung der Impfungen in Impfzentren und mobilen Teams zu leiten (vgl. DRK 2020). Der Malteser-Hilfsdienst betreibt selbst 53 stationäre Impfzentren und 52 mobile Impfteams (vgl. Mergel 2021: 8). Weitere

zivilgesellschaftliche Organisationen, bspw. die Johanniter-Unfallhilfe (JUH) und der Arbeiter-Samariterbund (ASB), sind ebenso beteiligt. Es sind insbesondere diese zivilgesellschaftlichen Dienstleistungen, die während der Pandemie wie sonst auch von den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern völlig selbstverständlich in Anspruch genommen werden. In die Konzipierung der Maßnahmen oder die Entscheidungsprozesse der Umsetzung wird die Zivilgesellschaft jedoch, obwohl sie wesentliche langjährige Erfahrung, wertvolle Expertise und Ideen einbringen könnte, kaum oder gar nicht einbezogen.

Die Herausforderung der Zivilgesellschaft während der Pandemie ist eine mehrfache: Ist sie selbst betroffene Akteurin, muss sie zum einen die Krise auffangen und die Rolle der Nothilfe einnehmen. Dabei haben sowohl neue, wie auch bereits etablierte zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen jene Lücken gefüllt, welche die Regierungen bei ihren teils chaotischen Reaktionen auf die Notsituation hinterlassen haben oder welche ihnen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit insbesondere im Sozial- und Gesundheitsbereich zugeteilt wurden (vgl. Youngs 2020: 2). Sie musste ihre Arbeit trotz Einschränkungen aufrechterhalten – zunächst ohne große Unterstützungsleistungen durch Hilfsprogramme. Auf allen Ebenen wurde versucht, die Dienste und Hilfen der Wohlfahrtspflege sowie im Sanitätsdienst in möglichst großem Umfang weiter zu betreiben und die Not der Betroffenen zu mindern (vgl. Interview Wohlfahrt: Zeile 199-215).

Darüber hinaus soll die Zivilgesellschaft in gestalterischer Rolle auch eine positive Perspektive für die Zukunft der Gesellschaft entwickeln. Das Potenzial der Zivilgesellschaft in der Überwindung der Pandemie liegt dabei vor allem in ihren kreativen Beiträgen zum sozialen Frieden. Diese liegen in Gelegenheiten zum Engagement, Inklusion und Partizipation sowie in der Herausbildung von sozialem Kapital und Gemeinschaft (vgl. Strachwitz 2020: 14), die entscheidend dazu beitragen, dass eine Gesellschaft nicht auseinanderfällt. Sobald es die Hygienemaßnahmen wieder zulassen, wird es zentrale Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, Gemeinschaften wieder verstärkt auch analog aufzubauen und mit ihren Angeboten der zunehmenden Pandemie-begründeten Isolation entgegenzuwirken.

Aufgabe der Zivilgesellschaft ist aber auch ihre Wächterfunktion, bei der sie auf Konfrontationskurs gehen muss, wenn staatliche Beschränkungen das notwendige Maß überschreiten oder drohen, dauerhaft etabliert zu werden (vgl. Youngs 2020: 2). Der Wert einer guten Zivilgesellschaft und eines demokratiefördernden bürgerschaftlichen Engagements liegt wesentlich in ihren Wächteraufgaben, ihrer Themenanwaltschaft und ihrer Mitgestaltung der *res publica*. Ohne eine Zivilgesellschaft, die diese Aufgaben ernst nimmt und permanent zu verwirklichen sucht, ist eine pluralistische, liberale Gesellschaft gefährdet. Wie solche Gefährdungen diesseits grundsätzlicher Systemänderungen

aussehen können, haben vor der Pandemie populistische Bewegungen demonstriert, während der Pandemie aber die sogenannten „Querdenker“ (die damit noch dazu einen ehemals positiv besetzten Begriff gekapert haben), identitäre Bewegungen und andere hinreichend unter Beweis gestellt. Es erscheint von daher völlig unverständlich, dass Politik und Medien die Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, welche zwar kritisch, aber loyal gegenüber den Grundsätzen einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung an die Öffentlichkeit treten, die ihnen zukommende Anerkennung verweigert.

Zivilgesellschaftliche Organisationen wie der Chaos Computer Club waren es bspw., die sich für Datenschutzrichtlinien bei der App zur Verfolgung von Covid-19-Infektionsketten einsetzten oder direkte Hilfe für gefährdete Gruppen in der Suchtprävention und Obdachlosenhilfe organisierten. Auch waren sie die ersten Stimmen, die auf die sozialen Folgen der Pandemie hinwiesen. Während in der Politik und den Medien die Krise vor allem als medizinische Debatte geführt wurde (vgl. Interview Forschung), waren es zivilgesellschaftliche Organisationen, die auf die Notsituation bestimmter Gruppen, wie etwa von häuslicher Gewalt betroffener Frauen⁹, öffentlichkeitswirksam hingewiesen haben (vgl. Roth 2020).

Diese Gruppen, Bewegungen und Organisationen sind Teil einer partizipativen und deliberativen Zivilgesellschaft, die auf die pandemie-begründeten Einschränkungen der Grund- und Bürgerrechte und der schleichenden Entmachtung des Parlaments durch die Exekutive aufmerksam macht und die Durchsetzung von Maßnahmen durch exekutive Anordnungen und hastig durch die Parlamente gepeitschte Gesetze, die seit Beginn der Pandemie als Modus der Politikgestaltung favorisiert wurden (vgl. Zimmer, Priller 2021: 12), kritisch begleitet. Ihre Akteurinnen und Akteure setzen sich auch weiterhin für Themen der sozialen Ungerechtigkeiten ein und weisen auf Missstände und Problematiken hin, die an Dringlichkeit nicht verloren haben und zurzeit im Schatten der Corona-Thematik stehen.

Insgesamt hat die Pandemie nicht nur zu einer erhöhten Nachfrage nach und einem größeren Angebot an zivilgesellschaftlichem Engagement geführt (vgl. Youngs 2020: 1), sondern auch die Notwendigkeit für zivilgesellschaftliche Organisationen erhöht, sich gegen härtere staatliche Einschränkungen zu wehren, da in einigen Ländern die Pandemie genutzt wurde, um kritische Stimmen der Zivilgesellschaft anzugreifen. Durch übermäßig weit gefasste und vage Notstandsgesetze wurden restriktive Gesetze ohne angemessene Konsultation und zu Ungunsten

⁹ Im Zuge der pandemie-begründeten Ausgangsbeschränkungen ist die Zahl der körperlichen, emotionalen und sexualisierten Gewalt gegenüber Frauen gestiegen (vgl. Amnesty International 2021; vgl. Schrader et al. 2020: 36ff.; vgl. Steinert, Ebert 2020)

der Zivilgesellschaft verabschiedet.¹⁰ Zudem wurden die Notstandsgesetze vereinzelt genutzt, um, mit dem Argument gegen "Fake News" vorzugehen, Presse- und Meinungsfreiheit zu begrenzen (vgl. Civicus 2020a: 4ff.). Das Gleichgewicht zwischen kooperativen und konflikthaften Dynamiken ist von Staat zu Staat unterschiedlich und abhängig von der jeweiligen Regierungspolitik (vgl. Youngs 2020: 2). Auch in Deutschland lässt sich eine zunehmend autoritäre Politikgestaltung beobachten, auch wenn Grundrechte bisher nur in gerade noch vertretbarem Umfang beschränkt wurden. Immerhin musste aber schon im April 2020 das Bundesverfassungsgericht entscheiden, dass ein pauschales Versammlungsverbot durch die Pandemiebeschränkungen nicht rechtmäßig sei und Demonstrationen unter Einhaltung der notwendigen Vorkehrungen zum Infektionsschutz stattfinden können (vgl. Amnesty International 2021). Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Studie sind zahlreiche Verfassungsbeschwerden gegen die sog. Bundes-Notbremse eingereicht.

Die kritische Perspektive auf das staatliche Krisenmanagement hat zweifellos auch eine unzivile Seite von Zivilgesellschaft sichtbar werden lassen. So kommt es seit Frühjahr 2020 regelmäßig zu Protesten, bei denen Bürgerinnen und Bürger die Zulässigkeit sowie die pandemie-begründeten Freiheitsbeschränkungen in Zweifel ziehen oder grundsätzlich die Existenz des Virus bestreiten. In seinen Extremen führen diese oft verschwörungsideologischen Narrative zu einer Bekämpfung des demokratischen und pluralistischen Systems (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2020: 10ff.; vgl. Hummel et al. 2021: i.E.). Im Rahmen von Protesten gegen die Maßnahmen sind auch Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten bekannt, ein besorgniserregender Trend, wenn man bedenkt, wie wichtig der Zugang zu genauen Informationen während der Pandemie ist (vgl. Civicus 2020a: 4ff.).

Es ist die Zivilgesellschaft selbst, die sich erneut aktiv gegen diese explizit exkludierenden Bewegungen stellt und demokratische Werte wie Respekt, Pluralität, Gleichheit oder Solidarität verteidigen muss. Durch Gegendemonstrationen und Aufklärungsarbeit stellen sich viele zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure diesen neuen Protestbewegungen entgegen und tragen dazu bei, dass die gezielten Desinformationen, die in der Corona-Krise zugenommen haben (vgl. Vodafone Stiftung Deutschland 2020: 6), durch Faktenchecks widerlegt werden.

3.2. Auswirkungen der Pandemie

Neben der hier vorgelegten Studie „Zivilgesellschaft in und nach der Pandemie“ (nachfolgend Maecenata-Studie genannt) liegen weitere Untersuchungen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zivilgesellschaft vor. Zentrale und wichtige Ergebnisse werden im Folgenden dargestellt und mit gewonnenen Erkenntnissen aus den geführten Interviews ergänzt.

¹⁰ So geschehen in der Türkei und in Hongkong, wo nachweislich Corona Tracing Apps missbräuchlich gegen oppositionelle Gruppen eingesetzt wurden (vgl. Civicus 2020b)

Ähnlich wie die Maecenata-Studie kommen auch andere Erhebungen zu dem Schluss, dass insbesondere diejenigen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, die sich zu einem großen Anteil über selbsterwirtschaftete Mittel finanzieren, von starken Einnahmerückgängen betroffen sind. So zeigt das ZiviZ Engagement-Barometer, dass im November 2020 82% der befragten Organisationen von Rückgängen von selbsterwirtschafteten Mitteln berichten. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen der Maecenata-Studie. Auch Einnahmen aus öffentlichen Mitteln sind bei 21% rückläufig. Dem stehen jedoch 11% gegenüber, die einen Zuwachs verbuchen konnten. Einnahmen durch Spenden oder Kollekten werden hingegen nur von 48% der Befragten als rückläufig eingeschätzt (vgl. Hoff et al. 2021: 7f.).

3.2.1. Allgemeine Spendenbereitschaft

Im Vergleich der Studienergebnisse zeigen sich große Unsicherheiten, beispielweise in Bezug auf die Spendenentwicklung.¹¹ Anders als die Ergebnisse der Maecenata-Studie und des ZiviZ Engagement-Barometers hat laut der Studie „Bilanz des Helfens 2020“, das Spendenvolumen im Corona-Jahr nicht abgenommen. Vielmehr konnte sogar ein Plus von 5% gegenüber dem Vorjahr erfasst werden. Dabei setzt sich der Trend fort, dass die Durchschnittsspende pro Spendenakt steigt und gleichzeitig der Anteil an Spenderinnen und Spender in der Bevölkerung sinkt. Trotz der Pandemie bleibt die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger somit spendenbereit (vgl. GfK Charity Panel, Deutscher Spendenrat e.V. 2021: 13). Insbesondere in den ersten Monaten der Pandemie (März bis Mai) konnte ein deutlicher Anstieg des Spendenvolumens im Vergleich zum Vorjahr beobachtet werden, welcher ab Juni jedoch unverkennbar abnahm. Mit dem Lockdown light im November 2020 kam es erneut zu einem Spendenanstieg im Vergleich zum Vorjahresmonat. Auch der für das Spenden so wichtige Monat Dezember¹² konnte mit einem deutlichen Plus im Vergleich zum Vorjahr abgeschlossen werden, wobei dieser 2019 deutlich schlechter ausfiel als in den Jahren zuvor (vgl. ebd.: 15). Hinsichtlich der Spendenzwecke sind lediglich der Bereich Krankheit/Behinderung, sowie Kirche/Religion und Sport leicht rückläufig. In den Bereichen der Not- und Katastrophenhilfe, der langfristigeren Entwicklungshilfe, bei Bildung und anderer sozialer Zwecke, aber auch in der Kultur- und Denkmalpflege und dem Tierschutz konnten deutlich höher Spendeneinnahmen verbucht werden. Spenden für Kinder- und Jugendhilfe sowie Umwelt- und Naturschutz sind nahezu konstant geblieben (vgl. ebd.: 26f).

¹¹ Die Erhebung von Spenden war allerdings auch vor der Corona Pandemie schwierig. S. hierzu: Schulz-Sandhof (2017): Wie viel wird in Deutschland gespendet– 4 oder 8 Milliarden Euro? Ergebnisse unterschiedlicher Erhebungen zum Spendenvolumen und zur Spendenquote in Deutschland – ein Überblick. Maecenata Observatorium 17. November. Online zugänglich: <https://www.maecenata.eu/2017/11/01/wie-viel-wird-in-deutschland-gespendet-4-oder-8-milliarden-euro/>.

¹² Die meisten Spenden werden im Dezember betätigt.

Die Zahlen des Spenden-Index des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) im ersten Halbjahr 2020 (vgl. DZI 2020: 2) und eine Umfrage im Auftrag der PHINEO gAG bestätigen den positiven Spendentrend. Demnach ändert die Corona-Krise bei rund der Hälfte der Befragten nichts an der grundsätzlichen Spendenbereitschaft. Dennoch lässt sich beobachten, dass bei fast jedem vierten Spendenden die Spende geringer ausfällt als zuvor. Dem stehen 13% gegenüber, die mehr spenden (vgl. Phineo 2020a). Auch die DZI-Zahlen zeigen bei rund einem Viertel der Spendenempfänger einen Rückgang. Größere Organisationen sind im Gegensatz zu kleineren davon seltener betroffen. Dies liegt daran, dass besonders kleine Organisationen oftmals stark auf den direkten Kontakt zu potenziellen Spenderinnen und Spender angewiesen sind und Spenden vornehmlich durch Präsenzveranstaltungen akquirieren (vgl. Armknecht 2020: 8; vgl. ZiviZ 2021: 39).

Da die gewohnten Spendenaktionen (Spendengalas, Sammelaktionen in den Fußgängerzonen oder Weihnachtsgottesdienste in der Pandemie) nicht wie üblich stattfinden konnten, wurden Spenderinnen und Spender verstärkt online oder schriftlich adressiert (vgl. Phineo 2020). So hat die direkte Ansprache durch einen persönlich adressierten Brief im Vergleich zum Vorjahr um 15% zugenommen (vgl. GfK Charity Panel und Deutscher Spendenrat e.V. 2021: 30).

3.2.2. Stiftungen

Sowohl aus der Maecenata-Studie als auch aus anderen Studien wird deutlich, dass die Folgen der Pandemie nicht für alle zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure gleich sind. So sind Stiftungen laut einer Panelbefragung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen vergleichsweise glimpflich durch die erste Phase der Pandemie gekommen. Lediglich 1% berichtet, dass sie sich explizit wegen der Pandemie mit einer Aufhebung oder Auflösung ihrer Stiftung befasst haben (vgl. Ratajszczak 2021: 5). Zudem mussten nur 15% der Stiftungen mit fest angestellten Mitarbeitenden, für ihr Personal Kurzarbeit beantragen. Mehrheitlich (70%) wurden hingegen keine Einschnitte bei der Belegschaft vorgenommen (vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2021a).

Bei rund 60% der Stiftungen sind die Spendeneinnahmen zwischen März und Oktober 2020, gegenüber dem Vorjahreszeitraum unverändert geblieben. Spendenzunahmen wurden bei 10% registriert. Lediglich 27% berichten von Spendeneinbußen. Ähnliches gilt für Zustiftungen, die mehrheitlich (58%) konstant blieben (vgl. Bischoff 2021a: 6). Auch Einnahmen aus Fördermitteln sind bei fast zwei Drittel der Stiftungen während der ersten Phase der Pandemie gleichgeblieben. 7% berichten, dass diese häufiger bewilligt wurden als zuvor. Dem stehen 12% gegenüber, deren Mittel gekürzt und vereinzelt sogar komplett gestrichen wurden (vgl. ebd.).

Ähnlich wie in den Ergebnissen der Maecenata-Studie geben rund ein Drittel der Stiftungen an, dass ihre Einnahmen aus der Vermögensverwaltung zwischen März und Oktober 2020 eingebrochen sind. Dabei sind größere Stiftungen tendenziell stärker betroffen als kleinere. „Eine Erklärung für die höheren Verluste kapitalstarker Stiftungen könnte demnach ihre Aktienquote sein: Knapp 80 Prozent der großen Stiftungen investieren in Aktien, aber nur 53 Prozent der kleinen“ (ebd.). Die größten Einnahmerückgänge werden laut der Panelbefragung im Bereich des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs aufgeführt. Zwar führen lediglich 13% der befragten Stiftungen einen solchen, doch berichten diese hier von rund 57% Rückgang. Ihnen stehen 30% gegenüber, die unveränderte Einnahmen haben und 14% die zwischen März und Oktober ihre Einnahmen steigern konnten (vgl. ebd.).

Die Hälfte der befragten Stiftungen gibt an, die geplanten Ausgaben für 2021 auf Vor-Corona-Niveau halten zu wollen, 12% wollen mehr ausgeben. Lediglich 14% planen pandemie-bedingt ihre Ausgaben zu senken. Gleichzeitig herrscht auch bei Stiftungen eine große Unsicherheit über den Pandemieverlauf und dessen Folgen. Deswegen konnte rund ein Viertel zum Befragungszeitraum im Oktober 2020 keine genauen Angaben hinsichtlich der geplanten Zweckausgaben für 2021 machen (vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2021b). Allerdings kommen die Stiftungsleistungen nur bedingt bei anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren an, da Stiftungen zum Teil auch öffentliche Körperschaften fördern und überdies mehr und mehr dazu übergehen, selbst Projekte zu machen, anstatt mit ihren Mitteln Dritte zu fördern.

Es scheint so, als seien „Stiftungen im Gegensatz zu Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen robuster und damit krisenfester“ (Ratajszczak 2021: 4), da sie oft über bessere finanzielle Mittel verfügen, welche sie langfristig und breiter gestreut anlegen können. Aufgrund der relativ guten finanziellen Ausgangslage nahm ihr Unterstützungsbedarf in den ersten Monaten der Pandemie kaum zu. Während staatliche Hilfen so gut wie gar nicht in Anspruch genommen wurden, gab jede fünfte befragte Stiftung an, überwiegend in Form von Geldspenden von nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteuren unterstützt worden zu sein (vgl. ebd.: 3). Mit fortlaufendem Pandemieverlauf werden jedoch auch Stiftungen die Folgen der Krise verstärkt spüren. Auch sie sind aufgrund der hygienebegründeten Kontakt- und Versammlungsbeschränkungen in ihrem Handeln eingeschränkt und müssen verstärkt digital arbeiten. Finanzielle Folgen, die gegenwärtig überwiegend lediglich durch Einschränkungen des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes auftreten, könnten zukünftig auch in anderen Einnahmebereiche sichtbar werden, sodass mit anhaltender Krise auch im Stiftungswesen sowohl finanzielle als auch andere Langzeitfolgen auftreten könnten (vgl. ebd.: 6).

3.2.3. Vereinsleben

Das Grundprinzip eines Vereins ist der ständige Willensbildungsprozess der Mitglieder (vgl. Strachwitz 2020: 9), welche ihrerseits ihre Reputation, Empathie, ihr Know-How, ihre Ideen, Zeit und ihr Geld einbringen und Gemeinschaft und Gemeinsamkeit in ihren Vereinen finden (vgl. Strachwitz et al. 2020: 334). Vereine sind soziale Anlaufpunkte, Beratungsstellen, Freizeitfüller und Orte persönlicher Erfüllung; sie tragen unmittelbar zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei (vgl. Hummel, Strachwitz 2021). Durch die Corona-Pandemie hat sich das Vereinsleben jedoch massiv verändert. Seit Beginn der Pandemie sind Vereinsaktivitäten nur sehr eingeschränkt möglich. Der Kontakt zu Mitgliedern und Förderinnen und Förderern auf den gewohnten Wegen ist stark limitiert. Insbesondere lokal tätige Mitgliederorganisationen sind durch die auferlegten behördlichen Restriktionen stark in ihrem Handeln eingeschränkt, da persönlichen Treffen, Aktivitäten und Veranstaltungen nicht stattfinden können (vgl. Fischer 2020).

Ähnlich wie in den Ergebnissen der Maecenata-Studie berichten rund ein Viertel der von ZivZ Befragten von finanziellen Rückgängen bei den Mitgliedsbeiträgen. Gaben im August 2020 15% an, dass es krisenbedingt zu Kündigungen von Mitgliedschaften gekommen sei, stieg der Wert im November leicht auf 17% an (vgl. Hoff et al. 2021: 5ff.). Dabei sind vor allem Organisationen aus dem Bereich Sport betroffen. Laut ZivZ bestätigte jede dritte Sportorganisation pandemiebedingte Kündigungen von Mitgliedschaften (vgl. ebd.: 7f.). Auch der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) berichtet, dass rund eine Millionen Mitglieder verloren gegangen sind. Zwar halten sich die Austritte noch im Rahmen und viele Vereine haben ein hohes Maß an Krisenfestigkeit gezeigt, doch bereitet dem DOSB insbesondere das zweite Corona-Jahr deutlich mehr Sorgen, da es für die Vereine keine Öffnungsperspektive des Sportbetriebes gibt. Anders als 2020 wird für 2021 mit keinen Neueintritten gerechnet. Während eine gewisse Fluktuation von Mitgliedschaften insbesondere im Sportbereich normal ist und durch neue Mitglieder ausgeglichen wird, hat sich das Bild seit Beginn der Pandemie stark verschoben und wird sich mit fehlender Öffnungsperspektive zunehmend negativ entwickeln (Deutscher Bundestag 2021a).

Rückgänge der Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass keine neuen Mitglieder aufgenommen werden können, da durch ausfallende oder eingeschränkte Angebote kaum die Möglichkeit besteht, neue Mitglieder anzuwerben. Nach einer repräsentativen Studie des Württembergischen Landessportbunds gaben über 70% der befragten Sportvereine an, in der ersten Phase der Pandemie (März bis Juni 2020) mittlere bis sehr starke finanzielle Einbußen erlitten zu haben. Nach ersten Lockerungen im Juli setzen sich die finanziellen

Einbußen bei rund zwei Drittel fort. Insgesamt geben über drei Viertel der Vereine im Vergleich zu 2019 eine rückläufige Einnahmesituation an (vgl. WLSB 2020: 7).

Während insbesondere professionelle Sportvereine in der Pandemie vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen stehen, sind kleinere Vereine ganz anders von der Pandemie betroffen. „Fehlendes Geld ist für die oftmals ehrenamtlich geführten Vereine nicht das Hauptproblem“ (MDR.DE 2020). Laut MDR Meinungsbarometer gaben im August mehr als ein Drittel der Befragten Bürgerinnen und Bürger an, dass Vereine unverzichtbar für die Gesellschaft sind. Durch die Pandemie und die daraus resultierenden Einschränkungen ist die Hälfte der Befragten jedoch in ihrem Vereinsleben bis heute massiv eingeschränkt. Nach finanziellen Ausfällen und Mitgliederschwund sorgen sie sich daher primär um die Gemeinschaft und die Aufrechterhaltung des Vereinszwecks (vgl. ebd.).

Die sozialen Folgeschäden sind schwer abzuschätzen: Bezogen auf den Sport wächst momentan eine ganze Generation heran, die sich daran gewöhnt, von früh bis abends vor dem Computer zu sitzen, was eine große Zunahme an Bewegungsmangel bedeutet. Auch ohne Pandemie betreiben insbesondere Kinder und Jugendliche zu wenig Sport (vgl. Breuer et al. 2020). Dies wird durch das eingeschränkte Vereinsangebot verschärft. Gerade Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Haushalten sind hiervon betroffen; die Pandemie wirkt wie ein Brennglas sozialer Ungerechtigkeiten. Vereine, die oft Sozialarbeit, Gemeinschaftsbildung und Bewegung/sportliche Betätigung vereinen, können ihre Arbeit nicht fortführen. Forderungen der Sportverbände nach schnellen Öffnungsstrategien, insbesondere für Sportangebote für Kinder und Jugendliche, nehmen infolgedessen zu (vgl. Deutscher Bundestag 2021). Ein spezielles Sportproblem ist darüber hinaus die Konkurrenz gewerblicher Sportstätten (Fitness-Studios). Zwar sind auch diese derzeit geschlossen; doch war die Pandemie für manche vermutlich der Anlass, seine/ihre Mitgliedschaft im Sportverein zu überdenken und für die Zukunft anders zu disponieren. Insofern überlagern sich auch hier Pandemie- und mittelfristige Argumente.

Bereits vor der Pandemie ließ sich beobachten, dass Mitgliederorganisationen generell zunehmend an Vereinsbindung verloren haben (vgl. Zimmer, Priller 2021: 3). Durch Corona wird diese Entwicklung verstärkt. Die Gefahr möglicher Mitgliederaustritte (vgl. Schrader et al. 2020: 14) scheint sich mit fortlaufenden Einschränkungen zumindest für manche Bereiche zu bewahrheiten, zumal es schwieriger geworden ist, trotz neu geschaffener digitaler Angebote neue Mitglieder zu gewinnen. Viele Vereine leben von ihrer Gemeinschaft und den zwischenmenschlichen Beziehungen, die sie nur bedingt durch digitale Alternativen ausgleichen können. Virtuelle Treffen, die im Zuge der Pandemie verstärkt Einzug in das Handeln aller erhalten haben, können zwar eine sinnvolle vorübergehende

Alternative zu analogen Treffen darstellen, doch sind sie nicht in der Lage, physische Treffen vollständig zu ersetzen. Ihnen kann es nicht gelingen, die Komplexität und Attraktivität von formellen, informellen und über die Zeit gewachsenen direkten Begegnungen zu kompensieren, welche die Voraussetzung dafür bilden, dass Menschen einander besser beurteilen und sich emotional aufeinander beziehen und verbinden können (vgl. Bramsen, Hagemann 2021: 559 Interview Wohlfahrt: Zeile: 275-324). Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass Kontaktsperrn und Quarantänemaßnahmen unmittelbar negative individuelle psychosoziale Folgen hervorgebracht haben (vgl. Sprengel 2020).

Hinzu kommt, dass web-basierte Angebote zu einer verstärkten Professionalisierung und Dienstleistungsorientierung bei zivilgesellschaftlichen Organisationen führen könnten. Zimmer und Priller befürchten, dass diese Entwicklungen einerseits dazu führen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend zu reinen Dienstleistungsunternehmen in der Kultur-, Sport- und Freizeitindustrie werden, andererseits das vereinsgebundene Engagement sinkt und bürgerschaftliches Engagement fortan noch stärker informell erfolgt (vgl. ebd. 2021: 3f.). Die Corona-Pandemie birgt somit die Gefahr einer nachhaltigen Veränderung der Vereinslandschaft und der Aushöhlung der selbst gewählten und selbst organisierten Gemeinschaftsbildung. Was dies für die Demokratieentwicklung bedeutet, hat Robert Putnam schon 1993 überzeugend aufgezeigt. Finanzielle Hilfen können insoweit nur die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auffangen, die Gemeinschaft und die zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb des Vereinslebens jedoch nicht.

3.2.4. Bürgerschaftliches Engagement

Während Freiwilligenagenturen zu Beginn der Pandemie berichteten, dass die Nachfrage nach Engagementmöglichkeiten den tatsächlichen Bedarf übersteigen (vgl. Krimmer et al. 2020: 26), zeigte die ZiviZ Folgebefragung im August 2020, dass nur noch etwa jede vierte Engagementagentur diesen Anfangstrend weiter bestätigen konnten. 35% berichteten von rückläufigen Engagementquoten. Im November 2020 meldete jede dritte Freiwilligenagentur einen Rückgang, was sich mit den Ergebnissen der Maecenata-Studie deckt. Hinzu kommt, dass fast jede zweite keine eindeutige Einschätzung zu dem Trend geben konnte, obwohl der Bedarf an spontaner Hilfe gerade während des Lockdowns wieder verstärkt zunahm (vgl. Hoff et al. 2021: 3f.). Die ZiviZ Daten zeigen zudem, dass die Anforderungen an ehren- sowie hauptamtliche Führungskräfte stark zugenommen haben. Der Rückgang des bürgerschaftlichen Engagements führte zu einer Verdichtung der notwendigen Aufgaben, sodass bereits im Sommer 38% von einer Überforderung der ehrenamtlichen Führungskräfte berichteten. In der Novemberbefragung bestätigten 72% die

erhöhten Anforderungen, sodass zu erwarten ist, dass viele Ämter aufgrund der Überlastung niederlegt werden und die Suche nach geeigneten Nachfolgerinnen und Nachfolgern erschwert ist (vgl. ebd.: 6).

Im Interview mit einer Geschäftsführerin eines Kompetenzzentrums für bürgerschaftliches Engagement werden diese rückläufigen Engagementquoten nur bedingt bestätigt. Zwar schildert auch sie eine Abwanderungsbewegung, insbesondere von bürgerschaftlich Engagierten, die ihre Motivation für freiwilliges Engagement stark aus den sozialen Beziehungen ziehen. Gleichzeitig beobachtet sie auch im vergangenen Jahr eine enorme Zuwanderung von neuen, insbesondere internet-affinen Zielgruppen. Hinzu komme, dass viele Angebote digital umstrukturiert wurden und teilweise unter entsprechenden Hygieneregeln, wie der AHA-Formel¹³ weiterhin analog stattfinden konnten (Interview Engagement: Zeile: 143–205).¹⁴ Auch sie bestätigt, dass es insbesondere zu Beginn der Pandemie, ähnlich wie 2015 im Zuge der starken Migrationsbewegung, zu einem Anstieg von spontanem Engagement gekommen ist und zahlreiche neue Beteiligungs-Plattformen entstanden. Die Zivilgesellschaft zeigte hierbei einmal mehr, dass sie sehr spontan und agil in Krisen- oder Notzeiten handeln kann. Nach Einschätzung der Befragten lag die Herausforderung jedoch insbesondere darin, dass Netzwerke, Organisationen, Verbände oder andere Anbieterinnen und Anbieter ihr bestehendes Engagementangebot nicht aufrechterhalten konnten, da sie selbst stark von der Krise und den damit verbundenen Einschränkungen betroffen waren (vgl. ebd.: Zeile: 28-35; 285-300). Auch hat der Staat anders als 2015 oder bei den Naturkatastrophen der letzten Jahrzehnte, ausdrücklich nicht nach ehrenamtlich Engagierten gerufen. Das Kompetenzzentrum hat verstärkt Beratungsleistungen angeboten und über seine Kanäle Unterstützung wie Freiwilligenbörsen, Informationsangebote zu Digitalisierung, Netzwerkarbeit und andere Hilfsangebote bereitgestellt. Zudem wurden Vorstands-zentrierte Angebote für ‚visionäres Vereinsmanagement‘ konzipiert, um dieses in Bezug auf digitales Arbeiten zu stärken. Sichtbar wurde hierbei, dass die Bereitschaft zur Digitalisierung oftmals stark mit dem eigenen Selbstverständnis der Führungskräfte und ihrem Änderungswillen verknüpft ist.

Durch die notwendige Umstellung auf digitale Teamarbeit konnten viele Vorbehalte gegenüber digitalem Zusammenarbeiten abgebaut und ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass die Digitalisierung eine große Bandbreite neuer Möglichkeiten eröffnet (vgl. ebd.: Zeile: 96–100). So konnte im Kompetenzzentrum die Zahl an Teilnehmenden von Seminaren, Konferenzen,

¹³ AHA: Abstand halten, Hygiene beachten, im Alltag Maske tragen

¹⁴ Digitales Engagement bringt jedoch auch Folgeherausforderungen mit sich, da digitale Formate meist nur eine kleinere Gruppe erreicht, digitale Ausstattungen und Kompetenzen eine neue Ungleichheit erzeugen und die Angebote in Konkurrenz mit Homeoffice, Homeschooling oder Homestudying stehen (vgl. Roth 2021; vgl. Schrader et al. 2020).

Netzwerktreffen und Fachkreisen im vergangenen Jahr dank der digitalen Formate verdoppelt werden, was bei analogen Veranstaltungen aufgrund von Platzkapazitäten oder räumlicher Distanz nicht möglich gewesen wäre. Insgesamt geht die Interviewpartnerin davon aus, dass viele dieser digitalen Errungenschaften auch nach der Pandemie bestehen bleiben und digitale Formen des Arbeitens, der Kommunikation, des Zusammenkommens und der Netzwerk- und Facharbeit dauerhaft in die Arbeitsgestaltung einfließen werden. Jedoch erkennt auch sie, dass neben den positiven Effekten des digitalen Arbeitens auch Nachteile auftreten und insbesondere das Informelle und Zwischenmenschliche im Miteinander verloren geht (vgl. ebd.: Zeile: 216-242).

Während zu Beginn der Pandemie lediglich zehn von hundert Organisationen ihr Engagementangebot aufrechterhalten konnten, waren es Mitte Mai bereits wieder rund die Hälfte (vgl. ebd.: Zeile 35-81). Jedoch mussten im Verlauf des Jahres 2020 etwa acht Prozent der Mitgliedsorganisationen dieses Kompetenzzentrums ihre Arbeit dauerhaft einstellen. Die Sorge besteht, dass weitere folgen, falls die öffentlichen Mittel gekürzt werden und die finanziellen Corona-Hilfen nicht greifen. Hinzukommt, dass der Unterstützungsbedarf bei der wachsenden Digitalisierung nicht nur finanziell steigt, sondern auch der Bedarf an Fortbildung enorm wächst (vgl. ebd.: Zeile: 251-276). Um erfolgreich durch die Pandemie zu kommen und auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet zu sein, bedarf es laut Interviewpartnerin innerhalb der Zivilgesellschaft selbst neue Strukturen, die sie resilienter gegenüber Krisen macht. War die Netzwerkarbeit des Kompetenzzentrums bis dato stark nach außen gerichtet, um zu zeigen, was im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements geleistet wird, wird seit Juli 2020 zunehmend nach innen geschaut und werden über verschiedene Events Austauschmöglichkeiten geschaffen, um voneinander zu lernen und sich gegenseitig in der Pandemie zu unterstützen und in Kooperation zu treten (vgl. ebd.: Zeile: 63-74). Trotzdem müsse hier der Staat in die Pflicht genommen werden, der als institutioneller Punkt fachliche Unterstützung koordinieren und anbieten müsse. In den Engagementstrategien, die in allen Bundesländern gerade diskutiert oder bereits verabschiedet wurden, sieht sie das Fundament, um die Nachhaltigkeit der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Dies müsse jedoch auch mit finanziellen Mitteln aus Steuergeldern alimentiert werden (vgl. ebd.: Zeile: 389-439).

Insgesamt kann festgestellt werden, dass durch die Minimierung persönlicher Kontakte Bürgerbeteiligung überall dort, wo es auf direkte Begegnungen, Versammlungen und öffentliche Räume ankommt, stark durch die Pandemie eingeschränkt wird. „Dies hat nicht nur aktuelle Auswirkungen, sondern wird die Partizipation in Deutschland aufgrund abgesagter bzw. verschobener Beteiligungsverfahren auch in der nahen Zukunft negativ betreffen“ (bipar 2020: 4). Während insbesondere zu Beginn der Pandemie verstärkt informelles Engagement stattfand,

konnten zivilgesellschaftliche Organisationen nur bedingt Engagementmöglichkeiten anbieten. Inzwischen wurden viele Engagementangebote digitalisiert und corona-konform etabliert. So unterstützen bspw. über 1.800 bürgerschaftlich Engagierte das Malteser-Hilfswerk bei seiner Arbeit in den Impfzentren (vgl. Mergel 2021: 8). Es darf nicht vergessen werden, dass die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement essenziell in die unmittelbare Pandemiebekämpfung und der Folgenabwehr involviert ist.

Sowohl die Geschäftsführerin des Kompetenzzentrums als auch ein interviewter Zivilgesellschaftsforscher kritisieren, dass die Zivilgesellschaft erst dann als Dienstleister herangezogen wurde, als die Notsituation extrem gravierend erschien. Zunächst versuchte der Staat, die Krise allein aufzufangen, indem zusätzliches Personal in den Gesundheitsämtern eingestellt und die Bundeswehr für die Bereitstellung von Infrastruktur (bspw. Corona-Notfall-Krankenhäuser) angefragt wurde. Dies stellt, wie der der Zivilgesellschaftsforscher zu Recht hervorhob, eine flagrante Verletzung des seit 100 Jahren etablierten Subsidiaritätsprinzips dar, welches der kleinstmöglichen Einheit die Handlungspriorität einräumt. Insofern hätte von Anfang an die Zivilgesellschaft mit ihren zahlreichen Hilfsorganisationen im Zivilschutz und den vorhandenen Kapazitäten und Erfahrungen stärker eingebunden werden müssen. Als sichtbar wurde, dass der Staat allein nicht in der Lage war, die Situation aufzufangen, wurden die Arbeit und Tätigkeiten der Zivilgesellschaft als wirtschaftliche Dienstleistungen hinzugekauft. Durch das rein marktwirtschaftliche Verständnis der Zivilgesellschaft als Dienstleister geht jedoch die kooperative Dimension zwischen Staat und Zivilgesellschaft verloren und die Zivilgesellschaft wird nur als ausführende Akteurin betrachtet, ohne in die Entscheidungsfindung eingebunden zu werden (vgl. Interview Forschung, vgl. Interview Engagement: Zeile 285-343). Die Geschäftsführerin wünscht sich daher, dass der Staat lernt, nicht an der Zivilgesellschaft vorbei zu handeln. Gleichzeitig sieht sie die Zivilgesellschaft nicht in der Lage, allein mit spontanen Impulsen, Netzwerken und Initiativen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen auf Dauer abzustützen. Die Stärke der Zivilgesellschaft liegt, so die beiden Interviewpartner, darin, dass sie schnell und spontan auf neue Situationen reagieren kann. Ihre Schwäche liegt hingegen darin, dass sie oftmals Schwierigkeiten hat, Angebote langfristig und dauerhaft aufrecht zu erhalten. Daher bedarf es für sie eines Modells, in dem alle gesellschaftlichen Arenen – Staat, Markt und Zivilgesellschaft – partizipativ mitwirken können und in ihrer Beteiligung wertgeschätzt werden. In der gegenwärtigen Krise ist hingegen eine Machtmonopolisierung des Staates eingetreten; die intermediäre Funktion fehlt, sodass es schwierig ist, als Zivilgesellschaft für politische Entscheidungen, an den sie selbst nicht beteiligt ist, zu werben und die Politik in die Breite zu tragen (vgl. ebd.).

3.2.5. Kunst und Kultur

Die Kunst- und Kulturlandschaft ist in besonderem Maße von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. Als in Deutschland zum ersten Mal Corona-bedingte Einschränkungen erlassen wurden, waren viele Kulturinstitutionen bereits geschlossen. Für Kulturschaffende bedeutete dies, dass Aufträge, Auftritte und Engagements wegbrachen (vgl. Deutscher Kulturrat 2021b). Zwar wurden in der Regel bereits zugesagte Auftragshonorare bezahlt, es konnten jedoch keine Folgeaufträge generiert werden. Ganz besonders hart wurden selbstständige Akteurinnen und Akteure getroffen, deren Einkommen daran gebunden ist, dass sie live vor Publikum agieren (vgl. Eggert 2021). Mit sinkenden Fallzahlen wurden in einzelnen Bereichen zwar leichte Lockerungen vorgenommen, die anhaltenden Schließungen oder unter Vorgaben stark eingeschränkten Angebote führten jedoch grundsätzlich zu einer Verschärfung der seit Monaten angespannten Situation. „Viele Häuser sind wegen ausbleibender Einnahmen in ihrer Existenz bedroht, Planungsunsicherheit behindert wichtige Arbeitsprozesse, und fehlende Perspektiven stellen nicht nur Institutionen, sondern auch Menschen vor zunehmende Herausforderungen“ (Willkomm 2021). Während andere Gesellschaftsbereiche ihre Arbeit umstrukturieren und der neuen Situation anpassen konnten, hat sich die Lage der Kunst- und Kulturlandschaftenden nur bedingt verbessert. In der Maecenata-Studie liegen die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure aus der Kunst- und Kulturbranche mit 63% deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (45%) derer, die berichten, dass staatliche Vorgaben in erschwerten Arbeitsbedingungen resultieren. Bei 60% von ihnen kommt es zu Ausfällen oder Rückgängen der Leistungserbringung. Denn die Betroffenheit von Akteurinnen und Akteuren ist oftmals dran gebunden, wie stark ihre Angebote im physischen verankert sind oder ob diese auch ortsungebunden im digitalen Raum stattfinden können (vgl. Arndt et al. 2021: 17). Zwar wurde vereinzelt mit kreativen Konzepten versucht Theater, Clubs und Museen digital fortzusetzen (vgl. Landsberg 2020), doch zeigen die Ergebnisse der Umfrage, dass dies kaum gelingt. Hinzu kommt, dass die kreativen Konzepte oft mit einer mangelnden Wirtschaftlichkeit einhergehen (vgl. ebd.).

In der Maecenata Umfrage ist Kunst und Kultur der Tätigkeitsbereich, der am stärksten von finanziellen Ausfällen durch die Pandemie betroffen ist. Über 80% der Befragten dieses Bereichs berichten von rückläufigen Einnahmen im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Über die Hälfte rechnet kurzfristig mit weiteren rückläufigen Einnahmen im Bereich der Vermögensverwaltung, des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs und des Zweckbetriebs bis Sommer 2021. Und auch mittelfristig bis Ende 2022 wird von einer deutlich schlechteren Entwicklungstendenz ausgegangen. Es ist somit nicht verwunderlich, dass Akteurinnen und Akteure dieses Tätigkeitsbereiches am häufigsten finanzielle Corona-Hilfen beantragten.

Durch die erneut rasant ansteigenden Ansteckungszahlen und das schlechte Impfmanagement der Regierung scheint eine Wiedereröffnung der Kultureinrichtungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nahezu unmöglich. Dabei können Kultureinrichtungen, insbesondere Museen, auf langjährige Erfahrungen beim Besuchermanagement zurückgreifen. Bereits jetzt bieten sie vielfach Online-Tickets für festgelegte Zeitfenster an, begrenzen die Besucherzahlen und verfügen über große Räume, kluge Wegführungen und Lüftungsanlagen. Mit ihrer Expertise und entsprechenden Abstands- und Hygieneregeln, sowie Maßnahmen zur Kontaktnachverfolgung können sie das Risiko einer Ansteckung deutlich reduzieren (vgl. Willkomm 2021). Ihre Expertise wird jedoch nur unzureichend in den Öffnungsstrategien der Regierung miteinbezogen. Stattdessen wird der Kultursektor von der Politik oftmals auf eine unterhaltende Funktion reduziert und dabei vergessen, welcher unverzichtbare Wert er als Erlebnis- und Bildungsort darstellt (vgl. ebd.). „Kunst und Kultur machen das Leben lebenswert, Kulturorte sind Debattenorte, Orte der demokratischen Auseinandersetzung und der gesellschaftlichen Verständigung“ (Deutscher Kulturrat 2021a). Zudem kann Kunst und Kultur dazu beitragen, dass die physische Krisenbelastung emotional besser verarbeitet werden.

3.3. Staatliche Corona-Hilfen

3.3.1 Überblick

Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie anzufangen, wurden von der Bundesregierung Hilfsprogramme geschaffen, die unter bestimmten Voraussetzungen auch für gemeinnützige Organisationen gelten. Die Maecenata-Studie „Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft“ (2020) bot einen ersten Überblick über die diversen staatlichen Hilfsangebote für die Zivilgesellschaft und konnte gemeinsame Trends wie auch Unterschiede in den Herangehensweisen der verschiedenen Bundesländer aufzeigen. Sichtbar wurde dabei, dass ein einheitlicher, auf Bundesebene wirkender ressortübergreifender Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft, wie er bspw. in Österreich in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt wurde, nicht existiert. Die fast ausschließlich finanziellen Unterstützungsprogramme waren vielmehr bei zahlreichen verschiedenen Bundes- und Landesbehörden angesiedelt, oftmals sehr ressortspezifisch und kaum koordiniert. Auch wurden sie nicht gesamthaft erfasst (vgl. Schrader et al. 2020: 60ff.).

Zwar beschlossen seit April 2020 einzelne Länder eigene Corona-Soforthilfen für gemeinnützige Organisationen. Diese waren jedoch überwiegend ressortspezifische, kurzfristige Finanzhilfen für die Monate April bis Juli 2020. Mit anhaltendem Pandemieverlauf wurden viele der länderspezifischen Hilfsprogramme durch die bundesweiten Corona-Überbrückungshilfen ersetzt

und abgelöst (vgl. ehrenamt 24 Benefits für Vereine und Verbände 2021a). Einige Bundesländer setzen ihre Hilfsprogramme fort und verlängerten diese bis Frühjahr 2021.¹⁵ Teilweise wird geplant, die Programme bis Ende 2021 fortzusetzen. Zudem wurden vereinzelt neue Hilfsprogramme konzipiert, die jedoch weiterhin überwiegend ressortspezifisch sind und sich in ihren Zuständigkeiten, Voraussetzungen und Formen der Unterstützung stark unterscheiden (vgl. Vereinswelt.de 2021). Im Großen und Ganzen sind die vorhandenen Hilfen als kurzfristige Finanzhilfen konzipiert und verfolgen keine langfristige Strategie um die Folgen der Pandemie aufzufangen.

Insgesamt richten sich die Bundes- und Landesprogramme nach wie vor fast ausschließlich an den korporatistischen Subsektor der Zivilgesellschaft, da, bis auf wenige Ausnahmen der Status der Steuerbegünstigung (Gemeinnützigkeit), die Zugehörigkeit zu Verbänden oder ähnlichen Zusammenschlüssen, sowie der Nachweis eines pandemiebedingt eingeschränkten Geschäftsbetriebes vorausgesetzt wird. Umfassende Programme bestehen für die Bereiche Sport, Umwelt, Jugendförderung, Kultur, Bildung und Soziales zur Verfügung. Andere, insbesondere Themenanwälte, Wächter und politische Akteurinnen und Akteure werden von vielen Hilfsprogrammen systematisch ausgeschlossen (vgl. Schrader et al. 2020: 60ff.). Dass auch diese als Teil der Zivilgesellschaft für die Überwindung der Krise insgesamt und in all ihren Funktionen unverzichtbar sind, wird aufseiten des Staates kaum erkannt. Auch werden ihre Akteurinnen und Akteure für ihre Tätigkeiten und Leistungen nicht ausreichend wertgeschätzt. Insofern spiegelt sich die Ressortspezifik der Hilfsprogramme in dem Auftritt der Zivilgesellschaft. Während einzelne Subsektoren, bspw. der Sport, die Wohlfahrtspflege und die Kultur, relativ erfolgreich für ihren Bereich staatliche Hilfen erstreiten konnten – allerdings nur insoweit, als diese Dienstleistungen erbringen und der Staat an diesen ein Interesse hat –, ist eine Gesamtvertretung der Zivilgesellschaft, welche Politik und Verwaltung die Not aller zivilgesellschaftlichen Organisationen hätte nahebringen können, bis heute nicht gelungen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass aus den Ergebnissen der Studie hervorgeht, wie wenig der Staat, diesen nicht unmittelbar interessierende Tätigkeiten der Zivilgesellschaft, finanziell unterstützte. Dass damit zugleich wesentliche Elemente der Demokratieentwicklung auf der Strecke blieben, war Entscheidungsträgerinnen und -trägern nicht zu vermitteln.

Im Folgenden werden einzelne Bundesprogramme, insbesondere der zweiten Pandemie-Phase, an denen die Zivilgesellschaft unter Auflagen teilhaben kann, vorgestellt.

¹⁵ Eine Übersicht auf <https://www.ehrenamt24.de/covid-19-im-verein/corona-soforthilfen-fuer-vereine/bundeslaender/>

3.3.2. Außerordentliche Wirtschaftshilfen

Mit dem Lockdown Light im November 2020 konnten von akuten Schließungen direkt oder indirekt (mit regelmäßig mindestens 80%igem Umsatzrückgang aufgrund der Maßnahmen) betroffene Unternehmen, Betriebe und Selbständige unbürokratisch November- und Dezemberhilfen als nicht rückzahlbare Zuschüsse beantragen. Antragsberechtigt waren auch steuerbegünstigte Unternehmungen, Organisationen und Einrichtungen unabhängig von ihrer Rechtsform, sofern sie wirtschaftlich dauerhaft am Markt agieren und zum Stichtag 29. Februar 2020 mindestens einen Beschäftigten hatten (vgl. BMWI 2020: 1.1, 5.3). Bezuschusst wurden 75% des jeweiligen durchschnittlichen Umsatzes im November bzw. Dezember des vorherigen Jahres in Abhängigkeit zu der Dauer der corona-bedingten Schließungen. Bei gemeinnützigen Unternehmungen (i.S.d. Art. 51ff. Abgabenordnung, AO) wird ausschließlich auf die auf dem Markt erzielten Umsätze abgestellt. Hierzu zählen nicht Mitgliedsbeiträge, Spenden, Zuwendungen der öffentlichen Hand, Zuschüsse nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) und staatliche Hilfen aus anderen Programmen, wie der Überbrückungshilfen (vgl. ebd.: 5.3). Anträge konnten bis 30. April 2021 ausschließlich von Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern, vereidigten Buchprüfern, sowie Rechtsanwälten eingereicht werden. Dank all dieser Bestimmungen kam das Programm nur für vergleichsweise wenige Organisationen in Betracht.

Gab es bis zum Jahreswechsel mit den außerordentlichen Wirtschaftshilfen vorübergehend zwei unterschiedliche Hilfssysteme, wurden diese im Januar 2021 für alle Bereiche in die Überbrückungshilfe III übertragen.

3.3.3. Überbrückungshilfen

Um gefährdeten Unternehmen und Organisationen aus allen Wirtschaftsbereichen im Zeitraum von Juni bis August 2020 zu helfen und eine Liquiditätshilfe zu gewähren, wurde von der Bundesregierung im Sommer 2020 die Überbrückungshilfe eingeführt. Das Programm schloss zeitlich an das Soforthilfeprogramm (März bis Mai 2020) an und endete mit der ersten Phase im November 2020.

Die zweite Phase (Überbrückungshilfe II) unterstützt kleine und mittlere Unternehmen, Solo-Selbständige, Freiberufler, sowie gemeinnützige am Markt auftretende Organisationen bei der Deckung von Fixkosten, die von April bis August und im Förderzeitraum September bis Dezember 2020 hohe corona-bedingte Umsatzeinbußen vorwiesen. Mit bis zu 90% je nach Höhe des Umsatzeinbruches (maximal 50.000 Euro pro Monat) wurden Fixkosten im Zeitraum September bis

Dezember 2020 erstattet. Bis zum 31. Mai 2021 können Anträge gestellt werden (vgl. BMWI & BMF 2021a).

Mit der dritten Phase (Überbrückungshilfen III) wurde das Hilfsprogramm noch einmal verlängert und der Zugang teilweise vereinfacht. Nach wie vor sind gemeinnützige Einrichtungen jeder Rechtsform antragsberechtigt, die dauerhaft am Markt agieren und wirtschaftlich tätig sind. Bei Umsatzeinbrüchen von mindestens 30% in jedem Monat, für den der Zuschuss beantragt wird, können je nach Umsatzeinbuße bis zu 90% der Fixkosten erstattet werden. Anträge können dabei bis um 31. August 2021 ausschließlich durch Steuerberatende, Wirtschaftsprüfende, vereidigte Buchprüfende, sowie Rechtsanwälte eingereicht werden (vgl. BMWI & BMF 2021b). Bei gemeinnützigen Unternehmen wird statt auf die Umsätze auf die Einnahmen abgestellt. Die Einnahmen umfassen dabei die am Markt erzielten Umsätze, Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie Zuwendungen der öffentlichen Hand (vgl. ehrenamt 24 Benefits für Vereine und Verbände 2021b). Dieses aktuelle Programm trägt den Bedürfnissen zivilgesellschaftlicher Organisationen etwas stärker Rechnung.

3.3.4. Neustart Kultur

Für den Kultur- und Medienbereich hat die Bundesregierung ein milliardenschweres Rettungs- und Zukunftsprogramm aufgelegt. Gefördert werden insbesondere Kultureinrichtungen, die sich überwiegend privat finanzieren. Das im Juli 2020 gestartete Programm ist dabei in vier Programmlinien gegliedert, die auf pandemie-bedingte Investitionen, Stärkung der Kulturinfrastruktur, alternative, auch digitale Kulturangebote und Kompensationen pandemie-bedingter Einnahmeverluste und Mehrbedarfe bei vom Bund geförderten Häusern und Projekten abzielt. In knapp 60 Teilprogrammen, die in Abstimmung mit den unterschiedlichen Dachverbänden der kulturellen Sparten entwickelt und realisiert wurden, sind zum Ende 2020 rund 900 Millionen Euro und damit rund 90% des gesamten NEUSTART KULTUR-Programms konkret belegt und 421 Millionen Euro mittlerweile von den mit der Abwicklung betrauten Verbänden und Fonds bewilligt worden (vgl. Deutscher Kulturrat 2021c; vgl. Staatsministerin für Kultur und Medien 2021).

Auch der Laienmusikbereich ist von der Corona-Pandemie stark betroffen. „Nach einem Corona-Jahr des musikalischen Verzichts ist der Bedarf an Ermutigung, Beratung und Unterstützung im Bereich der Amateurmusik besonders groß“ (Strasser 2021: 5). Den Laienmusikerinnen und -musikern fehlt insbesondere die sonst so kraftspendende Musik und das musikalische Gemeinschaftserlebnis. Als Teilprogramm des Rettungs- und Zukunftsprogramms Neustart Kultur greift der Bund den durch die Pandemie eingeschränkten Chören und Orchestern mit insgesamt 900.000 Euro unter die Arme und entwickelt ein Förderprogramm zur Erhaltung und

Wiederbelebung der Amateurmusik in Pandemiezeiten (vgl. BMCO 2021a, 2021b). Allerdings verteilen sich diese Mittel auf mindestens 7 Millionen Mitglieder von Laienchören und -orchestern (= rd. 0,12 € pro Musiker). Schwerpunkt des Förderprogramms Neustart Amateurmusik ist daher ein Kompetenznetzwerk mit 20 Mitarbeitenden aus 15 beteiligten Amateurmusikverbänden, welches ehrenamtliche Strukturen im Amateurmusikbereich bei corona-spezifischen Fragen unterstützt und ehrenamtlichen Vorständen, Orchester- und Chorleitungen sowie Musizierenden bei der Entwicklung und Umsetzung von Hygienekonzepten hilft. Das Kompetenznetzwerk erstellt Informationsmaterial zu Finanzierungshilfen, Auflagen und Bestimmungen und geben Inspiration zu kreativen Lösungen in Pandemiezeiten (vgl. BMCO 2021b). Die Politik bietet neben der finanziellen Hilfe, dem Netzwerk eine verlässliche und kompetente Partnerin und informiert hinsichtlich konkreter Öffnungsperspektiven (vgl. Strasser 2021: 5). Finanziell Projektförderungen von bis zu 10.000 Euro konnten Musikensembles bis zum 31. März 2021 beim Bundesmusikverband Chor & Orchester, welcher die Vergabe koordiniert, einreichen. Zusätzlich konnte sich auf eine Förderung mit bis zu 2.000 Euro über die Zukunftswerkstatt beworben werden. Übergeordnetes Ziel des Kompetenznetzwerkes ist es in Anbetracht der aktuellen Lage, dass das Chor- und Ensemblesmusizieren trotz Corona schnellstmöglich und zugleich sicher ermöglicht werden kann. Es gilt aber auch den Amateurmusikerinnen und -musikern in der Diskussion um Öffnungsperspektiven Gehör zu verschaffen und ihre Interessen zu vertreten. Benjamin Strasser, Präsident des Bundesmusikverbandes, sieht in der Förderung des gemeinsamen Musizierens, eine Investition in den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft von morgen; insbesondere nach der Krise bedarf es mehr Musik. „Daher sollte es in unser aller Interesse liegen, die Amateurmusik als kulturelle bedeutsames Fundament unserer Zivilgesellschaft deutlich wertzuschätzen- auch finanziell“ (ebd.).

3.4. Wertschätzung

Seit Beginn der Pandemie wird über den Wert und das Ansehen systemrelevanter Berufe diskutiert, also jener Berufe, die zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen beitragen (vgl. Schrenker et al. 2021: 12). Als Helden der Corona-Pandemie galten für viele Bürgerinnen und Bürger im vergangenen Jahr systemrelevante Beschäftigte aus dem Gesundheits- und Sozialwesen, die sich Tag für Tag für die Gemeinschaft einsetzen und sich selbst dabei teilweise gesundheitlichen Gefahren und Mehrbelastungen ausgesetzt sahen. Viele der entsprechenden Stellen gehören der zivilgesellschaftlich organisierten Wohlfahrt an. Insgesamt zeigt sich, dass gut 70% dieser als systemrelevant geltenden Berufe unterdurchschnittlich vergütet werden. Das oftmals damit einhergehende schlechte Einkommen geht dabei meist mit einem geringeren beruflichen Prestige einher (vgl. ebd.: 14). Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung

wird sich die Lohneinkommensentwicklung bis 2025 nicht bemerkbar verändern (vgl. Sachs et al. 2020: 18).

Bereits im Mai beschloss der Deutsche Bundestag im zweiten Corona-Gesetz den Einsatz der Systemrelevanten finanziell zu honorieren und Pflegekräften in der Altenpflege eine Corona-Prämie auszuzahlen. Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz und Änderung des Krankenhausgesetzes im Oktober 2020 sollte auch die Mehrbelastungen des Pflegepersonals in Krankenhäusern honoriert werden. Krankenhäuser, die einen hohen Anteil an Corona-Patientinnen und -Patienten behandelten, erhielten insgesamt rund 100 Millionen Euro, die sie individuell an ihre Beschäftigten in Form von steuer- und sozialversicherungsfreien Sonderzahlungen von bis zu 1.000 Euro weiterleiten konnten. Die Sonderzahlungen konnten durch Länderzuschüsse auf bis zu 1.500 Euro aufstockt werden (vgl. Curacon 2020). Die zur Verfügung stehende Summe ist jedoch zum Nachteil des Pflegepersonals an viele Bedingungen geknüpft, sodass gemäß Anfrage des Bochumer Bunds an die Bundesregierung nur 27% aller deutschen Kliniken die Voraussetzung erfüllen (vgl. Pflegegewerkschaft BochumerBund 2020). Während somit nur ein Bruchteil aller in den Krankenhäusern arbeitenden Pflegekräfte für ihren Einsatz finanziell entschädigt werden, erhalten bspw. ausnahmslos alle Bundesbeamtinnen und -beamte eine Corona-Sonderzahlung von bis zu 600 Euro (vgl. Öffentlicher Dienst News 2021). Außerdem können ehrenamtlich Tätige an diesem Programm nicht partizipieren.

„Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass viele Berufe, die für das Funktionieren der Gesellschaft essenziell sind, nur eine unterdurchschnittliche gesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Dabei ist zu betonen, dass systemrelevant Beschäftigte ihren Dienst an der Gesellschaft natürlich nicht nur in Krisenzeiten leisten“ (Schrenker et al. 2021: 18). Der besondere Einsatz der in systemrelevanten Berufen Tätigen des Gesundheits- und Sozialwesens, wurde während der Pandemie nur kurzfristig mit viel Applaus anerkannt. Finanzielle Wertschätzung ist dagegen stark limitiert und an Bedingungen geknüpft. Eine nachhaltige Anerkennung der Leistungen kann infrage gestellt werden kann, da in Tarifverhandlungen, wenn überhaupt, nur Einmalzahlungen in Form von Corona-Prämien vereinbart wurden (vgl. ebd.). Das bürgerschaftliche Engagement im Gesundheitswesen ist seit Beginn der Pandemie praktisch nicht gewürdigt worden.

3.5. Hilfe aus der Zivilgesellschaft

Wie der Maecenata-Studie zu entnehmen ist, hat auch die Zivilgesellschaft Corona-Hilfen bereitgestellt. Laut der Panelbefragung des Bundesverbands Deutscher Stiftungen im Oktober 2020 haben 42% der befragten Stiftungen andere Organisationen unterstützt. Davon profitierten zu rund einem Drittel gemeinnützige Organisationen (vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen 2021c). Die

Hilfen sind dabei vielfältig: Über drei Viertel der befragten Stiftungen stellten selbst Fördermittel bereit, rund 25% halfen mit Zeitspenden, etwa in Form von kollegialer Beratung, und rund 20% mit Sachmitteln oder sonstigen Hilfen. Unterstützt wurden vor allem Organisationen der Bereiche Gesellschaft (46%), Bildung (43%) und Kunst und Kultur (43%), wobei die Stiftungen insbesondere dort halfen, wo sie auch jenseits der Pandemie agieren (vgl. Bischoff 2021b: 19).

Die bundesweit 415 Bürgerstiftungen haben seit Pandemiebeginn pragmatisch auf Krisenmodus geschaltet und Hilfen für andere bereitgestellt. Sie milderten da, wo es möglich ist, die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie mit ab, indem bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfen koordiniert, Schutzmasken genäht, Konzerte für isolierte Bürgerinnen und Bürger von Pflegeeinrichtungen organisiert oder Infrastruktur bereitgestellt wurde. In der Pandemie sind sie wichtige Anlaufstellen für Personen, die von der Pandemie betroffen sind und Akteurinnen und Akteure, die sich engagieren wollen. Rund 80% der Bürgerstiftungen stellen selbst corona-spezifische Hilfsangebote bereit und unterstützen selbst finanziell gemeinnützige Einrichtungen. Zudem bieten sie ehrenamtlichen Initiativen und Projekten einen organisatorischen und rechtlichen Rahmen, um wirkungsvoll bspw. bei der Herstellung und Verteilung von Schutzmasken arbeiten zu können. Insgesamt haben rund ein Drittel Corona-Hilfen zu ihrem inhaltlichen Arbeitsschwerpunkt gemacht, da sie durch ihren Stiftungszweck flexibel auf neue gesellschaftliche Situationen reagieren können (vgl. Stiftung Aktive Bürgerschaft 2020).

4. Fazit

4.1. Der Einsatz

Die Zivilgesellschaft ist, so lässt sich ohne Einschränkungen sagen, seit Beginn der Corona-Pandemie in hohem Maße in die Bewältigung der Krise und ihrer Folgen involviert. Sowohl aus der Erhebung als auch aus den Interviews wird deutlich sichtbar, dass sie in der gegenwärtigen Situation ebenso wie sonst auch unverzichtbare Beiträge zu einem funktionierenden öffentlichen Leben leistet (vgl. Brase, Klein 2020: 1) und insbesondere in ihrer Rolle als Nothelferin Menschen unterstützt, die besonders auf Hilfe anderer angewiesen sind. Mit ihren zahlreichen Angeboten im Sozial- und Gesundheitswesen übernahm sie, oftmals aber keineswegs nur, als Teil des staatlichen Gewährleistungsauftrags der Daseinsvorsorge völlig selbstverständlich wichtige und zentrale Aufgaben während der Pandemie. Da, wo eine Betreuung und Pflege sichergestellt werden mussten und ein Zuhause-bleiben und Unterbrechen der Tätigkeit nicht infrage kam, wurden weiterhin Leistungen angeboten und erbracht, die deutlich über den eigentlichen Tätigkeitsumfang und teilweise über zumutbare Umstände hinaus gingen (vgl. Grunau 2021). Mit fortschreitendem Pandemieverlauf wurden zudem zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz und der Malteser-Hilfsdienst und andere von der Regierung in den Aufbau und Betrieb der Impfzentren einbezogen. Auch die Impfung von Menschen in stationären Einrichtungen, die oftmals mit einem deutlich höheren Aufwand verbunden ist, und von obdach- und wohnungslosen Menschen, die teilweise schwer zu erreichen sind, wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen koordiniert und ausgeführt (vgl. Interview Wohlfahrt: Zeile: 55-69). Teile der Zivilgesellschaft sind somit wichtige Partnerinnen bei der Durchführung der bundesweiten Corona-Impfkampagne, werden jedoch auch selbst durch den schleppenden Impfstart und die chaotische Handhabung des Impfstoffs AstraZeneca immer wieder vor besondere Herausforderungen gestellt (vgl. ebd.: Zeile 93-110).

Schon diese Leistungen werden von Politik und Medien kaum gewürdigt. Politik und Verwaltung zeigen sich gegenüber ihren Partnerinnen und Partnern, die die eigentliche Arbeit machen, nicht hinreichend loyal und messen sich Verdienste zu, die sie nicht selbst erworben haben. Dass hier auch viele bürgerschaftlich Engagierte unter erschwerten Bedingungen unterwegs sind, ist der Öffentlichkeit kaum bekannt.

Mit der Schilderung dieser Dienstleistungen ist jedoch der Einsatz der Zivilgesellschaft nur unzureichend beschrieben. Es ist mehr noch als in anderen Zeiten ihre Aufgabe, während der Krise dazu beizutragen, eine positive Perspektive der Gesellschaft für die Zeit nach der Pandemie zu entwickeln. In ihrer Wächter- und politikgestaltenden Funktion tritt sie dabei nicht immer in

kooperativer, sondern durchaus auch in konfrontativer Form dem Staat gegenüber, beobachtet kritisch dessen Einschränkungen der Grund- und Bürgerrechte und weist auf die schleichende Entmachtung des Parlaments durch die Exekutive, sowie die autoritäre Politikgestaltung hin. Sie tritt auch in ihrer themenanwaltshaftlichen Funktion als Vertreterin von marginalisierten Gruppen, Minderheiten und wenig beachteten Themen auf und setzt sich für sie ein.

Zwar bestimmt der Virus das Leben aller drastisch und ist medial omnipräsent, doch sind andere Probleme oder Krisen, bspw. der Klimawandel, weiterhin existent und haben nicht an Bedeutung verloren. Daher werden auch abseits der Pandemie Anliegen und Themen behandelt, in die Öffentlichkeit getragen und langfristige Veränderungsprozesse in der Gesellschaft angeregt. Gleichzeitig trägt die Zivilgesellschaft auch dazu bei, die durch die Pandemie verschärften sozialen Ungleichheiten in der Gesellschaft nicht nur anzuprangern, sondern durch ihre Arbeit und Angebote auszugleichen. Dies ist aufgrund von Kontaktbeschränkungen nur stark eingeschränkt möglich. Es wird versucht, Angebote und Meinungsäußerungen ins Digitale zu verlagern und neue Veranstaltungsformate zu entwickeln. Mangelnde Computerkenntnisse, fehlende Endgeräte oder unzureichende digitale Infrastruktur erschweren diesen Prozess jedoch erheblich (vgl. Schrader et al. 2020: 25). Zudem stehen keiner zivilgesellschaftlichen Organisationen Instrumente und Ressourcen für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung, die denen der staatlichen Entscheidungsträgerinnen und -träger auch nur im Entferntesten nahekommen. Von einem Umgang und Austausch auf gleicher Augenhöhe kann schon deshalb nicht gesprochen werden.

Die zivilgesellschaftliche Funktion der Gemeinschaftsbildung ist in der Pandemie ebenso wenig zu unterschätzen: In ihr liegt das Potenzial, Gelegenheiten zum Engagement, Inklusion und Partizipation zu bieten, durch kreative Beiträge zum sozialen Frieden, sowie in der Herausbildung von sozialem Kapital und damit schließlich entscheidend zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Mit ihrer Arbeit, so zeigt die Studie, fördern zivilgesellschaftliche Organisationen ein Gemeinschaftsgefühl innerhalb ihrer Organisation und ihren Zielgruppen – in Anbetracht von *social distancing* und Kontaktbeschränkungen während, aber insbesondere nach der Krise eine Aufgabe von elementarer Bedeutung. Nach erzwungener langer Abstinenz und bereits auftretenden negativen psychosozialen Folgen wird es darauf ankommen, dass die gemeinschaftsbildende Funktion der Zivilgesellschaft aktiviert und der zunehmenden Vereinsamung Einhalt geboten wird. Das Vereinsleben muss wieder gestärkt werden, denn Vereine sind die primären Erzeuger von Gemeinschaftsgefühl. Auf die gemeinsame Tätigkeit, ob geistliche Musik oder Karneval, Sport oder Lesezirkel, kommt es dabei nur sekundär an. Insbesondere bei Vereinen mit geringerer Mitgliedsbindung werden Mitgliedsaustritte seit Beginn der Krise beobachtet. Wenn sich dieser

Trend fortsetzt und Vereine weiterhin nicht ihren eigentlichen Zweck erfüllen können, liegt in der Pandemie die Gefahr einer nachhaltigen Veränderung der Gesellschaft.

Insgesamt hat es die Zivilgesellschaft geschafft, trotz ihrer eigenen Betroffenheit, ihrer zahlreichen Angebote und Strukturen in vielen Bereichen der Gesellschaft aufrecht zu erhalten und durch kreative Lösungen der Krise entgegenzuwirken. Die Pandemie hat dabei die Bedeutung der Zivilgesellschaft und ihres Handelns insgesamt geschärft und intensiviert (vgl. Youngs 2020: 1). Die interviewte Geschäftsführerin des Wohlfahrtverbands ist sogar der Auffassung, dass die Pandemie und ihre gesellschaftlichen Folgen überhaupt nur durch die Zivilgesellschaft zu überwinden seien:

„Gerade für Menschen in schwierigen Lebenslagen hat die Zivilgesellschaft diese Sache überhaupt lebbar und stabil gemacht und das ist bis heute so geblieben. [...] Jetzt in dieser Pandemie bis zum heutigen Tag funktioniert das alles überhaupt nur, weil es die vielen kleinen Organisationen, Nachbarschaftsinitiativen, Einrichtungen gibt, wo man sich miteinander, voneinander, umeinander kümmert [...]. Deswegen funktioniert es da draußen überhaupt noch und nicht weil der Staat da draußen unterwegs ist. Ohne diese starke Zivilgesellschaft würde das hier krachend untergehen“ (Interview Wohlfahrt: Zeile: 347-363).

Sie hofft, dass von staatlicher Seite auch nach der Pandemie anerkannt wird, dass es ohne das zivilgesellschaftliche Handeln nicht geht und der Staat erkennt, dass er nicht „immer alles besser kann“ (vgl. ebd.: Zeile: 365-370). Unter Anbetracht dessen, dass die Wertschätzung der Zivilgesellschaft und ihres Engagements, insbesondere der systemrelevanten Berufe aus dem Gesundheits- und Sozialwesen, bisher vor allem mit viel Applaus anstelle von finanzieller Wertschätzung anerkannt wurde, wird es voraussichtlich nur bei einer Hoffnung bleiben. Während die Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen durch Corona-Sonderzahlung honoriert wurden (vgl. Öffentlicher Dienst News 2021), ist nur ein Bruchteil aller in den Krankenhäusern arbeitenden Pflegekräfte für ihren Mehraufwand und Einsatz finanziell entschädigt worden.

4.2. Bedarfe

An einer aktiven Zivilgesellschaft besteht in der Krise mehr denn je Bedarf! Alle Umfrageergebnisse zeigen die Notwendigkeit von zivilgesellschaftlichem Handeln in der Pandemie. Fast zwei Drittel der Befragten berichten, dass bei ihren Zielgruppen durch die Krise neue Bedarfe aufgetreten sind. Diese wurden von der Zivilgesellschaft wahrgenommen und teilweise als neue Themenfelder in die eigene Arbeit inkludiert. Dabei ist trotz limitierten Handlungsspielraums und Einschränkungen durch staatliche Vorgaben insgesamt der quantitative Arbeitsumfang tendenziell hinsichtlich Zeit und Komplexität eher gestiegen und hat Arbeitsschwerpunkte und Kernthemen mit der Krise verknüpft.

Gleichzeitig berichtet jede zweite Organisation von Rückschlägen in der Leistungserbringung. Beides ist stark abhängig vom Tätigkeits- und Funktionsbereich der Organisationen. Während nahezu alle zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure von der Pandemie betroffen sind, schaffen es einige besser, sich aufgrund ihres Tätigkeitsfeldes auf die neue Situation einzustellen und ihre Arbeit umstrukturiert fortzusetzen. Mitarbeitende konnten im Home-Office arbeiten, Angebote konnten digital bereitgestellt werden und finanzielle Ausfälle hielten sich in Grenzen. Andere wiederum sind durch Kontaktbeschränkungen und weitere pandemie-begründete Maßnahmen stark in ihrer Arbeit eingeschränkt und berichten von einem limitierten Handlungsspielraum, erschwerten Arbeitsbedingungen, unzureichender Digitalisierung, sowie davon, dass Zielgruppen durch digitale Formate nicht adressiert werden konnten. Daraus resultiert insbesondere bei Akteurinnen und Akteuren der Gemeinschaftsbildung ein nachlassendes Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Organisationen, eine geringere öffentliche Wahrnehmung der Tätigkeiten, ein erschwerter und teilweise rückläufiger Kontakt zu bürgerschaftlich Engagierten und fehlende Planungssicherheit. Zwar waren die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure auf die zweite Welle der Pandemie deutlich besser vorbereitet, doch trafen ihre Folgen sie mindestens ähnlich stark wie die Erste. Teilweise ist dabei unklar, ob die eigenen Tätigkeiten zukünftig überhaupt fortgesetzt werden können, sodass der fortschreitende Pandemieverlauf Akteurinnen und Akteure vereinzelt endgültig die Perspektive nimmt. Auch in den Interviews wird sichtbar, dass einige Organisationen ihre Arbeit dauerhaft einstellen mussten und die Krise nicht überlebten. Neben finanziellen Gründen liegt dies oftmals dran, dass sie ihren eigentlichen Vereins- oder Organisationszweck gegenwärtig nicht mehr erfüllen können und bürgerschaftlich Engagierte sich abgewandt haben.

Insbesondere bürgerschaftlich Engagierte, die ihre Motivation für freiwilliges Engagement sehr stark aus den sozialen Beziehungen ziehen, sind im Zuge der Pandemie verloren gegangen. Hinzu kommt, dass fehlendes technisches Verständnis und zunehmende Digitalisierung des Alltags dazu führen, dass viele nicht bereit sind, die Digitalisierung des Ehrenamtes zu begleiten (vgl. Schrader et al. 2020: 25). Jede vierte Organisation berichtet in der Erhebung von einem (sehr) starken und fast 30% von einem leichten Rückgang der Engagementzahlen. Daraus resultiert eine Verdichtung der notwendigen Aufgaben, sodass die Anforderungen an ehren- und hauptamtliche Führungskräfte stark zunimmt (vgl. Hoff et al. 2021: 6). Gleichzeitig lässt sich auch bei jeder vierten Organisation im vergangenen Jahr eine Zuwanderung von bürgerschaftlich Engagierten beobachten. Insbesondere internetaffine Zielgruppen konnten für freiwilliges Engagement gewonnen werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen diese Veränderung erkennen und sich stärker auf neue Zielgruppen, abseits des klassischen Engagements fokussieren. Gleichzeitig müssen Bürgerinnen

und Bürger ermutigt werden, sich ehrenamtlich einzubringen und Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen. Ob dabei bürgerschaftlich Engagierte nach der Pandemie zurückgewonnen werden können, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen.

Bedarf besteht daher in jedem Fall an einer strukturierten Organisationsentwicklung auf allen Ebenen, die es den Organisationen ermöglicht, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen. Sie brauchen Hilfe bei der Digitalisierung und der Verbesserung der digitalen Infrastruktur, um in der Fläche wirken zu können. Sie brauchen Ressourcen für die Anpassung ihrer Strukturen, für neue Öffentlichkeitsarbeit und die Gewinnung neuer Mitglieder. Bedarf besteht aber auch in der gesamten Gesellschaft dafür zu sorgen, dass nach Überwindung der Pandemie eine gestärkte, aktive, bürgerschaftliches Engagement weckende, kritisch über Menschen- und Bürgerrechte wachende, die offene Gesellschaft verteidigende Zivilgesellschaft aufblühen kann, welche an der *res publica* aktiv teilhat und nicht in die Rolle des billigen oder gefälligen Dienstleisters abgedrängt wird. Auch ohne Pandemie ist diese Gesellschaft in Gefahr. Diese Gefahr lässt sich nicht auf dem Verwaltungswege bannen.

Corona-Hilfen dürfen daher nicht nur auf die finanziellen Folgen der Krise abzielen. Ein hoher Bedarf besteht bspw. auch hinsichtlich Fortbildungen in Bezug auf digitales Arbeiten. Insgesamt zeigt sich allerdings, dass die tatsächlichen Unterstützungsbedarfe oftmals sehr kleinteilig und stark abhängig vom Tätigkeits- und Funktionsbereich der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure sind. Somit scheint eine staatliche Corona-Hilfe für die Gesamtzivilgesellschaft abseits von finanziellen Förderungen tatsächlich nur ressortspezifisch umsetzbar. Während diese Angebote zielführender sein können, wenn spezifische Anforderungen bei der Programm-Gestaltung berücksichtigt werden, begrenzen solche Angebote den Kreis möglicher Nutznießerinnen und Nutznießer stark ein und können den Zugang zu staatlichen Mitteln erschweren, wie es bei den bestehenden Programmen oftmals der Fall ist.

4.3. Finanzielle Sorgen

Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, die ihre Einnahmen überwiegend durch einen Zweckbetrieb oder wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb sichern, sind besonders von der Pandemie betroffen. Die Einnahmen aus diesen Bereichen sind aufgrund von staatlichen Restriktionen im Vergleich zu 2019 stark rückläufig. Davon betroffen sind insbesondere Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung sowie Themenanwälte. Bereits in der ersten Maecenata-Studie „Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft?“ wurde festgestellt, dass „die finanziellen Auswirkungen der Pandemie, wenn sie nicht bereits jetzt betroffen sind, mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren sichtbar werden“ (Schrader et al. 2020: 69). Zwar wurden zum damaligen Zeitpunkt

Förderungen fortgesetzt, doch bestand die Sorge, dass diese zukünftig eingestellt oder reduziert werden. Während öffentliche Zuwendungen bis zum Erhebungszeitraum Ende 2020 nahezu konstant blieben, sind nicht staatliche Zuwendungen inzwischen tendenziell eher rückläufig. Die Sorge scheint sich somit zu bewahrheiten, zumal insgesamt davon ausgegangen wird, dass sich die finanzielle Perspektive sowohl kurzfristig bis Sommer 2021, als auch mittelfristig bis Ende 2022 eher weiter verschlechtern wird.

Hinsichtlich der Finanzierung durch Spendeneinnahmen lassen sich hingegen keine eindeutigen Aussagen treffen. Während sowohl in der Maecenata-Studie als auch beim ZiviZ Engagement-Barometer die Spendeneinnahmen tendenziell eher als rückläufig bezeichnet werden, wird sowohl im GfK Charity Panel als auch im DZI Spenden-Index im ersten Halbjahr 2020 von einem steigenden Spendenvolumen gesprochen. Die interviewte Geschäftsführerin des Mittlerversandes berichtet von gegensätzlichen Entwicklungen. Während sich kleinere Organisationen aufgrund ihrer Flexibilität und größere Organisationen aufgrund ihrer Professionalität und vorhandener Rücklagen schneller an die neue Situation anpassen konnten, sind insbesondere mittelgroße Organisationen von den rückläufigen Spendeneinnahmen betroffen.

Auf Bundes- und Landesebene gibt es für zivilgesellschaftliche Organisationen staatliche Hilfsangebote, um finanzielle Folgen der Pandemie abzumildern. Viele der seit April 2020 laufenden Corona-Hilfsprogramme für gemeinnützige Organisationen wurden durch die bundesweiten Corona-Überbrückungshilfen ersetzt und abgelöst. Vereinzelt setzten einige Länder ihre Hilfsprogramme fort und verlängerten diese bis 2021. Zwar gibt es zahlreiche staatliche Corona-Hilfen auf Bundes- und Landesebene, an denen die Zivilgesellschaft unter bestimmten Voraussetzungen partizipieren kann, doch zeigen Ergebnisse der Maecenata-Studie, dass nur ein Viertel der Befragten diese 2020 beantragen konnte oder wollte. Nahezu jede dritte Organisation erfüllte nicht die staatlichen Zugangsvoraussetzungen oder fand diese zu unübersichtlich, um einen Antrag zu stellen. Auch die Daten von ZiviZ zeigen, dass mehr als drei Viertel keine staatlichen Hilfen beantragten. Auch hier erfüllt mehr als die Hälfte der Organisationen nicht die Zugangsvoraussetzungen, und 34% berichten, dass es für ihren Bedarf keine passenden Programme gibt. Hinzu kommt, dass für 13% die rechtlichen und administrativen Anforderungen eine abschreckende Wirkung haben. Zwar konnte festgestellt werden, dass, wenn ein Antrag gestellt wird, die Erfolgchancen einer Bewilligung relativ hoch sind; doch ist fast jede zweite Organisation unschlüssig, ob die Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern geeignet sind, die Existenzgefährdung ihrer Organisation abzuwenden (vgl. Hoff et al. 2021: 10,12).

Bereits in der ersten Maecenata-Studie „Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft?“ wurde deutlich, dass sich die staatlichen Programme in erster Linie an zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure richten, die den Status der Steuerbegünstigung (Gemeinnützigkeit) im Sinne des Steuerrechts besitzen, in Verbänden organisiert sind und Dienstleistungen im Sinne des staatlichen Gewährleistungsauftrags erbringen. Zudem wird oftmals ein rückläufiger Geschäftsbetrieb vorausgesetzt (vgl. Schrader et al. 2020: 66). Auch die neuen Ergebnisse untermauern, dass staatliche Hilfspakete oftmals nur den Teil der Zivilgesellschaft erreicht, der im Grunde auf einem Dienstleistungsmarkt agiert. Zivilgesellschaftliche Dienstleister und Akteurinnen und Akteure der Gemeinschaftsbildung konnten von diesen profitieren. Für sie ist die finanzielle Unterstützung hilfreich und kann dazu beitragen, Ausfälle bei selbsterwirtschafteten Mitteln zu kompensieren und erhöhte Ausgaben auszugleichen.

Durch die Pandemie sind jedoch vornehmlich zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, die nicht auf dem Markt agieren, in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Insbesondere Akteurinnen und Akteure der Selbsthilfe erfüllen oftmals nicht die staatlichen Voraussetzungen für eine Antragsstellung. Neben ausbleibenden Einnahmen aus selbsterwirtschafteten Mitteln und ausfallenden Veranstaltungen zur Spendenakquise können zivilgesellschaftliche Organisationen darüber hinaus durch Projektmittel in der Regel keine finanziellen Rücklagen aufbauen, sodass Rückgänge an Spenden und Fördermitteln sofort existenzielle Nöte hervorrufen. Projekte, deren Förderung häufig an Projektergebnissen gekoppelt ist, konnten zudem während der Pandemie oftmals nicht erbracht werden. Bei zwei Dritteln der Befragten mussten Projekte ganz abgebrochen oder verschoben werden. Hier drohen Rückerstattungsforderungen der Geldgeber. Schon in der ersten Maecenata-Studie hatten Organisationen berichtet, dass Projektmittel für den vorgesehenen Zweck während der Pandemie nicht genutzt werden konnten. Es wurde mehrfach von Nachverhandlungen mit Geldgebenden berichtet, damit Fördergelder nicht zurückgezahlt werden mussten. Hinzu kommen neue, nicht in den Fördervereinbarungen festgehaltene Kosten bspw. durch Digitalisierung (vgl. ebd.: 35). Von diesbezüglichen Klarstellungen und einer großzügigen Handhabung wurde in der aktuellen Studie nur bedingt berichtet. Die Umfrageergebnisse der ZiviZ Befragung zeigen zwar, dass einige Länder versuchen, die Bedingungen für eine Antragsstellung anzupassen (vgl. Hoff et al. 2021: 15). Dennoch scheint eine generelle Ausweitung staatlicher Unterstützungsprogramme auf alle zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, auch die, die von privaten Spenden und Förderungen abhängig sind, ebenso unumgänglich wie eine grundlegende rückwirkende Lockerung der Zuwendungsbedingungen für bereits gewährte Zuwendungen.

4.4. Handlungsempfehlungen

Der tatsächliche Unterstützungsbedarf der Zivilgesellschaft ist oftmals kleinteilig, sehr divers und je nach Funktionsbereich unterschiedlich. Im Einzelnen gibt es neben kurzfristigen Finanzierungshilfen, insbesondere hinsichtlich Digitalisierung und um Ausfälle zu kompensieren, einen Bedarf bei der Flexibilisierung künftiger Fördervereinbarungen. So konnte bspw. im Bereich der sozialen Arbeit der interviewte Wohlfahrtsverband erreichen, dass die Finanzierung, sowohl im entgeltfinanzierten Bereich als auch im zuwendungsfinanzierten Bereich unabhängig von ursprünglich vertraglich vereinbarten Leistungen durch eine Art Pauschalfinanzierung gegenwärtig sichergestellt ist. Es sind jedoch bei weitem nicht alle zivilgesellschaftlichen Organisationen in eine Interessenvertretung eingebettet, die für sie ihre Bedürfnisse in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik kommuniziert. Um die pandemie-bedingte finanzielle Situation grundlegend zu verbessern, wäre daher eine unbürokratische und unkomplizierte Umwidmung von Projektgeldern, ein Verzicht auf Regressforderungen, sowie eine flexible Anpassung hinsichtlich Projektlaufzeiten, Personalkosten und Projektmitteln bei bestehenden Fördervereinbarungen hilfreich (vgl. Phineo 2020b). Grundsätzlich muss aber auch eine Debatte darüber stattfinden, wie eine alternative Finanzierung, unabhängig von staatlichen Förderungen und der originären Finanzierungsform Spende, sichergestellt werden kann (vgl. Interview Forschung).

Während laut der Organisationsbefragung mehrheitlich keine neuen Kooperationen eingegangen wurden, sprechen sich die Interviewpartnerinnen dafür aus, dass Kooperationen und Netzwerke elementar wichtig in der Krise sind, um sich gegenseitig zu stärken, zu unterstützen, auszutauschen und voneinander zu lernen. Aus ihrer täglichen Erfahrung kann die Zivilgesellschaft dabei Ideen und Lösungen entwickeln und diese in ihrem Handeln selbst erproben. Während strategisches langfristiges Planen in der gegenwärtigen Situation kaum möglich ist, sind insbesondere die zahlreichen kleinen und mittelgroßen Vereine und Organisationen oftmals anpassungsfähiger und können durch ihre lokale Bottom-Up-Partizipation flexibler auf Veränderungen wie die Corona-Pandemie reagieren. Durch das Experimentieren mit und Ausprobieren von neuen Ideen, sind die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure zwar immer stetigen Fort- und Rückschritten ausgesetzt, diese können jedoch durch die Innovationskraft nach und nach verfestigt und in neue Strategien und Lösungen übersetzt werden.

„Die Zivilgesellschaft aus meiner Erfahrung ist sehr wandelbar, sehr lernbereit, sehr lernen interessiert, [...] Austauschfreudig [...]. Ja, also man sucht den Austausch: Wie habt ihr das gemacht? Was kann man lernen voneinander? [...] Wie ist es bei euch gelaufen? Man muss ja nicht dasselbe machen, aber man lernt immer aus der Handhabung und aus dem Management der anderen. Das hat sich hier sehr bewährt in diesem letzten Jahr“ (Interview Engagement: Zeile: 100–107).

Insgesamt scheint es, ist es in der Krise sowohl zu einem innerhalb der Zivilgesellschaft Sektorübergreifendem, sowie über die Grenzen der Zivilgesellschaft hinausgehendem solidarischen Engagement gekommen. Angesichts der komplexen Pandemiesituation und der Frage nach der geeigneten Krisenbewältigung müssen daher alle gesellschaftlichen Arenen mit ihrer Expertise in die Pandemieüberwindung einbezogen werden. Es müssen Formate und Strukturen entstehen, in denen Akteurinnen und Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen (Zivilgesellschaft, Staat, Markt) dazu aufrufen werden, sich an der Entwicklung von Lösungen zu beteiligen. Das Mobilisieren von Expertise aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft erlaubt es, Lösungen abseits der gewohnten Denk- und Handlungsmuster zu generieren und pfadunabhängige Innovationen hervorzubringen, welche darauf abzielen, zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen (vgl. Mair et al. 2021: 2). Bereits in der ersten Phase der Pandemie entstand gemeinsam mit der Bundesregierung ein digitaler Beteiligungsprozess unter dem Namen #WirVsVirus, welcher vom 20.-22. März 2020 innerhalb von 48 Stunden 28.361 Menschen zusammenführte, die gemeinsam an über 1.500 Lösungen von pandemie-bedingten Problemen arbeiteten (vgl. #WirVsVirus 2021). Insgesamt wurden 147 Projekte aus Themenfeldern wie (mentale) Gesundheit, Bildung, soziale Gerechtigkeit, öffentliche Verwaltung, Wirtschaft oder gesellschaftlicher Zusammenhalt aufgegriffen und in einem anschließendem Umsetzungsprogrammen gefördert (vgl. Grzanna 2020). Prozesse dieser Art gilt es, verstärkt zu initiieren.

Projekte wie dieses zeigen überdies, wie gebündelt Herausforderungen wie der Corona-Pandemie begegnet werden kann. Durch das Einbringen der Fähigkeiten aller Gesellschaftsbereiche können Lösungen für komplexe Situationen entwickelt werden. Weder der Staat noch die Zivilgesellschaft sind allein in der Lage, dauerhaft große gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Die Pandemie hat gezeigt, dass es Bereiche gibt, die der Staat nur bedingt allein bearbeiten kann und welche vom Markt nicht geregelt werden. Die Zivilgesellschaft hingegen ist spontan und kann schnell auf neue Situationen reagieren. Damit auch noch nach der Pandemie ihre wertvollen Beiträge für die Gesellschaft bestehen bleiben, bedarf es der Unterstützung, da die Zivilgesellschaft selbst mit den Folgen der Krise zu kämpfen hat und teilweise essenziell gefährdet ist. Vor allem muss jedoch ihr Beitrag während der Pandemie wertgeschätzt und ihre Rolle in der Gesellschaft dauerhaft

anerkannt werden. Zivilgesellschaftliche AkteurInnen und Akteure sind regelmäßig und gewohnheitsmäßig in der Lage, Probleme und Herausforderungen im Kleinen zu lösen und ein besseres Verständnis füreinander zu entwickeln (vgl. Bramsen, Hagemann 2021: 559). Zwar kann empirisch nicht belegt werden, dass Bürgerinnen und Bürger diese Erfahrungen auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene abstrahieren und auf „die große Politik“ anwenden können, doch kann die Zivilgesellschaft insgesamt für ein Verständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern werben und Politik in die Breite tragen (vgl. Interview Forscher; vgl. Hummel, Strachwitz 2021: 37). Hierfür muss sie jedoch in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Bürgerdialoge und ähnliche Top-Down-Veranstaltungen sind dafür kein Ersatz. Nach wie vor sind alle gutwilligen Akteurinnen und Akteure in Politik und Verwaltung, in der Wirtschaft und in der Zivilgesellschaft aufgerufen, Koalitionen und Symbiosen auf Augenhöhe zu bilden, um der Krise der Pandemie gemeinschaftlich zu begegnen und Lösungen zu entwickeln.

Literaturverzeichnis

#WirVsVirus (2021): #WirVsVirus - Der Hackathon der Bundesregierung. Online abrufbar:

<https://wirvsvirus.org/> [22.03.2021]

Stiftung aktive Bürgerschaft (2020): Interview: „Mehr Zivilgesellschaft wagen“. Ausgabe 214.

August. Online abrufbar: <http://www.aktive-buergerschaft.de/michael-vilain-im-interview-mehr-zivilgesellschaft-wagen/> [22.03.2021]

Amadeu Antonio Stiftung (2020): Wissen, was wirklich gespielt wird ... Krise, Corona und

Verschwörungserzählungen. 2., aktualisierte Auflage November. Online abrufbar:

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/wissen-was-wirklich-gespielt-wird-2/> [22.02.2021]

Amnesty International (2021): Deutschland 2020. Amnesty Report, 07. April. Online abrufbar:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/deutschland-2020> [13.04.2021]

Armknacht, O. (2020): Hilfe in der Corona-Pandemie. Spendenmagazin 2020. Die DZI-

Spendenbeilage in Zusammenarbeit mit the Home of Content. November

Arndt, O., R. Bartuli, B. Creutz, T. Theel und B. Wankmüller (2021): Betroffenheit der Kultur- und

Kreativwirtschaft von der Corona-Pandemie. Ökonomische Auswirkungen 2020 & 2021

Anhand einer Szenarioanalyse (Stand: 19.02.2021). Online abrufbar:

https://assets.ey.com/content/dam/ey-sites/ey-com/fr_fr/topics/government-and-public-sector/panorama-europeen-des-industries- [13.04.2021]

Bank für Sozialwirtschaft (2021): Befragungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-

Pandemie auf das Sozial- und Gesundheitswesen. Köln. Februar. Online abrufbar:

<https://www.sozialbank.de/covid-19/umfrage> [08.04.2021]

Berlin Institut für Partizipation (bipar) (2020): Das verlorene Jahr? Auswirkungen der Corona-

Pandemie auf die Bürgerbeteiligung in Deutschland. Berlin. Online abrufbar:

<https://www.bipar.de/partizipation-in-zeiten-von-covid-19/> [24.03.2021]

Bischoff, A. (2021a): Schlimmer als Viren sind niedrige Zinsen. In: Bundesverbandes Deutscher

Stiftungen: Stiftungsinfo Frühling 2021. März. Online abrufbar:

https://www.stiftungen.org/fileadmin/stiftungen_org/Verband/Was_wir_tun/Publikationen/SI/Stiftungsinfo-2021-01.pdf [27.03.2021]

- Bischoff, A. (2021b): Einsatzbereit: Stiftungen helfen in der Pandemie. In: Bundesverbandes Deutscher Stiftungen: Stiftungsinfo Frühling 2021. März. Online abrufbar: https://www.stiftungen.org/fileadmin/stiftungen_org/Verband/Was_wir_tun/Publikationen/SI/Stiftungsinfo-2021-01.pdf [27.03.2021]
- Bramsen, I. und A. Hagemann (2021): The missing sense of peace: diplomatic approachment and virtualization during the COVID-19 lockdown. International Affairs. Vol. 92 No. 2. März
- Brase, W. und A. Klein (2020): Ohne uns gehts nicht: Zivilgesellschaft und Systemrelevanz. Engagementpolitische Herausforderungen und Handlungsbedarfe. Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Betrifft: Bürgergesellschaft 44. Juli. Online abrufbar: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/16367.pdf> [15.02.2021]
- Breuer, C., C. Joisten und W. Schmidt (2020): Vierter Deutscher Kinder- und Jugendsportbericht Gesundheit, Leistung und Gesellschaft. Schorndorf: Hofmann-Verlag.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (2020): Überbrückungshilfe Unternehmen - Fragen und Antworten zu den Novemberhilfen. Stand 03. Dezember. Online abrufbar: <https://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de/UBH/Redaktion/DE/FAQ/FAQ-Novemberhilfe/faq-novemberhilfen.html?nn=1869828> [15.01.2021]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und Bundesministerium der Finanzen (BMF), (2021a): Überbrückungshilfe II. Online abrufbar: <https://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de/UBH/Redaktion/DE/Artikel/ueberbrueckungshilfe-ii.html> [15.02.2021]
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und Bundesministerium der Finanzen (BMF), (2021b): Überbrückungshilfe III. Online abrufbar: <https://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de/UBH/Redaktion/DE/Artikel/ueberbrueckungshilfe-iii.html> [15.02.2021]
- Bundesmusikverband Chor & Orchester (BMCO) (2021a): Neustart Amateurmusik. Förderprogramm zur Erhaltung und Wiederbelebung der Amateurmusik in Pandemiezeiten. Online abrufbar: <https://bundesmusikverband.de/neustart/> [05.04.2021]
- Bundesmusikverband Chor & Orchester (BMCO) (2021b): Beratung und Förderung für 14 Millionen Musizierende. 9. Februar. Online abrufbar: <https://bundesmusikverband.de/neugegruendetes-kompetenznetzwerk/> [05.04.2021]
- Bundesverband Deutscher Stiftungen (2021a): Der Arbeitsmarkt Stiftungen zeigt sich krisenfest. Online abrufbar: https://www.stiftungen.org/aktuelles/news-aus-den-stiftungen/detail/content_detail_path/der-arbeitsmarkt-stiftungen-zeigt-sich-

krisenfest.html. [25.03.2021]

Bundesverband Deutscher Stiftungen (2021b): Zuversicht nach der ersten Pandemiewelle. Online abrufbar: https://www.stiftungen.org/aktuelles/news-aus-den-stiftungen/detail/content_detail_path/zuversicht-nach-der-ersten-pandemiewelle.html. [26.03.2021]

Bundesverband Deutscher Stiftungen (2021c): Stiftungen unterstützen Dritte in der Corona-Pandemie. Online abrufbar: https://www.stiftungen.org/aktuelles/news-aus-den-stiftungen/detail/content_detail_path/stiftungen-unterstuetzen-dritte-in-der-corona-pandemie.html. [27.03.2021]

Civicus (2020a): Civic freedoms under threat during the covid-19 pandemic. A snapshot of restrictions and resilience. Online abrufbar: <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CIVICUSMonitor.COVIDBriefOctober2020.pdf> [07.03.2021]

Civicus (2020b): Civicus State of Civil Society Report. Online abrufbar: <https://www.civicus.org/index.php/state-of-civil-society-report-2020> [07.03.2021]

COSMO (2021): Akzeptanz aktueller Maßnahmen. COSMO Covid-19 Snapshots Monitoring. 26. März. Online abrufbar: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/politik/20-akzeptanz/#einstellung-zu-maßnahmen>. [27.03.2021]

Crouch, C. (2020): Post-Democracy after the Crisis. Cambridge: Polity Press

Curacon (2020): Corona-Prämie für Pflegekräfte im Krankenhaus. Neuigkeiten. 26. September. Online abrufbar: <https://www.curacon.de/impulse/neuigkeiten/neuigkeit/corona-praemie-fuer-pflegekraefte-im-krankenhaus>. [27.01.2021]

De Vries, C. E. und I. Hoffmann (2020): Der Empathie Effekt. Die COVID-19-Pandemie und ihre Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in der EU. Bertelsmann Stiftung. Online abrufbar: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/der-empathie-effekt-all>. [15.01.2021]

Deutscher Bundestag (2021): „Hilfeschrei“ des DOSB für den Kinder- und Jugendsport. Sport/Anhörung - (hib 488/2021). 14. April. Online abrufbar: <https://www.bundestag.de/presse/hib/834400-834400>. [15.04.2021]

- Deutscher Kulturrat (2021a): Kultur muss wieder ins Spiel. Jetzt Perspektiven schaffen!
Diskussionspapier des Deutschen Kulturrates. 08. Februar. Online abrufbar:
<https://www.kulturrat.de/positionen/kultur-muss-wieder-ins-spiel-jetzt-perspektiven-schaffen/>. [13.03.2021]
- Deutscher Kulturrat (2021b): Ein Jahr: Corona versus Kultur – Die Not ist groß! Eine erste kulturpolitische Bilanz. In: Politik & Kultur 3/21. Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg. März. Online abrufbar: <https://www.kulturrat.de/presse/pressemitteilung/ein-jahr-corona-versus-kultur-die-not-ist-gross/>. [27.03.2021]
- Deutscher Kulturrat (2021c): NEUSTART KULTUR – Kulturinfrastrukturförderung. 03. Februar. Online abrufbar: <https://www.kulturrat.de/corona-pandemie/neustart-kultur/>. [13.02.2021]
- Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) (2020): Ergebnisse der DZI-Umfragen zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf die Spendeneinnahmen und Programmausgaben im Bereich der Spenden-Siegel-Organisationen. Online abrufbar: <https://www.dzi.de/wp-content/uploads/2020/12/Ergebnisse-DZI-Corona-Umfragen.pdf> [10.03.2021]
- DRK (2020): Corona-Impfung in Deutschland: Übersicht und Informationen. Online abrufbar: <https://www.drk.de/hilfe-in-deutschland/corona-impfzentren-in-deutschland/>. [02.04.2021]
- Eggert, M. (2021): Die eigentliche Krise kommt noch. Deutscher Kulturrat. In: Politik & Kultur 3/21. Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg. März. Online abrufbar: <https://www.kulturrat.de/corona-pandemie/lageeinschaetzungen-kulturbereiche/die-eigentliche-krise-kommt-noch/>. [07.03.2021]
- ehrenamt 24 Benefits für Vereine und Verbände (2021a): Corona Soforthilfen für Vereine. Online abrufbar: <https://www.ehrenamt24.de/covid-19-im-verein/corona-soforthilfen-fuer-vereine/#c8353>. [07.02.2021]
- ehrenamt 24 Benefits für Vereine und Verbände (2021b): Corona-Finanzhilfen der Bundesländer. Finanzielle Unterstützung für gemeinnützige Organisationen. Online abrufbar: <https://www.ehrenamt24.de/covid-19-im-verein/corona-soforthilfen-fuer-vereine/bundeslaender/>. [07.02.2021]

- European Grouping of Societies of Authors and Composer (GESAC) (2021): Rebuilding Europe. Die Kultur- und Kreativwirtschaft vor und nach COVID-19. Kurzfassung. Online abrufbar: https://1761b814-bfb6-43fc-9f9a-775d1abca7ab.filesusr.com/ugd/4b2ba2_f4f4e4066f484bfc963e0243ab50a916.pdf. [12.04.2021]
- Fischer, H. (2020): Kontaktpflege in Corona-Zeiten. Verein aktuell. 09. Dezember. Online abrufbar: https://www.verein-aktuell.de/web/guest/externalcontent?_leongshared_template=HAUFEDetail&_leongshared_externalcontentid=15_PORTLET_49506506. [13.04.2021]
- Fischer, L. und F. Schumann (2020): Zweite Welle. Wie lange noch? Zeit Online. 9. November. Online abrufbar: <https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2020-11/zweite-welle-coronavirus-lockdown-kontaktbeschaerung-neuinfektionen-forschung>? [13.04.2021]
- Gesellschaft für Freiheitsrechte (2021): Corona und Grundrechte: Fragen und Antworten. 11. Februar. Online abrufbar: <https://freiheitsrechte.org/corona-und-grundrechte/#grundrechte>. [03.04.2021]
- GfK Charity Panel und Deutscher Spendenrat e.V. (2021): Bilanz des Helfens 2020. Spendenzeitraum Jan. - Dez. 2020. Online abrufbar: https://www.spendenrat.de/wp-content/uploads/2021/02/Bilanz_des_Helfens_2021.pdf. [16.03.2021]
- Grunau, A. (2021): Pflege auf der Intensivstation: "Du tust alles, es ist nicht genug". Deutsche Welle. 21. März. Online abrufbar: <https://www.dw.com/de/pflege-von-corona-patienten-auf-der-intensivstation-du-tust-alles-es-ist-nicht-genug/a-56869527>. [15.04.2021]
- Grzanna, M. (2020): Die Regierung lobt das Hackathon-Experiment: Sehnsucht nach Ideen. Der Tagesspiegel. 2. Oktober. Online abrufbar: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/die-regierung-lobt-das-hackathon-experiment-sehnsucht-nach-ideen/26236622.html> [15.04.2021]
- Hoff, K., O. Kononykhian, H. Krimmer, D. Kuhn und B. Tahmaz (2021): Weniger Handlungsspielräume trotz besonderer Leistungen. Coronakrise führt zu wachsender Unsicherheit und Schwächung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Zivilgesellschaft in Zahlen. Online abrufbar: <https://www.ziviz.de/download/file/fid/785>. [16.03.2021]
- Hummel, S., M. Schrader und R.G. Strachwitz (2021): Demokratie und Zivilgesellschaft in der COVID-19-Pandemie. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft: Wissen schafft Demokratie.

Band 9. (Im Erscheinen)

Hummel, S. und R.G. Strachwitz (2021): Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: bpp: Im Dienst der Gesellschaft. APuz 71. Jahrgang, 13-15/2021. 29. März.

Jennings, W. (2020): COVID-19 and the “rally-round-the-flag-effect”. UK in a Changing Europe. 30. März. Online abrufbar: <https://ukandeu.ac.uk/covid-19-and-the-rally-round-the-flag-effect/> [26.03.2021]

Krimmer, H., M. Bork, L. Markowski und J. Gorke (2020): Lokal kreativ, finanziell unter druck, digital herausgefordert. Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. Zivilgesellschaft in Zahlen. Online abrufbar: https://www.ziviz.de/medien/freiwilliges_engagement_corona-krise [20.03.2021]

Landsberg, T. (2020): Wie Corona die Kultur 2020 verändert hat. Deutsche Welle. Kultur. 29. Dezember. Online abrufbar: <https://www.dw.com/de/corona-kunst-kultur/a-55946562>. [02.02.2021]

Mayring, P. (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken., Weinheim/Basel: Beltz UTB.

MDR.de (2020): Corona-Krise: Überleben die Vereine in der Pandemie? 17. November. Online abrufbar: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/corona-krise-pandemie-vereine-vereinsleben-finanzen-100.html>. [22.02.2021]

Mair, J., T. Gegenhuber, L. Thäter und R. Lührsen (2021): Open Social Innovation: Gemeinsam Lernen aus #WirvsVirusLearning Report. Hertie School. Leuphana Universität Lüneburg. Online abrufbar: <https://opus4.kobv.de/opus4-hsog/frontdoor/index/index/docId/3782> [28.03.2021]

Mergel, K. (2021): Alle auf ihrem Posten. Malteser Magazine Ausgabe 1/21: Hoffnung im Kampf gegen das Virus.

Meuser, M. und U. Nagel (1991): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion., Opladen: Westdt. Verlag.

Öffentlicher Dienst News (2021): Corona-Sonderzahlung im öffentlichen Dienst: Anspruch, Höhe und Auszahlung. 8. Januar. Online abrufbar: <https://oeffentlicher-dienst-news.de/corona-sonderzahlung-im-oeffentlichen-dienst-anspruch-hoehe-auszahlung/>. [22.01.2021]

- Pflegegewerkschaft BochumerBund (2020): Alle Pflegenden müssen eine Prämie erhalten. Pressemitteilung. 03. Dezember. Online abrufbar:
https://www.bochumerbund.de/Startseite/index.php/?focus=STRATP_cm4all_com_widgets_News_27738777&path=?m=d&a=20201203014916-4866&cp=1. [13.01.2021]
- Phineo (2020a): Umfrage: Spendenverhalten in der Corona-Krise. Pressemitteilung. 30. November. Online abrufbar: <https://www.phineo.org/magazin/umfrage-zum-spendenverhalten-der-deutschen-waehrend-der-corona-pandemie>. [23.12.2020]
- Phineo (2020b): Corona: Die Zivilgesellschaft braucht staatliche Unterstützung. Online abrufbar: <https://www.phineo.org/magazin/aufruf-corona-bedroht-die-zivilgesellschaft>. [23.12.2020]
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2020): Einzelhandel geschlossen, Supermärkte bleiben offen. Diese Regeln gelten seit 16. Dezember. Online abrufbar: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/bundesweiter-lockdown-1829134>. [26.01.2021]
- Putnam, R. (1993): Making Democracy Work. Princeton: princeton University Press
- Ratajszczak, T. (2021): Stiftungen als Stabilitätsanker. In: Bundesverbandes Deutscher Stiftungen: Stiftungsinfo Frühling 2021. März. Online abrufbar: https://www.stiftungen.org/fileadmin/stiftungen_org/Verband/Was_wir_tun/Publikationen/SI/Stiftungsinfo-2021-01.pdf [27.03.2021]
- Roth, R. (2020): Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten von Covid-19. Berlin: Maecenata (Opusculum Nr. 141).
- Roth, R. (2021): Ein Jahr Demokratie und Bürgerbeteiligung im Zeichen von COVID-19 – Profil einer verfehlten Pandemiepolitik. Schriftliche Version eines Beitrags für die AG-Zivilgesellschaftsforschung „Ein Jahr Corona: Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf die Zivilgesellschaft in Deutschland“ am 19. März 2021.
- Sachs, A., J. Ambros, J. Limbers, S. Moog und H. Weinelt (2020): Lohneinkommensentwicklungen 2025. Wirkung der Produktivität auf die Lohndynamik. Bertelsmann Stiftung. Online abrufbar: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/lohneinkommensentwicklung-2025-all> [20.03.2021]
- Schrader, M., J. Roth und R. Graf Strachwitz (2020): Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft? Eine explorative Studie zu Potenzialen, Bedarfen und Angeboten in und nach der COVID-19

- Krise. (Opuscula, 144). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Online abrufbar: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70032-4>. [14.04.2021]
- Schrenker, A., C. Samtleben und M. Schrenker (2021): Applaus ist nicht genug. Gesellschaftliche Anerkennung systemrelevanter Berufe. Aus Politik und Zeitgeschichte. 71. Jahrgang, 13-15/2021. Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung. März. Online abrufbar: <https://www.bpb.de/apuz/im-dienst-der-gesellschaft-2021/329316/gesellschaftliche-erkennung-systemrelevanter-berufe> [02.04.2021]
- Sprengel, B. (2020): Das Abstandsgebot und seine Folgen. Droht mit Corona auch eine „Epidemie der Einsamkeit“? Ärzte Zeitung. Springer Medizin. 19. Oktober. Online abrufbar: <https://www.aerztezeitung.de/Panorama/Droht-mit-Corona-auch-eine-Epidemie-der-Einsamkeit-413847.html>. [08.03.2021]
- Staatsministerin für Kultur und Medien (2021): NEUSTART KULTUR. Konjunkturprogramm für den Kultur- und Medienbereich. 14. Januar. Online abrufbar: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/neustart-kultur-startet-1775272>. [28.02.2021]
- Steinert, J. und C. Ebert (2020): Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. Online abrufbar: https://drive.google.com/file/d/19WqpbY9nwmNjdgO4_FCqqlfYyLJmBn7y/view. [07.04.2021]
- Stiftung Aktive Bürgerschaft (Hrsg.) (2020): Report Bürgerstiftungen. Engagement in der Corona-Krise 2020. Oktober, Berlin. Online abrufbar: https://www.aktive-buergerschaft.de/wp-content/uploads/2020/09/SAB_ReportBS2020_web-1.pdf [16.02.2021]
- Strachwitz, R.G. (2020): Basiswissen Zivilgesellschaft. (Opuscula, 140). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Online abrufbar: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-68884-0>. [04.03.2021]
- Strachwitz, R.G., E. Priller und B. Triebe (2020): Handbuch Zivilgesellschaft. Maecenata Schriften, 18., Oldenburg: De Gruyter.
- Strasser, B. (2021): Amateurmusik bündelt Kompetenz in neuem Netzwerk. In: Politik & Kultur 4/21. Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg. April. Online abrufbar: <https://www.kulturrat.de/corona-pandemie/lageeinschaetzungen-kulturbereiche/amateurmusik-buendelt-kompetenz-in-neuem-netzwerk/> [04.04.2021]

- Vereinswelt.de (2021): Corona Hilfe für Vereine. Sponsoring, Fördermittel & Spenden. Online abrufbar: <https://www.vereinswelt.de/lp/corona-hilfe-vereine> [22.02.2021]
- Vodafone Stiftung Deutschland (2020): Die Jugend in der Infodemie – Eine Studie im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Online abrufbar: <https://www.vodafone-stiftung.de/desinformation-jugend-coronakrise/>. [03.01.2021]
- Willkomm, S. (2021): Kultur ist der Schlüssel Museen bringen wieder Leben in den öffentlichen Raum. In: Politik & Kultur 3/21. Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg. März. Online abrufbar: <https://www.kulturrat.de/corona-pandemie/lageeinschaetzungen-kulturbereiche/kultur-ist-der-schluessel/>. [13.04.2021]
- Württembergischer Landessportbund (WLSB) (2020): Studie zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Vereine. Online abrufbar: https://www.wlsb.de/images/WLSB-Studie_zu_den_Auswirkungen_der_Corona-Pandemie_auf_die_Vereine.pdf [24.03.2021]
- Youngs, R. (2020): Global Civil Society in the Shadow of Coronavirus., Washington: Carnegie Endowment for International Peace. Online abrufbar: https://carnegieendowment.org/files/Youngs-Coronavirus_Civil_Society_final.pdf [27.03.2021]
- Zimmer, A. und E. Priller (2021): A Patchwork Quilt of Programs. Nonprofit Policy Forum. De Gruyter. 24. Februar 2021. Online abrufbar: <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/npf-2020-0050/html> [27.03.2021]
- Zimmermann, O. und G. Schulz (2021): Um Jahre zurückgeworfen. Kulturwirtschaft: Studien belegen dramatische Einbrüche durch die Pandemie. In: Politik & Kultur 3/21. Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg. März. Online abrufbar: <https://www.kulturrat.de/corona-pandemie/lageeinschaetzungen-kulturbereiche/um-jahre-zurueckgeworfen/> [13.04.2021]
- ZiviZ (2021): Folgen der Coronakrise für Engagement und Zivilgesellschaft. Erste Erkenntnisse und methodische Überlegungen. ZiviZ DiscussionPaper 02. März. Online abrufbar: <https://www.ziviz.de/medien/folgen-der-coronakrise.> [04.04.2021]

- 2019
- Nr. 131 Die Kirche auf dem Weg in die Zivilgesellschaft Teil 1: Text
Henning von Vieregge
- Nr. 132 Die Kirche auf dem Weg in die Zivilgesellschaft Teil 2: Materialien
Henning von Vieregge
- Nr. 135 Der Kampf gegen Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismus. Was haben Stiftungen damit zu tun?
Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 136 Tandems of lay experts and academic experts How new civil societal collaboration models enhance societal transformation
Wolfgang Chr. Goede
- Nr. 137 Der effektive Altruismus als neue Größe auf dem deutschen Spendenmarkt Analyse von Spendermotivation und Leistungsmerkmalen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf das Spenderverhalten. Eine Handlungsempfehlung für klassische NRO.
Julia Selle
- Nr. 138 Bürgerliche Stiftungen im Sozialismus
Die Peter-Warschow-Sammelstiftung in Greifswald
Oskar Böhm
- 2020
- Nr. 139 Spenden zwischen Gutes tun und Pflicht
Eine Studie zum muslimischen Spendenverhalten in Deutschland
Siri Hummel, Eckhard Priller, Malte Schrader und Rupert Graf Strachwitz
- Nr. 140 Basiswissen Zivilgesellschaft
Rupert Graf Strachwitz
- Nr.141 Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten von COVID-19
Roland Roth
- Nr. 142 Freiwilliges Engagement von Menschen mit Behinderung
Eine explorative Studie zu Potenzialen und Herausforderungen von inklusivem Engagement in Nonprofit-Organisationen
Juliane Holzhauer
- Nr. 143 Muslimisches Spendenverhalten in Deutschland
Malte Schrader
- Nr. 144 Ein Rettungsschirm für die Zivilgesellschaft?
Eine explorative Studie zu Potentialen, Bedarfen und Angeboten in und nach der COVID-19 Krise
Malte Schrader, Johannes Roth und Rupert Graf Strachwitz
- Nr.145 Der Dritte Sektor in Hongkong und Indien
Siri Hummel, Eckhard Priller (Hrsg.)
- Nr. 146 Der Dritte Sektor in Finnland. Kosovo, Russland und Schweden
Siri Hummel, Eckhard Priller (Hrsg.)
- Nr. 147 Partizipative Prozesse in einer repräsentativen Demokratie
Partizipationsansprüche von syrischen Demokratieaktivist_innen in Deutschland
Annika Wisser
- Nr. 148 Der Dritte Sektor in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Chile und Mexico
Siri Hummel, Eckhard Priller (Hrsg.)